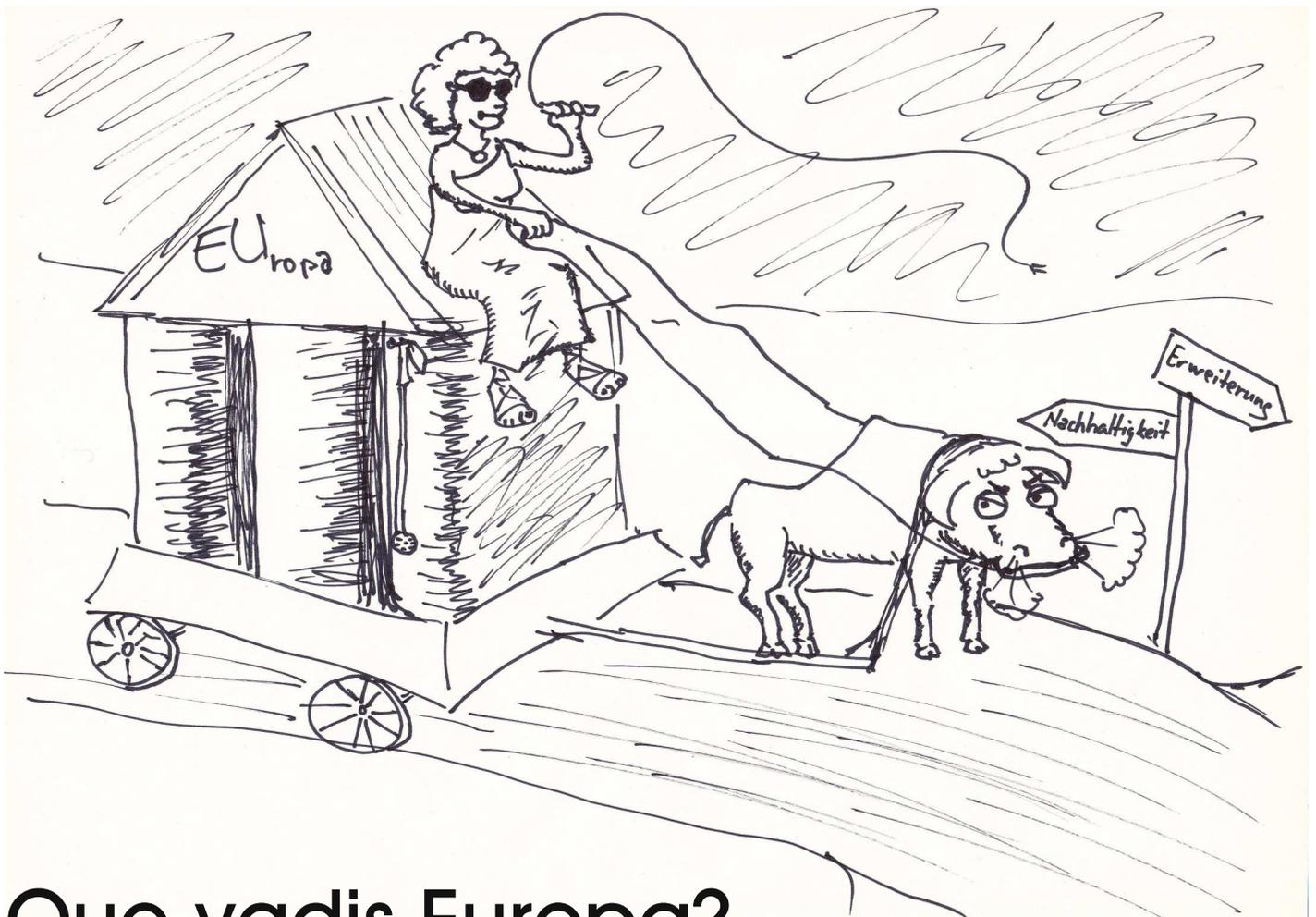


ao

aktuelle
ostinformationen



Quo vadis Europa?

Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

am 10. April 2010 hat uns die tragische Geschichte des Zweiten Weltkriegs in symbolträchtiger Weise wieder eingeholt. Der ausgerechnet bei Smolensk erfolgte Flugzeugabsturz des polnischen Staatspräsidenten samt einer ranghohen Delegation von zahlreichen Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben Polens, die auf dem Weg waren, um der vor 70 Jahren im Walde von Katyń ermordeten polnischen Opfer zu gedenken, hat nicht nur die geschichtsbewussten und traumatisierten Polen erschüttert, sondern sorgte in ganz Europa und besonders auch in Russland für eine entsprechende Resonanz. Mit den Hintergründen von Katyń und den aus diesem Unglück möglicherweise resultierenden politischen Konsequenzen beschäftigt sich deshalb der einleitende Artikel von *Theo Mechtenberg*.

Der weltweiten Wirtschaftskrise und dem notwendigen Umdenken in den Wirtschaftswissenschaften ist hingegen der Beitrag von *Elżbieta Mączyńska* gewidmet, der seine Aktualität unter anderem auch aus der allwaltenden Krise des Eurolandes und einer verfehlten Wirtschaftspolitik einer ganzen Reihe von EU-Ländern bezieht. Die nächsten Monate werden beweisen, wie viel die in der EU gerne und häufig in den Mund genommenen Kernbegriffe der Solidarität und der Subsidiarität wert sind.

Der sich anschließende Beitrag ist dem deutsch-polnischen SchülerInnenaustausch gewidmet. Angesichts der sich jüngst auftürmenden globalen Probleme handelt es sich dabei zwar um einen kleinen, aber im europäischen Kontext wichtigen Ausschnitt einer weiterhin nicht ganz unproblematischen Partnerbeziehung, bei der es noch viel zu tun gibt.

Das verdeutlicht auch der kurze Bericht über diejenigen im GESW durchgeführten europapolitischen Multiplikatorenseminare, die Deutschland, Polen und der EU gewidmet sind.

Einem ganz anderen Thema, nämlich den Verhältnissen im Iran, ist der Aufsatz unseres Kollegen *Michael Walter* gewidmet, der in den letzten Jahren zahlreiche Studienreisen in dieses exotische und die westliche Welt irritierende Land unternommen hat.

Wie gewöhnlich informieren wir im Buchreport über interessante Neuerscheinungen aus den Bereichen Belletristik und Ökonomie und veröffentlichen darüber hinaus Rezensionen zu einigen in letzter Zeit publizierten Sachbüchern, die uns lesenswert erscheinen.

Zbigniew Wilkiewicz

.....
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:
Sparkasse Herford (BLZ 494 501 20), Konto-Nr. 250 003 514.

.....
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.
.....

Inhalt

Beiträge

| | |
|---|----|
| <i>Theo Mechtenberg</i> | |
| Katyń – die Geschichte einer Tragödie | 2 |
| <i>Elżbieta Mączyńska</i> | |
| Ordnungspolitische Dilemmata | 10 |
| <i>Hubert Luszczynski</i> | |
| „Jeder Schüleraustausch ein Erfolg!“ – „Wirklich?“ | 23 |
| <i>Michael Walter</i> | |
| Krisenherd Iran: Risse im Fundament des „Gottesstaates“ | 39 |

Berichte

| | |
|--|----|
| <i>Zbigniew Wilkiewicz</i> | |
| Europapolitische Seminare und ihre Umsetzung | 54 |

Buchreport

| | |
|--|----|
| <i>Elżbieta Mączyńska</i> | |
| Das richtige Maß. Über die richtigen Maßstäbe des Geldes, des Geschäfts und des Lebens..... | 58 |
| <i>Gerhard Schüsselbauer</i> | |
| Mittel-, ost- und südeuropäische Literatur 2010..... | 64 |

Rezensionen

| | |
|--|----|
| Rudolf Urban, Der Patron. Günter Särchens Leben und Arbeit für die deutsch-polnische Versöhnung.. | 74 |
| Andrzej Chwalba: Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1989 bis 2005..... | 76 |
| Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki, Klaus Ziemer (Hg.) unter Mitarbeit von Thomas Roth: Versöhnung und Politik.. | 81 |
| Paul Ciupke, Franz-Josef Jelich (Hg.): Weltanschauliche Erziehung in Ordensburgen des Nationalsozialismus. | 86 |
| Hakki Keskin: Deutsch-türkische Perspektiven..... | 91 |
| Herfried Münkler, Die Deutschen und ihre Mythen..... | 93 |

Beiträge

Theo Mechtenberg

Katyń – die Geschichte einer Tragödie

10. April 2010

Seit dem 10. April 2010 verbindet sich mit dem nahe Smolensk gelegenen Ort Katyń eine doppelte Tragödie – die der Ermordung Tausender polnischer Offiziere im Frühjahr 1940 sowie die des Flugzeugunglücks am frühen Morgen dieses verhängnisvollen Tages. Bei dichtem Nebel verfehlte die polnische Regierungsmaschine beim Anflug auf den Flughafen die Landebahn und stürzte in ein Waldgebiet. Mit Präsident *Lech Kaczyński* und seiner Frau kamen alle übrigen 94 Passagiere und Besatzungsmitglieder ums Leben – Politiker der verschiedenen Lager, hohe Militärs, Geistliche dreier Konfessionen sowie Witwen und Nachkommen ihrer in Katyń vom sowjetischen NKWD ermordeten Angehörigen. Sie alle wollten in Katyń an diesem 70. Jahrestag des Massakers der Opfer gedenken. Die Anteilnahme an dieser Katastrophe war überwältigend. In Polen trauerte in seltener Einmütigkeit die ganze Nation, so wie sie am 2. April 2005 den Tod „ihres“ Papstes betrauert hatte. Mit Respekt verfolgte das Ausland diese Solidarität in der Trauer und der Ehrung der Toten.

Die Verbundenheit beider Tragödien symbolisierte die Beisetzung des Präsidentenpaares in der sonst den Königen und Nationaldichtern vorbehaltenen Krypta der Kathedrale auf dem Krakauer Wawel, wo auch *Józef Piłsudski* seine letzte Ruhe fand. Diese von Kardinal *Dziwisz* getroffene Entscheidung war in der Öffentlichkeit zunächst umstritten, fand dann aber doch eine breite Zustimmung, nachdem klargestellt worden war, dass mit dieser Beisetzung aller Opfer der Flugzeugkatastrophe sowie der in Katyń ermordeten Offiziere gedacht werden soll.

Die Tragödie vom 10. April hat zudem über die Grenzen Polens hinaus den Blick der Weltöffentlichkeit auf das 70 Jahre zurückliegende, lange Zeit tabuisierte und das polnisch-russische Verhältnis schmerzlich belastende Massaker im Wald von Katyń gerichtet. Was hat sich damals dort abgespielt? Welche politischen Konflikte resultierten aus der Entdeckung der Massengräber? Mit welchen Mitteln waren die sowjetische und die russische Führung bemüht, die Wahrheit über Katyń zu verschleiern? Wie stark belastet Katyń das polnisch-russische Verhältnis? Welche Chancen ergeben sich nun für eine längst fällige polnische-russische Versöhnung? Versuchen wir im Folgenden, auf diese Fragen eine Antwort zu finden.

Katyń – eine warnende Erfahrung des 20. Jahrhunderts

Über Katyń lässt sich nicht emotionslos sprechen, nicht ohne die Vorstellung, wie die Opfer ihre letzten Wochen und Stunden verlebt haben. Es waren Offiziere in den besten Mannesjahren, in ihrer Heimat hoch geachtet, für die mit ihrer Gefangennahme durch die Rote Armee ein mit Entwürdigungen verbundenes Martyrium begann. Hinter Stacheldraht, in Baracken auf engen Raum zusammengedrängt, verbrachten sie ihre Tage untätig auf ihren Pritschen, ohne Wahrung der Intimsphäre, von Hunger geplagt,

ohne Kontakt zu ihren Familien, nicht wissend, was der morgige Tag bringen wird. Auf Lastwagen verfrachtet begann ihre Fahrt ohne Wiederkehr. Am Ende die letzten Sekunden an den ausgehobenen Gruben, in ihrem Rücken die Todesschützen des NKWD. Was waren ihre letzten Gedanken? Wir wissen es nicht.

Das Treffen der Ministerpräsidenten Polens und Russlands in Katyń

Am 7. April, drei Tage vor der Flugzeugkatastrophe, erwiesen die Ministerpräsidenten Russlands und Polens, *Wladimir Putin* und *Donald Tusk*, zum 70. Jahrestag des Massakers von Katyń den Opfern die Ehre und reichten einander über den Gräbern der Ermordeten die Hand. Ist diese Geste, wie manche Beobachter vermuten, der Beginn eines russisch-polnischen Versöhnungsprozesses? Zu wünschen wäre es, doch Zweifel sind erlaubt.

Bereits die Einladung an Ministerpräsident *Donald Tusk* wirft Fragen auf. Sie wurde am 7. Februar von *Wladimir Putin* ausgesprochen und umgehend in den russischen Medien öffentlich gemacht. Dieses Vorgehen ist diplomatisch höchst ungewöhnlich. Normalerweise gehen derlei Einladungen wechselseitige Konsultationen voraus, um sich über die beiderseitigen Absichten auszutauschen. So aber wurde der polnische Ministerpräsident vor vollendete Tatsachen gestellt und der Möglichkeit beraubt, Präsident *Lech Kaczyński* vorab zu informieren und in die Planungen einzubeziehen.

Auffällig ist auch, dass sich *Donald Tusk* seinerseits über die Einladung nicht öffentlich geäußert hat. Sein Schweigen gibt Rätsel auf. So wundert es nicht, dass in der polnischen Öffentlichkeit darüber spekuliert wurde, dass *Putin* mit der Form seiner Einladung die Absicht verfolgt habe, dass das Treffen in Katyń lediglich auf der Ebene der Ministerpräsidenten und nicht oder nicht auch auf der der Staatspräsidenten stattfinden sollte. Im Klartext bedeutet diese Vermutung, dass *Putin* bewusst ein Treffen mit Präsident *Kaczyński* in Katyń verhindern wollte und dies wohl nicht zuletzt wegen dessen deutlicher Parteinahme für Georgien im kriegesischen Konflikt mit Russland. So sah sich der polnische Präsident genötigt, aus eigener Initiative am 10. April in Katyń des 70. Jahrestages jenes Massenmordes zu gedenken – eine Absicht, die er samt seiner Delegation mit dem Leben bezahlt hat.

Das Treffen am 7. April zwischen *Putin* und *Tusk* ist sicherlich von einem hohen symbolischen und moralischen Wert. Immerhin hat der russische Premier, ein Mann, der vor seiner politischen Karriere selbst Offizier des sowjetischen Geheimdienstes war und so in der Tradition des für das Massaker von Katyń verantwortlichen NKWD steht, dieses an den Gräbern der Opfer als Akt des sowjetischen Totalitarismus verurteilt. Doch ein Wort der Entschuldigung, wie es vor Jahren von *Jelzin* zu hören war, hat man aus seinem Mund nicht vernommen. *Putins* Rede war von der Tendenz bestimmt, gegenüber dem Stalinismus das heutige Russland in einer Weise abzuheben, die eine solche Entschuldigung überflüssig macht. Vielmehr rief er dazu auf, gleichsam aus dem Abstand der Geschichte, gemeinsam der Opfer des Totalitarismus zu gedenken, zu denen nicht nur die polnischen Offiziere zählen, sondern auch wirkliche oder vermeintliche Gegner des Sowjetregimes ohne Rücksicht auf ihre ethnische Herkunft. Die hier gewünschte Gemeinsamkeit ist gewiss ein erstrebenswertes Ziel, das aber nur

dann erreichbar ist, wenn das an den polnischen Offizieren verübte Kriegsverbrechen voll aufgeklärt wird. Erst dann eröffnet sich ein Weg zur polnisch-russischen Versöhnung, Die nahe Zukunft wird zeigen, ob die Führung der Russischen Föderation bereit ist, um dieses Zieles willen der polnischen Forderung nach Aushändigung aller Katyń betreffenden Dokumente zu entsprechen sowie die Offenlegung und Fortsetzung der von der russischen Militärstaatsanwalt abgebrochenen geheimen Untersuchung zu verfügen.

Die Entdeckung der Massengräber

Entdeckt wurden die Gräber in Katyń im Frühjahr 1943 durch polnische Zwangsarbeiter, die nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion in der Nähe beim Gleisbau eingesetzt waren. Sie hatten von der ansässigen Bevölkerung von der Ermordung der polnischen Offiziere erfahren und waren die ersten, welche die Deutschen über das Massaker informierten. So stieß man in dem nahe von Smolensk gelegenen Wald von Katyń auf die über 4.000 ermordeten polnischen Offiziere, doch nimmt man die Massengräber an anderen Orten hinzu, dann kommt man auf insgesamt 14.700 polnische Offiziere und 11.000 polnische Zivilisten, die 1939/40 in den von der Roten Armee eroberten polnischen Ostgebieten gefangen genommen bzw. verhaftet und bald darauf vom NKWD erschossen und verscharrt worden waren. Auch vielen ihrer Angehörigen, die im April 1943 im besetzten Warschau über Straßenlautsprecher von der Entdeckung der Massengräber erfahren hatten und in ausgehängten Listen die identifizierten Namen ihrer Männer, Väter und Söhne einsehen konnten, blieb ein schmerzlicher Leidensweg nicht erspart. Sie verbrachten Jahre in deutschen Konzentrationslagern oder wurden nach Sibirien deportiert. Wer diese Passion überlebte und in das nun kommunistische Polen zurückkehrte, war zum Schweigen verurteilt. Denn nach der offiziell propagierten Version hatte ein deutsches Kommando und nicht der NKWD diese Massenmorde begangen. Erst nach dem Ende des Sowjetregimes konnten die Angehörigen in den 1990er Jahren an den von Kiefern überwachsenen Massengräbern ihrer Toten gedenken.

Katyń – Wahrheit im Dienst der Propaganda

Katyń – das ist auch eine Geschichte der Heuchelei und Lüge. Sie beginnt mit der von Reichspropagandaminister *Joseph Goebbels* am 13. April 1943 über den Berliner Rundfunk verbreiteten Meldung von den in Katyń entdeckten Massengräbern. Angesichts der sonst von *Goebbels* verbreiteten Lügen war diese Nachricht wenig glaubwürdig und eingedenk der eigenen Verbrechen eine Heuchelei. Es ging ihm nicht um die Opfer, sondern darum, mit dieser Entdeckung die Sowjetunion bei den Westalliierten in Misskredit zu bringen und ihr Waffenbündnis zu schwächen. Zudem waren die nun beklagten Massenmorde erst durch den Hitler-Stalin-Pakt möglich geworden. Mehr noch: Es spricht vieles dafür, dass im Dezember 1939 auf dem deutsch-sowjetischen Treffen in Zakopane die Eliminierung der polnischen Elite im jeweiligen Besatzungsgebiet beschlossen worden war.

Die deutsche Seite beließ es nicht bei der bloßen Meldung. Um vor der Weltöffentlichkeit die Wahrheit über das von den Sowjets verübte Kriegsverbrechen zu untermauern, bat sie das Internationale Rote Kreuz als unabhängige Instanz, die Untersuchungen vor Ort vorzunehmen. Das aber erteilte der deutschen Reichsregierung eine Absage, nachdem auf Anfrage der Kreml, wie zu erwarten war, die nach den Statuten erforderliche Zustimmung verweigert hatte. Sie stellte daraufhin eine aus dem verbündeten Italien sowie aus den besetzten Gebieten stammende Gruppe von Gerichtsmedizinern zusammen, der sich auch ein Pathologe aus der neutralen Schweiz anschloss, und beorderte sie nach Katyń. Ihr Auftrag war mit einem hohen persönlichen Risiko verbundenen: Würden sie zu dem Ergebnis kommen, dass sich der den Sowjets angelastete Massenmord nicht beweisen ließ, was praktisch bedeutet hätte, Goebbels der Lüge überführt zu haben, dann wäre wohl der Preis ihrer Wahrheit Tod oder Konzentrationslager gewesen. Bestätigten sie aber die Propagandameldung, dann setzten sie sich nicht nur dem Verdacht der Kollaboration aus, sondern sie gerieten damit auch ins Visier des NKWD, und es erwartete sie, wie später geschehen, ein Leben in Angst vor dem langen Arm des sowjetischen Geheimdienstes.

Der Befund der Pathologen

Was die Gerichtsmediziner im Wald von Katyń vorfanden, übertraf ihre Befürchtungen: Angesichts von sieben Massengräbern mit Tausenden Opfern sahen sie sich einem der schrecklichsten Kriegsverbrechen konfrontiert. Die Untersuchungen ergaben, dass die Opfer durch Genickschuss gestorben waren. Sowohl die Obduktion ausgewählter Leichen als auch die in den Gräbern gefundenen Dokumente belegten zweifelsfrei, dass die polnischen Offiziere in den März- und Apriltagen des Jahres 1940, also vor dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion im Juni 1941, ermordet worden waren. Diesen Befund bestätigten die Pathologen in einem von allen unterschriebenen Protokoll. Damit war klar, dass für dieses Massaker allein die sowjetische Seite verantwortlich war.

Leugnung der Wahrheit mit allen Mitteln

Während die international zusammen gesetzte Kommission der Gerichtsmediziner noch in Katyń mit ihren Untersuchungen befasst war, tobte bereits zwischen Berlin und Moskau neben dem blutigen Kampf auf dem Schlachtfeld ein Propagandakrieg. Der Moskauer Rundfunk hatte bereits zwei Tage nach Goebbels Rundfunkrede die Beschuldigung als Provokation zurückgewiesen und die Massenerschießungen der deutschen Seite angelastet. Bei den Ermordeten handle es sich um beim Straßenbau eingesetzte polnische Kriegsgefangene, die beim Rückzug der sowjetischen Truppen den Deutschen in die Hände gefallen und von ihnen exekutiert worden seien. Als im Herbst 1943, wenige Monate nach Abschluss der Untersuchungen in Katyń, die Rote Armee Smolensk zurückerobert hatte, wurde eine Kommission beauftragt, entsprechendes Material bereit zu stellen, das diese Version beweisen sollte. Als Beleg dafür, dass die in den Wäldern verscharrten Opfer 1940/41 noch gelebt hatten, dienten gefälschte und den Toten beigelegte Dokumente. Dann wurden die von der

internationalen Untersuchungskommission markierten Gräber eingeebnet, mit Sand überschüttet und mit Bäumen bepflanzt. Zudem wurden „Zeugen“ präsentiert, die man zu Falschaussagen erpresst hatte. Unter Druck zogen der bulgarische und tschechische Pathologe ihre Unterschriften unter das gemeinsam verfasste Protokoll zurück. Ihr rumänischer Kollege hatte dagegen nicht widerrufen und sich seiner Verhaftung durch die Flucht nach Paris und später nach Südamerika entziehen können.

Wenngleich die Rechnung von *Goebbels*, das Kriegsbündnis der Westalliierten mit der Sowjetunion zu schwächen, nicht aufging, so kam es doch zu einem Bruch mit der in London residierenden polnischen Exilregierung. Durch die Nachricht von der Ermordung Tausender vermisster polnischer Offiziere aufgeschreckt, bestand sie auf einer Untersuchung durch das Internationale Rote Kreuz. Sie wurde daraufhin von der sowjetischen Führung beschuldigt, sich die deutsche Provokation zu eigen gemacht zu haben. Unter diesem Vorwand brach Moskau am 25. April 1943 die diplomatischen Beziehungen mit der ohnehin ungeliebten polnischen Exilregierung ab. Zudem fand die polnische Exilregierung in der Katyń-Frage keinerlei Unterstützung bei den Westalliierten, die, um den sowjetischen Verbündeten nicht zu brüskieren, kein Interesse zeigten, die Wahrheit über Katyń herauszufinden. Erst 1952 befasste sich der amerikanische Kongress mit Katyń und lud die 1943 mit der Untersuchung beauftragten Pathologen, soweit sie im freien Westen lebten, als Zeugen ein.

Dagegen hielt die sowjetische Führung auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs an der von ihr fabrizierten und in ihrem Machtbereich verbreiteten Katyń-Lüge fest. Noch Ende der 1970er Jahre ließ sie im Wald von Katyń ein Denkmal mit folgender Inschrift errichten: Den Opfern des Faschismus – den 1941 von den Hitleristen erschossenen polnischen Offizieren.

Polnische Untersuchungen in Katyń unter Schwierigkeiten

Es sollte bis zum Ende der Sowjetunion dauern, ehe die polnische Seite 1994 die Genehmigung erhielt, nach Katyń eine Gruppe von Topographen und Pathologen zu entsenden, um die Gräber der ermordeten Offiziere zu registrieren und Vorbereitungen für einen Ehrenfriedhof zu treffen. Leicht wurde ihnen die Arbeit vor Ort nicht gemacht. Zunächst wurde der Zeitpunkt ihrer Reise mehrfach verschoben und die ursprüngliche Erlaubnis zu Exhumierungen wieder zurück gezogen, so dass man sich auf Sondierungsarbeiten beschränken musste. Dann stieß diese Gruppe vor Ort auf deutliche Ablehnung: Während sie sich in Smolensk mit den Behörden besprach, kam es vor dem Amtsgebäude zu einer Protestdemonstration mit Rufen „Hände weg von Katyń!“ Drinnen versuchte man, dem polnischen Expertenteam klar zu machen, dass der Wald von Katyń unter Naturschutz stehe und daher dort keinerlei Untersuchungen vorgenommen werden dürften. Es war eine Politik der Nadelstiche, die darauf abzielte, den polnischen Wissenschaftlern durch diese und andere Schwierigkeiten die Arbeit zu verleiden. Doch als sich diese davon unbeeindruckt zeigten, ließen die Schikanen mit der Zeit nach.

In der verfügbaren Zeit von gut drei Monaten konnte die Gruppe sämtliche Gräber identifizieren und das Gelände eines künftigen Ehrenfriedhofes abstecken. Im Einzelnen

wurden die 1943 entstandenen sechs Gräber gefunden und alle acht Todesgruben, wobei eine keine Leichen enthielt. Man weiß aber aus den Untersuchungen von 1943, dass damals von den dort angehäuften 200 Toten lediglich zehn in einem Massengrab beigesetzt worden waren. Daher ist anzunehmen, dass diese Grube später vom NKWD geleert worden war, ohne dass man bis heute weiß, wo diese Leichen geblieben sind. Zudem entdeckte das Team die Einzelgräber zweier Generäle, deren sterbliche Überreste 1995 nach Polen überführt und mit allen Ehren beigesetzt wurden.

Nach 1991 kein durchgreifender Neubeginn

In den Jahren 1991-1993 gab es eine kurze Phase, in der die Führung der Russischen Föderation Bereitschaft zeigte, die stalinistischen Verbrechen beim Namen zu nennen und damit auch die Grundlage für eine polnisch-russische Versöhnung zu legen. Doch heute fast vergessen ist *Jelzins* Versöhnungsgeste, als er am 24. August 1993 in Katyń die denkwürdigen Worte sprach: „Polen, verzeiht uns, wenn ihr könnt.“ Auch wurde zu dieser Zeit eine Delegation der „Katyń-Familien“ im Kreml vom damaligen Vizepräsidenten *Aleksander Ruckoj* empfangen, der seinerseits die Angehörigen der Opfer um Vergebung bat.

Doch derlei Gesten sollten sich nach *Jelzins* Ablösung und der Machtübernahme durch *Wladimir Putin* nicht wiederholen. Mit seiner Rückkehr zur früheren Großmachtspolitik verträgt sich keine derartige Selbstdemütigung. Sie verlangt vielmehr nach einer Geschichtspolitik, bei der der Zusammenbruch der UdSSR als Katastrophe gedeutet wird und die stalinistischen Verbrechen geleugnet oder doch relativiert werden. Da passt die Wahrheit über Katyń nicht ins nationale Selbstbild.

Irritationen im Vorfeld des Treffens der Regierungschefs

Den jüngsten Beweis für diese Geschichtspolitik lieferten die russischen Behörden nur wenige Tage vor der Gedenkfeier für die Opfer von Katyń am 7. April. In ihrer Antwort auf die von der Organisation der „Katyń-Familien“ beim Europäischen Gerichtshof eingereichten Klageschrift wiesen sie diese mit dem absurden Hinweis zurück, dass bei den 1943 von den Deutschen vorgenommenen Exhumierungen keine sowjetischen Sachverständigen anwesend gewesen seien. Zudem sei die Tatsache, dass die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft 1998 einer Angehörigen die Ermordung ihres Vaters bestätigt habe, nicht aussagekräftig, da diese Erklärung vor dem offiziellen Abschluss der Untersuchungen abgegeben wurde. Auch hier bedienten sich die russischen Behörden der aus sowjetischer Zeit hinlänglich bekannten dreisten Verdrehung von Tatsachen: Die auf der Grundlage einer Expertise russischer Spezialisten von der Moskauer Militärstaatsanwaltschaft Anfang der 1990er Jahre eingeleiteten Ermittlungen unterliegen nämlich seit dem Kurswechsel unter Präsident *Putin* der Geheimhaltung und wurden ganz im Einklang mit der vom Kreml verfolgten Geschichtspolitik eingestellt.

Historiker contra Geschichtspolitik

Dieser geschichtspolitisch bedingten Tabuisierung der vom NKWD verübten Massenexekutionen steht indes die Arbeit der Historiker entgegen. So hatten unter *Jelzin* polnische Wissenschaftler Zugang zu russischen Archiven und konnten wertvolle Quellen auswerten. Von besonderer Bedeutung sind die in den Jahren 1995 bis 2006 von russischen Historikern erstellten vier Bände „Katyń. Dokumente eines Verbrechens“. Aufgrund dieser Untersuchungen weiß man heute, dass die Entscheidung zu den Massenerschießungen einstimmig vom Politbüro nach Vorlage von *Lawrenti Beria*, dem Chef des NKWD, am 5. März 1940 getroffen wurde. Bemerkenswert ist auch, dass es zwischen polnischen und russischen Historikern in der Interpretation der Verbrechen von Katyń keinerlei Dissens gibt.

Doch, wie man weiß, erreichen Historiker das öffentliche Bewusstsein nur durch Vermittlung der Medien. Und an ihr mangelt es in Russlands gelenkter Demokratie. So verhallen die Stimmen der mit „Memorial“ verbundenen Wissenschaftler, ohne eine Reinigung des nationalen Gedächtnisses zu bewirken. Dennoch verdienen sie höchste Anerkennung, zumal sie bereits 1980, also noch zu sowjetischer Zeit, unbeirrt und unablässig für die Wahrheit über Katyń eintraten. Damals veröffentlichten sie in der Zeitschrift „Kontinent“ eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „An diesen gedächtnisreichen und für Polen schmerzlichen Tagen wollen wir, sowjetische Menschenrechtler, unseren polnischen Freunden sowie mit ihnen der ganzen polnischen Nation nochmals versichern, dass niemand von uns jemals die Verantwortung vergessen hat, noch vergessen wird, die unser Land wegen des von seinen offiziellen Vertretern in Katyń verübten Verbrechens zu tragen hat.“ Im Februar 2010 haben die damaligen Unterzeichner, soweit sie heute noch leben, unter Hinweis auf neuerliche geschichtspolitische Verschleierungen ihre damalige Erklärung erneuert. Zudem wandten sie sich in einem offenen Brief an Präsident Dmitrij Medwedjew mit der Forderung, die Ermittlungen wieder aufzunehmen, die Namen der Opfer zu veröffentlichen und die Schuldigen festzustellen.

Hoffnung auf eine polnisch-russische Versöhnung?

Um eine längst überfällige polnisch-russische Versöhnung über den Gräbern von Katyń zu erreichen, sind diese vereinzelt, wenngleich bedeutenden Stimmen zu schwach. Dazu bedarf es einer breiten gesellschaftlichen Basis. Auch symbolische Gesten führender russischer Politiker zielen ins Leere, wenn sie nicht mit einer Geschichtspolitik in Einklang stehen, bei der unmissverständlich die stalinistischen Verbrechen beim Namen genannt und glaubwürdige Worte der Entschuldigung gefunden werden. Vielleicht ist die russisch-orthodoxe Kirche in der Lage, innerhalb der Gesellschaft den erforderlichen Meinungsumschwung herbeizuführen, wie dies die Kirchen in Polen und der Bundesrepublik mit ihren Botschaften 1965 mit Erfolg geleistet haben. Um die Kirchen in Russland und Polen für einen solchen Akt der Versöhnung zu gewinnen, hat *Adam Rotfeld*, der polnische Mitvorsitzende der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der aus der belasteten Vergangenheit resultierenden „schwierigen Fragen“, bereits entsprechende Gespräche mit dem Moskauer Patriarchat und dem Krakauer Kardinal *Dziwisz* geführt. Auch wenn konkrete

Ergebnisse noch ausstehen, so ist doch die von russischen Bischöfen geplante Errichtung einer dem Gedenken der massenhaften Ermordung polnischer Offiziere gewidmeten Kapelle in Katyń ein hoffnungsvolles Zeichen für eine innerhalb der russisch-orthodoxen Kirche offenbar bestehende Versöhnungsbereitschaft.

Auch und vor allem die Anteilnahme der Regierung und Bevölkerung Russlands an der Tragödie vom 10. April lässt auf einen Durchbruch in den Bemühungen um eine polnisch-russische Versöhnung hoffen: Die Regierung verfügte einen Tag Staatstrauer; die Bevölkerung zeigte sich zutiefst betroffen und teilte die Trauer ihrer polnischen Nachbarn; Katyń, dieses lange Zeit öffentlich tabuisierte Thema, war plötzlich in aller Munde; das russische Staatsfernsehen strahlte Wajdas „Katyń“ zur besten Sendezeit aus, nachdem der Film zuvor erstmals am Karfreitag, wenige Tage vor dem Treffen beider Regierungschefs, in einem Kulturkanal ausgestrahlt worden war.

Diese Reaktionen verdeutlichen das Ende aller bisherigen Versuche, die Wahrheit über Katyń zu verschleiern. Damit scheint der Tag gekommen, dass ein von Polen initiiertes „Appell zur Versöhnung“ Gehör findet. Unter Hinweis auf das von den Regierenden und den Bürgern Russlands angesichts der Flugzeugkatastrophe zum Ausdruck gebrachte Mitgefühl heißt es: „Daher wenden wir uns an die russische Nation: Möge uns das bei Katyń neuerlich vergossene Blut verbinden, möge es uns zur gegenseitigen Versöhnung verhelfen. Möge es der Neubeginn in den polnisch-russischen Beziehungen sein, Beziehungen, unbelastet von Misstrauen und Lüge.“

Elżbieta Mączyńska

Ordnungspolitische Dilemmata

Streben wir eine ökologisch-soziale Ordnung der Marktwirtschaft an?

Einführung

Die Wirtschaftsordnung bestimmt die Prinzipien und den Rahmen der wirtschaftlichen Aktivitäten, die für alle Akteure des Wirtschaftslebens verpflichtend sind. Daher stellt die Ordnungspolitik und die aus ihr resultierende Form des Wirtschaftssystems einen elementaren Faktor der sozioökonomischen Entwicklung eines Landes, einen Faktor des Wohlstands und Erfolges seiner Bürger dar.¹ Die Wirtschaftsgeschichte liefert sehr viele Beweise aus verschiedenen geografischen Räumen und unterschiedlichen Epochen, wie kostspielig Fehler bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung sein können und sind.² Solche Fehler und Konsequenzen erlebt die Welt auch gegenwärtig.³

Daher die Aktualität der von *Iliya Prigogine*, dem Nobelpreisträger für Chemie aus dem Jahre 1977, aufgeworfenen Frage: „Wenn die Natur, also die Materie über die Besonderheit verfügt, spontan Ordnungen zu erschaffen, sind dann auch wir Menschen den gleichen Gesetzmäßigkeiten unterworfen, die diese Prozesse steuern?“⁴ Skepsis ist durchaus angebracht, zumal sich das wirtschaftliche Chaos in globalem Maßstab vertieft.

Auseinandersetzungen und Dilemmata hinsichtlich der Wirtschaftsordnung haben aufgrund zivilisatorischer und technologischer Krisen in Umbruchphasen gewöhnlich eine besondere Bedeutung. Auch gegenwärtig kommt es zu starken Kontroversen, was aber nicht nur aus der weltweiten Krise resultiert.

Man könnte sie nämlich für typisch erachten, als quasi genetisches Symptom des Konjunkturzyklus, als ein mit der Marktwirtschaft unauflöslich verbundenes Phänomen des „Auf und ab“, als Ausdruck ihrer sinusoidalen Entwicklung. Diese These wäre richtig, gäbe da nicht den Umstand, dass sich die gegenwärtige Krise unter den Bedingungen eines deutlich wahrnehmbaren technologischen und zivilisatorischen Umbruchs vollzöge, eines Paradigmenwechsels hinsichtlich der globalen Entwicklung. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass die Industriegesellschaft durch eine bisher nicht näher definierte postindustrielle Zivilisation verdrängt wird. Es erfolgt der Übergang zu einem neuen, auf Wissen basierenden Wirtschaftsmodell, das in hohem Maße vernetzt ist, was das Netz zur Macht macht und die Vernetzung der Demokratie bedeutet. Es handelt sich um eine „Wikinomie“, die in hohem Maße über die Merkmale einer

¹ Darüber schrieb ich u.a. in dem Artikel: *Ład gospodarczy. Pochwała „ordo”* (w:) W. Jarmolowicz, M. Ratajczak (red.), *Liberalizm we współczesnej gospodarce*, Poznań 2008, s. 151–168.

² „Lucky the city with a decent government. Not all happy cities resemble one another, but each unhappy city is at least partly unhappy for a single reason: misgovernment. The quality of government, local and national, is the most important factor, apart from the economy, in the success (of a city)” – In: *Failures at the top*, *The Economist*, May 3rd 2007.

³ G. Steingart: *Plajta ostatniej utopii*. In: *Tygodnik Forum*, Nr 41 2008 P. Bofinger: *Czeka nas epokowa zmiana*. In: *Tygodnik Forum*, Nr 41, 2008

⁴ A. Weron, *Iliya Prigogine (25.01.1917–28.05.2003)*, http://pryzmat.pwr.wroc.pl/Pryzmat_167/Pryzmat167.pdf.

„unbeständigen Wirtschaft“ verfügt, und eine Trennung der Finanzströme von realen Prozessen impliziert, was an sich schon den Keim einer Krise in sich tragen kann⁵.

Die Wirtschaftsgeschichte verdeutlicht, dass eine Änderung des Zivilisationsmusters auch immer von einer Änderung der Wirtschaftsordnung begleitet wird. So hat die Agrargesellschaft den Feudalismus hervorgebracht und die Industriegesellschaft den Kapitalismus in all seinen Varianten. Die Änderung der Wirtschaftsordnung bedeutet gleichzeitig eine Änderung der gesellschaftlichen Stratifizierung und wird bezeichnender Weise von einer Änderung des Typs der Überlieferung der gesellschaftlichen Kommunikation begleitet. Die Feudalherren wurden von den Kapitalisten ersetzt, die leibeigenen Bauern vom Proletariat. Die Umwandlung des Feudalismus in den Kapitalismus bedeutete den Übergang von der Epoche des manuell geschriebenen zur Epoche des gedruckten Wortes. Die postindustrielle Gesellschaft stellt hingegen die Ära der digitalen Sprache und des Entstehens einer neuen Oberschicht, der sog. „digitalen Netokratie“ dar. Hieraus ergibt sich die Frage, ob und welche neue Wirtschaftsordnung diese Zivilisation mit sich bringen wird?

Wie der schwedische Forscher, Publizist und Pionier des Internets, *Alexander Bard*, darlegt, leben wir, obschon sich nur wenige Menschen dessen bewusst sind, gleichzeitig in zwei Epochen. Die untergehende Epoche ist der Kapitalismus. Die aufgehende, mit der Revolution in der Informatik verbunden, ist die Epoche des Internets. Im Kapitalismus standen Fabrikanten und Banker an der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide, an ihrem unteren Ende hingegen die Proletarier. In der heranziehenden Epoche steht eine zahlenmäßig kleine, aber märchenhaft reiche, vernetzte Netokratie an der Machtspitze, während die Konsumenten die Basis der Pyramide bilden. Dies ist die Unterschicht jener Ausgeschlossenen, die mit digitalem Analphabetismus geschlagen und der Möglichkeit beraubt sind, die Wohltaten der neuen Zivilisation zu nutzen.

Das Zusammenspiel der aktuellen globalen Wirtschaftskrise mit den Prozessen des zivilisatorischen Paradigmenwechsels verleiht den Krisensymptomen eine besondere Dimension. Die Tiefe und das Ausmaß dieser Symptome erinnert nur in relativ geringem Maße an die vorangegangenen „normalen“ Krisen, die als direkte Konsequenz des mit der Marktwirtschaft unauflöslich verbundenen Konjunkturzyklus wahrgenommen werden.

Insofern ist die Frage nach der Form des zukünftigen Modells der Wirtschaftsordnung durchaus berechtigt.

Konkurrenzloser(?) Kapitalismus

In dem vor dreizehn Jahren (1996) veröffentlichten Buch von *Lester C. Thurow Die Zukunft des Kapitalismus* betont der Autor, ein amerikanischer Wirtschaftsprofessor, dass „es seit dem Beginn der Industriellen Revolution, als man den Erfolg als steigenden materiellen Lebensstandard zu definieren begann, nirgends gelang, dem Kapitalismus

⁵ Tapscott D., Williams A. : Wikinomia: O globalnej współpracy, która zmienia wszystko. Warszawa 2008

ein anderes effektives Wirtschaftssystem entgegenzustellen.⁶ Alle anderen Systeme haben gegen ihn verloren, der Sozialismus, Kommunismus, Faschismus und schließlich auch die utopischen Gesellschaftsentwürfe. So betrachtet ist der Kapitalismus konkurrenzlos.

Gleichzeitig konstatiert *Thurow*, indem er sich metaphorisch der geologischen Theorie tektonischer Platten und der biologische Theorie vom gestörten Gleichgewicht bedient, dass die Fundamente des Kapitalismus erschüttert zu sein scheinen. Eine ähnliche Auffassung vertritt der amerikanische Soziologe Immanuel Wallerstein. In seinem neuesten Buch *Utopistik, Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts* behauptet er, dass wir gegenwärtig in der Endphase des Kapitalismus leben. Wie der nächste Entwicklungszyklus der Menschheit aussehen wird, sei von den Ereignissen in dieser gegenwärtigen Endphase abhängig.⁷ Der Autor kommt zum Ergebnis, dass der Kapitalismus vergeist sei. Als Soziologe, Historiker, Wirtschaftswissenschaftler und Autor von Theorien zu den globalen Systemen bestätigt er die von ihm vor fast zehn Jahren in seinem Buch *Das Ende der Welt, wie wir sie kennen* entwickelten Thesen. In ihm führte er ebenfalls aus, dass sich das moderne Weltsystem „(...) in seiner finalen Phase befindet und es unwahrscheinlich ist, dass es noch fünfzig Jahre existieren wird, denn es befindet sich in einer tödlichen Krise.“⁸ *Wallerstein* verweist unter anderem auf die Beschränkung des Wettbewerbs und der Prinzipien des freien Marktes, aber auch auf die ökologischen Krisen sowie auf die Tatsache, dass die Unternehmen ihre Kosten externalisieren, sie auf die Weltgemeinschaft abwälzen. Indem er auf die Chance positiver Veränderungen verweist, die durch die Krise des gegenwärtigen Systems eröffnet werde, stellt *Wallerstein* fest, „dass die menschliche Arroganz die größte Beschränkung darstellt, die sich die Menschheit selbst auferlegt“⁹. Ähnliche Schlussfolgerungen und Mahnungen formuliert *Alvin Toffler* in seinen futuristischen Werken *Machtwechsel* (1990) und *Zukunftsschock* (1970).¹⁰

Heute braucht man niemanden mehr zu überzeugen, dass sich die Welt in einer Ära des gestörten Gleichgewichts befindet, was auch durch die immer stärker auseinander strebenden Pole von Reichtum und Armut belegt wird, ganz zu schweigen von dem gestörten ökologischen Gleichgewicht. Die Störung des ökologischen Gleichgewichts nehmen wir im Alltag wahr, unter anderem im Kontakt mit verunreinigter Luft und verunreinigtem Wasser. Die Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichts hat gesellschaftliche Deviationen, Kriminalität, Terrorismus und andere bedrohliche Phänomene zur Folge. Dies alles bedingt, dass der Lebensstandard sinkt. Paradoxe Weise betrifft dies auch die meisten reichsten Länder, obschon das BIP, das den Wohlstand eines Landes widerspiegelt, dort wächst. Der Reichtum schützt nicht nur nicht vor den negativen Folgen eines gestörten Gleichgewichts, insbesondere des

⁶ Thurow L.C: *Przyszłość kapitalizmu: Jak dzisiejsze siły ekonomiczne kształtują świat jutra*. Wrocław 1999, S.9

⁷ Wallerstein I.: *Utopistyka. Alternatywy historyczne dla XXI wieku*. Warszawa 2008

⁸ I. Wallerstein: *Koniec świata, jaki znamy*. Warszawa 2004, S. 27 u. 151

⁹ Ibidem, S. 306

¹⁰ A. Toffler: *Szok przyszłości*. Warszawa 1974, 2. Aufl. Poznań 1998. Vgl. auch: P. Sztompka: *Trauma wielkiej zmiany. Społeczne koszty transformacji*, Warszawa 2000

ökologischen, sondern führt zusätzlich zur Degradierung der Umwelt, zu ökologischer Entwertung und Enteignung.¹¹ Die unreflektierte Jagd nach Reichtum und ein hemmungsloser Konsumismus sind so betrachtet elementare Faktoren für die Vertiefung des Ungleichgewichts.

„Wir sind wie ein großer Fisch, der aus dem Wasser gezogen wird und wild um sich schlägt, um ins Wasser zurückzukehren. In einer solchen Situation fragt der Fisch wohl niemals danach, wo er nach dem nächsten Schlag mit seinem Schwanz landen wird. Er spürt aber, dass seine aktuelle Lage unerträglich ist und dass er etwas neues versuchen muss.“ Dieses Zitat geht auf eine chinesische Redensart zurück, auf die sich nicht selten auch die Transformationsforschung beruft. Im Zusammenhang mit der Zukunft des Kapitalismus wird es auch von Thurow angeführt.¹²

Ganz gezielt verweisen die Wirtschaftswissenschaftler deshalb auch auf das Versagen des Maßstabs BIP hinsichtlich der Bewertung von Lebensqualität. Daher auch die Suche nach neuen Maßstäben für Entwicklung, Wohlstand und Lebensqualität, wobei der sog. Gross National Happiness Index (GNH), also der Glücksindikator des BIP, einer der aktuellsten ist. Bei diesem Indikator wird nicht nur das Wirtschaftswachstum berücksichtigt, sondern auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Bewahrung kultureller Werte, der Qualität des Regierens und des Managements der Wirtschaft, Probleme öffentlicher Angelegenheiten sowie eines nachhaltigen Umgangs mit der Umwelt. Grzegorz W. Kołodko unterstützt die Entwicklung dieser Forschungsrichtung und schlägt einen „Integrierten Wohlfahrtsindex“ vor.¹³ Diese Überlegungen zielen auf die Suche nach einer Ordnung des Gleichgewichts und auf die Eindämmung der Folgen, die sich aus dem Ungleichgewicht ergeben.

Nach Lester C. Thurow wird die Störung des Gleichgewichts durch fünf gleichzeitige „tektonische“ Bewegungen „ökonomischer Platten“, die er als subkutane Kräfte der Veränderung bezeichnet, hervorgerufen. Dies Kräfte sind:

- der Niedergang des Kommunismus, der dem Gesetz des Pendels entsprechend u.a. die Basis für den unkritischen Glauben an die Doktrin des Neoliberalismus schuf,
- eine Wirtschaft, die auf intellektuellem Kapital, also auf Wissen beruht,
- die Demographie, das enorme Bevölkerungswachstum in den ärmsten Ländern, der Anstieg der Mobilität und die Alterung der Gesellschaften,
- die fortschreitende Globalisierung und die damit verbundene zunehmende Komplexität und Undurchsichtigkeit wirtschaftlicher Verflechtungen,
- eine Welt ohne dominierende Weltmacht, was darin zum Ausdruck kommt, dass die USA allmählich ihre hegemoniale Weltmachtstellung verlieren,

Wie Thurow betont, treten die sozioökonomischen Systeme ähnlich wie die biologischen „in eine Ära der gestörten Gleichgewichts mit sich langsam entwickelnden, dafür aber festgelegten Strukturen ein. Sie zeichnen sich nach gewissen Zeitabschnitten

¹¹ U. Beck: *Spoleczeństwo ryzyka. W drodze do innej nowoczesności*. Warszawa, 2002, S 51 ff.

¹² L.C. Thurow, op. cit. S. 7

¹³ G. W. Kołodko, *Wędrujący świat*. Warszawa, 2008, S. 272

immer wieder durch radikal veränderte, sich weiter entwickelnde Strukturen aus.”¹⁴ Die Störung des Gleichgewichts bewirkt, dass - wie bei biologischen Systemen - die Umwelt sich abrupt verändert und die bislang dominierende „Gattung“ plötzlich durch eine neue ersetzt wird.

Dies wird durch die Geschichte bestätigt, vor allem durch die Industrielle Revolution, die in einem knappen Jahrhundert die über tausende von Jahren währende Ära der Landwirtschaft ersetzte. Der Feudalismus, der sich über Jahrhunderte hielt, wurde sehr schnell durch den Kapitalismus abgelöst. Bringt also die postindustrielle Zivilisation, die die knapp dreihundertjährige Vorherrschaft der Industriegesellschaft verdrängt, eine neue Ordnungsstruktur? Dies kann man m. E. nicht ausschließen, umso mehr, als die für gesellschaftliche Umwälzungen charakteristischen Veränderungen bereits eingetreten sind oder sich in einem fortgeschrittenen Stadium befinden. Ich denke hier erstens an den Übergang zu einem neuen zivilisatorischen Paradigma, zu einer auf Wissen basierenden Wirtschaft, zweitens an den Übergang zu einer neuen Kommunikationsform, der digitalen Kommunikation, und drittens an das Entstehen neuer Gesellschaftsschichten, u.a. der digitalen Aristokratie.

Allerdings ist das, was geschehen kann, von einem ungewöhnlich dichten Geflecht sehr komplizierter Faktoren und Interessen abhängig, die sich nur schwer prognostizieren oder apriori bewerten lassen. Das bedeutet, dass eine eindeutige Antwort auf die Frage, wie das zukünftige Wirtschaftsmodell aussehen wird, heute eher unmöglich ist. Eine wesentliche Ursache für die Schwierigkeit, auf diese Frage und die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus eine eindeutige Antwort zu finden, stellt die Tatsache dar, dass es mehrere Kapitalismustypen gibt. Sicherlich hat das skandinavische Kapitalismusmodell, das ökonomisches und soziales Gleichgewicht anstrebt und darauf beruht, eine Vertiefung der Einkommensdifferenzierung in der Gesellschaft zu verhindern, andere Perspektiven als das auf scharfem Wettbewerb basierende angelsächsische Modell des neoliberalen Kapitalismus.

Besonders im Kontext mit der globalen Wirtschaftskrise teilen heute immer mehr Menschen die Auffassung, dass diese Krise keine typische Konjunkturkrise ist, sondern eine fundamentale Systemkrise, eine Krise der dominierenden Strömung des Neoliberalismus, einer Strömung, die im übrigen schon seit geraumer Zeit von einigen Kennern der Materie kritisiert wird.

Analysen und Mahnungen

In der Diskussion zum Thema von Lösungen, die eine Eindämmung sozioökonomischer Spannungen und Ungleichgewichte ermöglichen sollen, wird auf die Möglichkeit hingewiesen, die Gestaltung der Prinzipien der Wirtschaftsordnung neu zu bewerten. Überdies verweist man auch auf das Versagen der neoliberalen Doktrin als theoretischer Grundlage verschiedener wirtschaftspolitischer Konzeptionen im Rahmen kapitalistischer Marktwirtschaften.¹⁵ Sowohl in den Ländern Westeuropas als auch in

¹⁴ L.C. Thurow, op. cit. S.17

¹⁵ E. Mączyńska: Słabnące tempo wzrostu w gospodarce światowej – sympozjum Rady Strategii Społeczno-Gospodarczej. In: *Ekonomista* 2003, Nr 5, S. 655

den USA gewinnt die These von der allgemein fortschreitenden „**Erosion der neoliberalen Doktrin**“ an Popularität.¹⁶

Der in Harvard lehrende Wirtschaftswissenschaftler Dani Rodrik stellt fest, dass zwischen Neoliberalismus und Ökonomie die gleiche Beziehung bestehe, wie zwischen Astrologie und Astronomie. Weder die Astrologie noch der Neoliberalismus seinen Wissenschaften, vielmehr handele es sich hierbei um Ideologien.¹⁷ Noch treffender ausgedrückt kann man feststellen, dass sich der Neoliberalismus gegenüber dem Liberalismus so verhält, wie der Fundamentalismus zu den Fundamenten. *Adam Smith*, Klassiker einer besonders edlen Konzeption des Liberalismus, verband in ihr die Idee des freien Marktes mit Moral, Verantwortung und Ethik. In der neoliberalen Marktkonzeption fehlt eine solche Symbiose, was ein „fruchtbares“ Fundament der Krise darstellt.

Viele Autoren argumentieren, dass die Quelle für die Fehlentwicklungen vor allem in Systemfehlern stecke, in einer ihrer Auffassung nach unkritischen Unterordnung der wirtschaftlichen Ordnungspolitik unter die neoliberale Doktrin.

Es ist charakteristisch, dass solche Ansichten auch von den ehemaligen Verfechtern des Neoliberalismus vertreten werden. Zu diesem Kreis zählt auch *Jeffrey Sachs*, der 1989 als Wirtschaftsberater der „Solidarność“ an der Vorbereitung des Pilotprojekts des Transformationsprogramms der polnischen Wirtschaft, am sog. *Balcerowicz-Plan* beteiligt war und die erste postkommunistische Regierung und ihren stellvertretenden Ministerpräsidenten Leszek Balcerowicz bei der Einführung radikaler Wirtschaftsreformen beriet. Er spielte damit eine wesentliche Rolle bei der Markttransformation in Polen und anderen Ländern.

Gegenwärtig korrigiert *Sachs* seine einstigen neoliberalen Ansätze deutlich und verweist darauf, dass „wenn dem Mythos des sich selbst regulierenden Marktes nicht beigegeben wird, wir immere ernsthaftere Krisen haben werden. (...) Mir war früher nicht bewusst, wie sehr die Idee der gegenseitigen sozialen Abhängigkeit und der Wahrnehmung des öffentlichen Interesses durch den Staat verunglimpft worden ist. Sogar Menschen, die überzeugt sind, dass gemeinsame Interessen existieren, ließen sich im allgemeinen überzeugen, dass sie sich nicht auf ineffiziente oder korrumpierte Regierungen verlassen sollten, sondern auf Nichtregierungsorganisationen oder spontane, vernetzte Bürgerbewegungen. So gerieten wir zwischen zwei voluntaristische Utopien. Die eine kanonisierte den Markt, die andere die Gesellschaft. Den meisten Menschen wurde eingeredet, dass ihnen der Staat nicht helfen kann, und wenn er ihnen Hilfe verspricht, der Misserfolg vorprogrammiert ist. Es wird viel Zeit vergehen, bis die Menschen sich wieder überzeugen lassen, dass man ohne starken Staat weder eine gute Gesellschaft noch eine funktionierende Wirtschaft erhalten kann. (...) Wenn die Spekulation die Wirtschaft vernichtet, sollte es eine politische Kraft geben, die die Freiheit der Spekulation beschränkt. Zum ersten Mal in der Geschichte Amerikas ist nichts davon geschehen. Und warum? Weil die amerikanische Politik so korrumpiert ist

¹⁶ Z. Sadowski: *O ustroju społeczno-gospodarczym*. In: J. Mujżel, B. Fiedor, S. Owsiak, E. Mączyńska, *PolSKI ustrój społeczno-gospodarczy. Jaki kapitalizm? Raport nr 22 Rady Strategii Społeczno-Gospodarczej*. Warszawa 2003

¹⁷ Z. Sadowski: *Otwarcie dla nowoczesnej teorii ekonomii*. In: *Przełomowy rok 1956 a współczesność*. Warszawa 2007, S. 28–29

wie nie zuvor. Noch nie ist so viel Geld von den reichsten Leuten und den größten Unternehmen an die Politik geflossen. Noch nie hatte eine millionenschwere Werbung einen so großen Einfluss auf die Wahlen”.¹⁸

Recht überraschend sind die Feststellungen von *J. Sachs* hinsichtlich Polens: „Ich bin in einer Familie mit starken demokratischen Traditionen aufgewachsen und war immer der Ansicht, dass das Modell einer gemischten Wirtschaft mit einer größeren Rolle des Staates besser ist. Als ich in Bolivien, Polen und Russland Berater war, habe ich auf schnellstmögliche Reformen gedrängt, aber ich sprach mich niemals dafür aus, dass sie die reine Marktwirtschaft zum Ziel haben sollten. Die Linke kritisierte mich für die Propagierung des Marktes, und die Rechte dafür, dass ich mich für die Erhaltung der öffentlichen Gesundheitsfürsorge aussprach. *Leszek Balcerowicz* war immer sehr viel mehr für den Markt als ich.”¹⁹

Auch *J. K. Galbraith* weist in seinem Buch *Die Wirtschaft des unschuldigen Betrugs. Die Wahrheit unserer Zeit* auf die im neoliberalen System steckenden Fehlerquellen hin. Er betont die Diskrepanz zwischen der Realität und dem „konventionellen Wissen” sowie den beispiellosen Einfluss des privaten auf den öffentlichen Sektor im Hinblick auf Wirtschaft, Unternehmertum und effektives Regieren. Er warnt auch vor der Macht transnationaler Korporationen und den Konsequenzen, die sich daraus ergeben, dass die Macht der Aktionäre und Aufsichtsräte von den Managern übernommen wird.²⁰

Dem Kreis der Kritiker des Neoliberalismus schließen sich auch andere Nobelpreisträger an, indem sie auf die Schädlichkeit verweisen, die sich bei doktrinären Haltungen für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung und der Wirtschaftspolitik ergeben. *Paul Samuelson* verhält sich gegenüber der neoliberalen Doktrin kritisch und betont, dass er selbst Befürworter der goldenen Mitte sei. Indem er den Mechanismus der „unsichtbaren Hand” bejaht, stellt er fest, dass sich diese Hand in Zeiten der Globalisierung „an der Handbremse” befinden sollte.²¹ Auch *Leon Hurwicz*, der sich auf die Theorie *Adam Smiths* beruft, legt dar, dass die „unsichtbare Hand” einer „intelligenten Steuerung” bedarf.²²

Kritische Debatten werden auch in Polen geführt. Vor doktrinären Haltungen mahnt *Zdzisław Sadowski*, indem er hervorhebt, dass man keiner Doktrin erliegen sollte, „(...) weder der marxistisch-leninistischen noch der neoliberalen. Natürlich vollzieht sich die Unterdrückung unabhängigen Denkens durch die neoliberale Doktrin auf ganz andere Weise, weil sie nicht darauf beruht, dass der Staat und die Polizei verfügt, dass man sich an sie zu halten habe, sondern auf etwas abhebt, das für die gesellschaftlichen Beziehungen nicht weniger wichtig ist: auf die Ausübung großen Drucks seitens desjenigen Teils der Gesellschaft, der sich diese Doktrin angeeignet hat, sowie auf einer

¹⁸ Nauka przetrwania. Prof. Jeffrey Sachs, ekonomista, o niesprawiedliwych społeczeństwach, Wywiad J. Żakowskiego. In: *Polityka*, 10.01.2009

¹⁹ *ibidem*

²⁰ J.K. Galbraith: *Gospodarka niewinnego oszustwa. Prawda naszych czasów*. Warszawa, 2005

²¹ Ch. Rottwilm, Paul A. Samuelson: *Der Generalist mit dem Wasserhund*. In: *Der Spiegel*, 29 Juli 2008, Beilage Manager Magazin

²² *Intelligent design. A theory of an intelligently guided invisible hand wins the Nobel prize*. In: *The Economist*, 18. Oktober 2007

breite Unterstützung durch die Medien.”²³ Es gab eigentlich keine Möglichkeit, sich gegen die verpflichtende neoliberale Doktrin auszusprechen. *Grzegorz W. Kołodko* spricht sogar vom „niedergehenden Neoliberalismus und seinem miserablen Erbe”, oder davon, wie eine schädliche Konzeption für eine gewisse Zeit die halbe Welt eroberte und wie man nun damit fertig werden soll. Ohne mit scharfer Kritik zu sparen, fragt er: „Wie konnte das geschehen, wie verliefen die wirtschaftlichen Prozesse, wie verhielten sich Politik, Wirtschaft und der Zufall hierzu, und wer hat uns da hineinmanövriert?”²⁴ Mit negativen Urteilen spart auch nicht *T. Kowalik*, indem er vor einer unkritischen Haltung gegenüber neoliberalen Ideen und einer „Musealisierung des Liberalismus” warnt.²⁵

Im Rahmen der Ordnungsdebatten werden auch Ansichten formuliert, die auf eine Verteidigung des Neoliberalismus zielen. Sehr prägnant werden sie zum Beispiel von *Robert Gwiazdowski* formuliert, der die Frage nach der Krise des Kapitalismus und Neoliberalismus mit der kurzen Vokabel „Unsinn” quittiert. Er geht davon aus, dass die aktuelle Krise den Aktivitäten der Staatsbürokratie in den USA geschuldet sei und nicht ein Ergebnis der Krise des Neoliberalismus, der aufgrund staatlicher Ingerenz in Reinform habe gar nicht entstehen können.²⁶

Allerdings bestätigt die gegenwärtige Wirtschaftslage, dass die Kritik am Neoliberalismus zutreffend ist. Der mit dieser Ideologie übereinstimmende Trend zur vollen Deregulierung der Wirtschaft, stellte, besonders deutlich im Finanzsektor der USA und durch die Praxis erhärtet, einen der grundlegenden Krisenfaktoren dar. Deshalb teile ich die Auffassung von der Erosion des Neoliberalismus. Die weitreichenden Interventionen in die Wirtschaft, die sich gegenwärtig in den USA, aber auch in Westeuropa vollziehen, mit Symptomen für Nationalsierungsbestrebungen in zumindest einigen Banken, sind ein spektakuläres Beispiel hierfür. Die Analyse bestätigt, dass, obschon weiterhin das Prinzip des freien Marktes und der Wettbewerbsordnung unangetastet bleibt, unter dermaßen riskanten asymmetrischen Informationsbedingungen eine übertriebene Marktkonfrontation der Akteure zu ungewollten Phänomenen und Bedrohungen führen kann, zumal die „Unterschiede zwischen Rivalität und Destruktion kaum auszumachen sind”²⁷ und „die unsichtbare Hand des Marktes durch die unsichtbare Hand der Globalisierung vernichtet wird, wodurch die unsichtbare Hand des Marktes zur „toten Hand des Marktes” wird”.²⁸

Die zunehmend kritischen Ansichten hinsichtlich des Neoliberalismus sind umso wichtiger, als die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts einen Zeitraum darstellen, in dem gerade die neoliberale Doktrin als ideologische Grundlage des Kapitalismus diente.²⁹ Auch in Polen wurde sie gemeinsam mit der Systemtransformation geradezu

²³ Z. Sadowski: *Otwarcie dla nowoczesnej teorii ekonomii*. In: *Przełomowy rok 1956 a współczesność*. Warszawa 2007, S. 28–29.

²⁴ G.W. Kołodko: *Wędrujący świat*. Warszawa 2008, Kapitel II und VI

²⁵ T. Kowalik: *Spoleczna gospodarka rynkowa – dekoracja czy program działania?* Referat na konferencję RN ZK PTE, 7. März 2002

²⁶ Koniec kapitalizmu? Bzdura? Gespräch mit R. Gwiazdowski. In: *Gazeta Bankowa*, 2009, Nr 5, S.23

²⁷ C. Hampden-Turner, A. Trompenaars: *Siedem kultur kapitalizmu*. Warszawa 2001, S. 122.

²⁸ J. Staniszkis: *Władza globalizacji*. Warszawa 2003, S. 17.

²⁹ J. Bakan: *Korporacja Patologiczna pogoń za zyskiem i władzą*, Warszawa, 2006, S. 14.

kritiklos adaptiert und so sind wir von „der einzig richtigen Doktrin des Sozialismus“ zu „der einzig richtigen Doktrin des Neoliberalismus“ übergegangen. Eine solche Einseitigkeit und Indoktrinierung bringt nie etwas gutes, wovon wir uns durch die Erfahrungen aus der sozialistischen Ära überzeugen konnten. Jetzt ist die Welt sehr intensiv den Konsequenzen der neoliberalen Indoktrinierung ausgesetzt.

Wenn man demnach mit der These von der Krise des Neoliberalismus übereinstimmt, so bleibt weiterhin die Frage, ob das Modell des Kapitalismus im allgemeinen veraltet ist, oder ob es mit Hilfe eines „liftings“, einer systemischen Rekonstruktion am Leben erhalten werden kann, oder ob diese Formation einer anderen weichen muss. Dies ist für mich eine offene Frage. Zu einer Antwort können vielleicht vertiefte Reflexionen und Analysen hinführen, deren Ergebnisse in der entsprechenden Sachliteratur vorgestellt werden sollten.

Fragen zu dem erwünschten Modell der Wirtschaftsordnung

Aufgrund des Zusammenspiels der globalen Krise mit dem zivilisatorischen Umbruch, deutlicher Symptome für ein chaotisches Weltwirtschaftssystem sowie der Erosion des Neoliberalismus, ist die Frage nach der Gestaltung einer optimalen Wirtschaftsordnung von besonderer Bedeutung. Die gilt nicht nur für diejenigen Ländern, die die Wirtschaftstransformation durchführen, sondern auch für Länder mit einer langen marktwirtschaftlichen Tradition. Wie nämlich die Wirtschaftsgeschichte, aber auch die Gegenwart belegt, tragen einige Ordnungstypen zu Entwicklung und Wohlstand bei, während andere zu wirtschaftlicher Degradierung und wirtschaftlichem Chaos führen. Die in der Wirtschaftsordnung auftretenden Unregelmäßigkeiten haben beachtliche negative Konsequenzen zur Folge, die für „von oben gemachten Fehler“ typisch sind und ihre Hauptquelle darstellen. Dieser Fehlertyp charakterisiert sich vor allem durch eine gewaltige Skala an Diffusionen, die sich in allen Bereichen und auf allen Ebenen ausbreiten, gemäß der Redensart, dass der Fisch vom Kopf her zu stinken beginnt. In der Ordnungspolitik kann man, indem man die Forschungen *Jared Diamonds* berücksichtigt, zumindest eine Teilantwort auf die von diesem Geographen gestellte Frage erblicken, „warum bestimmte Gesellschaften untergegangen sind, während andere erfolgreich waren“.³⁰ Der Autor sucht die Antwort auf diese fundamentale Frage, indem er das Verhältnisses von Gesellschaften und Zivilisationen zur Umwelt analysiert, und kommt zum Ergebnis, dass ein unvernünftiger Ressourcenverbrauch neben militärischen und ökonomischen Belangen eine der Hauptursachen für den Niedergang vieler hoch entwickelter Gesellschaften sei.³¹ Dabei stellt der Umgang mit der Umwelt nur eine Konsequenz aus der Gestaltung der Wirtschaftsordnung dar. Das Modell der Wirtschaftsordnung ist einer der fundamentalsten Faktoren, der die Qualität der Regierung und des Regierens auf allen Ebenen gestaltet: von der Landesebene über die transnationale bis hin zur lokalen Ebene.

³⁰ J. Diamond: *Upadek. Dlaczego niektóre społeczeństwa upadły, a innym się udało*. Warszawa 2007 (Originalversion: *Collapse: How Societies Choose to Fail or Succeed*. New York 2005)

³¹ Por. E. Mączyńska: Ład gospodarczy. Bariery i dylematy. In: E. Mączyńska, Z. Sadowski: *O kształtowaniu ładu gospodarczego*, PTE, Warszawa, 2008, S. 151–168

Die Ordnungsdilemmata betreffen die ganze Welt, die gesamte EU und auch Polen. Polen ist ein Beispiel dafür, wie schwierig es ist, eine befriedigende Lösung im Hinblick auf die Gestaltung der Wirtschaftsordnung zu finden. Obwohl die Transformation der Wirtschaftsordnung in Polen bereits vor zwanzig Jahren begonnen wurde, konnten die ordnungspolitischen Fragen bisher nicht befriedigend gelöst werden. Dies wird durch die Feststellungen zahlreicher Wirtschaftswissenschaftler bestätigt, vor allem durch W. Wilczyński, der auf die ordnungspolitischen Versäumnisse und Unregelmäßigkeiten sowie ihre negativen Konsequenzen hinweist. *Wilczyński* betont, dass in Polen „der Streit um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung, die von den Transformationapolitikern angestrebt wird, weiterhin anhält. Zwar wird formal argumentiert, dass es sich um eine Marktwirtschaft handeln soll, aber wenn es um ihr Wesen geht, so sind die Unterschiede weiterhin enorm. Dies wirkt sich negativ auf die Ordnungspolitik, genauer gesagt auf deren Fehlen aus“.³²

Dieses Fehlen ist evident, trotz der Bestimmung in der Verfassung der Republik Polen (Art. 20), dass „die soziale Marktwirtschaft, die auf der Freiheit wirtschaftlicher Betätigung, dem Privateigentum, der Solidarität und dem Dialog sowie der Zusammenarbeit der Sozialpartner beruht, die Basis der Wirtschaftsordnung der Republik Polen darstellt“.³³ Diese Verfassungsbestimmung hat leider nicht dazu geführt, dass die Frage der Wirtschaftsordnung geregelt wurde, wobei noch hinzu kommt, dass der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ trotz seines verfassungsmäßig hohen Ranges nur wenig bekannt ist. Noch schlimmer ist, dass man ihm häufig Inhalte und Bedeutungen zuordnet, die der ordoliberalen Konzeption, als theoretischem Fundament für die Idee der sozialen Marktwirtschaft, direkt widersprechen. Recht häufig wird dieser Begriff nach dem Vorbild und Muster der sozialistischen, auf Umverteilung beruhenden Sozialpolitik verstanden und falsch als Synonym für staatlichen Interventionismus interpretiert.³⁴

Dies macht es notwendig, das Wesen der sozialen Marktwirtschaft etwas grundsätzlicher zu reflektieren.

Die Idee der sozialen Marktwirtschaft basiert auf der ordoliberalen Theorie, und diese wiederum knüpft an die aus den Zeiten des antiken Imperium Romanum herrührende Idee der *ordo* an, deren Wesen darin beruht, eine Ordnung zu schaffen, die der Natur der Menschen entspricht und wirtschaftliches Gleichgewicht garantiert.³⁵ Der lateinische Begriff *ordo* wurde in der antiken römischen Philosophie als charakteristischer Zustand für die zivilisierte Gesellschaft verstanden, in dem freie menschliche Individuen ungezwungen und im Rahmen allgemein geltender Rechtsgrundsätze Transaktionen

³² W. Wilczyński: *Polski przełom ustrojowy 1989–2005. Ekonomia epoki transformacji*. Poznań 2005, S. 11

³³ Konstitution Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 kwietnia 1997 r., Dz. U. Nr 78, poz. 483.

³⁴ Darüber habe ich u.a. geschrieben In: *Spoleczna gospodarka rynkowa a anglo-amerykański model gospodarczy. Kontrowersje i nieporozumienia*. In: W. Bieńkowski, M.-J. Radło: *Amerykański model rozwoju gospodarczego. Istota, efektywność i możliwość zastosowania*. Szkoła Główna Handlowa – Oficyna Wydawnicza, Warszawa 2006, S. 378

³⁵ M.E. Streit, K. Wolfgang: *Das institutionelle Fundament von Freiheit und Wohlstand – Lektionen der „Freiburger Schule“* In: M.E. Streit (Hg.), *Freiburger Beiträge zur Ordnungsökonomik*. Tübingen 1995, S. 113

vornehmen können.³⁶ Im Mittelalter hat man *ordo* wiederum als Verbindung verschiedener Elemente, Dinge und Strukturen zu einer sinnvollen Einheit verstanden.³⁷ *Ordo* wird traditionell in der europäischen, aber auch in der ostasiatischen Gesellschaftslehre als Gegensatz zu Anarchie und Chaos verstanden und hat grundsätzlich einen normativen, auf einen erwünschten Zustand ausgerichteten Charakter. Die Realität unterscheidet sich zumeist von einem solchen Zustand. Probleme der systemischen Dysfunktionalität sind so alt wie die Welt, was unter anderem in den Sentenzen des antiken Staatsmanns und Philosophen Cicero zum Ausdruck kommt, der bereits 55 nach Christus vor Phänomenen, die die Wirtschaftsordnung stören und im Extremfall zum Staatsbankrott führen konnten, warnte.

Um dies zu verhindern, schlug *Cicero* das folgende, aus fünf Punkten bestehende und den Ideen der sozialen Marktwirtschaft ähnelnde Programm vor:

Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein, die öffentliche Verschuldung muss verringert werden, die Arroganz der Mächtigen muss verhindert und die Reherung muss kontrolliert werden, die Menschen sollten wieder lernen zu arbeiten statt auf Kosten der Öffentlichkeit zu leben, das Zahlungsdefizit muss verringert werden.³⁸

Es ist offenkundig, dass gegenwärtig nicht nur nicht in Polen, sondern auch in vielen anderen Ländern diese Richtlinien leider sehr häufig nicht respektiert werden.

Die gegenwärtige Finanzkrise spricht in gewissem Maße für die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft. Charakteristisch ist nämlich, dass diese Krise die mächtigsten Märkte der kapitalistischen Welt betrifft, vor allem die der USA und Großbritanniens. In geringerem Maße haben hingegen Länder mit dem sog. skandinavischen Wirtschaftssystem, in denen die Ideen der sozialen Marktwirtschaft praktisch umgesetzt werden, zu leiden.

Obschon die Ansichten zum Thema des Modells der sozialen Marktwirtschaft recht kontrovers sind, weist die Analyse ihrer Merkmale auf, dass dieses Modell die Chance bietet, beständige Grundlagen für Kohäsion, Nachhaltigkeit sowie eine ausgeglichene soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft zeichnet sich durch einen holistischen Ansatz aus, die komplexe, ganzheitliche Berücksichtigung der Einzelelemente des ungewöhnlich komplizierten Systems, das die sozioökonomische Ordnung nun einmal darstellt.³⁹ Obwohl in dem jüngst erschienenen Buch *Das Ende des Elends. Aufgabe für unsere Generation*, *J. Sachs* eine neue Methode zur Lösung sozioökonomischer Probleme anbietet, die er als „klinische Ökonomie“ bezeichnet, so klingen in ihr doch deutlich Töne aus der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft an. Gerade die klinische Ökonomie ist ein holistischer Ansatz bei der Lösung sozioökonomischer Probleme, das Verknüpfen ökonomischer mit sozialen Aspekten, ein Ansatz, der sich an der holistischen Medizin

³⁶ W. Eucken: *Die Grundlagen der Nationalökonomie*. 9. Aufl. Berlin, Heidelberg, New York 1989, S. 239

³⁷ *Ibidem*

³⁸ www.lasius.de/sprueche/spruchp_u.html

³⁹ E. Mączyńska, P. Pysz (Hg.): *Spoleczna gospodarka rynkowa. Idee i Społeczna gospodarka rynkowa. Idee i możliwości praktycznego wykorzystania w Polsce*. Warszawa 2003

orientiert. *Das Ende des Elends* kann man als Anspielung auf den Titel des Buches von L. Erhard, des Mitbegründers der sozialen Marktwirtschaft, *Wohlstand für alle*, verstehen. Symptomatisch ist dabei, dass Sachs seine einstigen Ansichten zu revidieren scheint, indem er auf das Versagen der Märkte hinsichtlich der Lösung globaler Probleme, u.a. der Armutsbekämpfung, verweist. Zumal er das Prinzip in Frage stellt, wonach „die Flut alle Boote anhebt“ und feststellt, dass der zunehmende Reichtum in einigen Ländern und Regionen nicht immer zur Eindämmung der Armutsprobleme in anderen Ländern und Regionen beiträgt. Auch P. Krugmann, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften, kritisiert die Einseitigkeit der neoliberalen Doktrin, betont die Notwendigkeit eines holistischen Ansatzes bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung und spricht sich indirekt für die soziale Marktwirtschaft aus. Allerdings ist die Bedingung für eine effektive Umsetzung der ordoliberalen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft ihre Anpassung an die gegenwärtig ungemein dynamischen technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen im Rahmen der Globalisierung.⁴⁰

Offene Fragen

Das in der heutigen Welt geradezu dramatisch „gestörte Gleichgewicht“ zwingt zur Suche nach Lösungen, die auf eine Symbiose des ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Fortschritts ausgerichtet sind. Das Muster für einen solchen Ansatz sind die Ideen der sozialen Marktwirtschaft. Sie sind nicht neu, aber gegenwärtig scheint sich immer deutlicher zu bestätigen, dass sie richtig sind. Gerade im Modell der sozialen Marktwirtschaft werden nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt, was zu einer Entschärfung wirtschaftlicher Disproportionen und sozialer Spannungen führt. Aber auch dieses Modell bedarf der Anpassung an die sich verändernden Wirtschaftsbedingungen, vor allem an die aufgrund der Globalisierung veränderten Machtzentren und Entscheidungskompetenzen.

Ob und in welchem Maße sich die Ideen der sozialen Marktwirtschaft in der Praxis als hilfreich erweisen, wird die Zukunft zeigen. Sicherlich werden aber in einer auf dem Wissen basierenden Wirtschaft, einem Modell, bei dem der Humanismus notwendige Bedingung ist, die humanen Ideen der sozialen Marktwirtschaft Anwendung finden. Es ergibt sich allerdings die Frage nach dem Rahmen, der Form und den Bedingungen ihrer Implementierung, besonders im Fall des Eintretens des von vielen Wirtschaftswissenschaftlern vorausgesagten „Todes“ des Kapitalismus als eines Systems, das auf dem privaten Besitz an Produktionsmitteln basiert. Statt einer Antwort führe ich eine von *Thurrow* formulierte Frage an: „Wie soll das kapitalistische System in einer Ära des intellektuellen Potenzials existieren, wenn dieses Potenzial nicht als Eigentum besessen werden kann?“⁴¹ Das intellektuelle Potenzial, das Wissen wird zu einem universalen Substitut, woraus sich die Frage nach den Besitzverhältnissen in diesem Bereich ergibt. Gleichzeitig stellt sich die Frage, welche Systeme zu einer

⁴⁰ J. Sachs: *Koniec z nędzą. Zadanie dla naszego pokolenia*. Warszawa 2006.

⁴¹ L.C. Thurrow, op. cit. S. 29

optimalen Nutzung des Wissenspotenzials beitragen können. Und schließlich ergibt sich die Frage, ob es in der postindustriellen Epoche unter den Bedingungen einer auf dem Wissen basierenden Wirtschaft überhaupt noch Platz für eine solche Formation wie den Kapitalismus gibt. Es ist wohl kein Zufall, dass der Begriff des Kapitalismus in der Diskussion recht selten, geradezu verschämt verwendet und durch den Begriff Marktwirtschaft ersetzt wird. Ich betrachte diese Fragen als offen und als Gegenstand weiterer Reflexionen und Diskussionen.

Hubert Luszczynski

„Jeder Schüleraustausch ein Erfolg!“ – „Wirklich?“

Deutsch-polnische Schulpartnerschaften zwischen Scheitern und Gelingen

„Jeder Schüleraustausch ein Erfolg!“ – wer als Schulleiter oder als Koordinator eines Schüleraustauschs mit so viel Selbstbewusstsein auftritt, muss damit rechnen, dass seine vielleicht seit Jahren anhaltende Erfolgsbilanz irgendwann mit einem „Wirklich?“ hinterfragt wird. Denn wie im richtigen Leben gibt es auch beim Schüleraustausch ein Auf und Ab: So wissen wir beispielsweise um die verheerenden Konsequenzen für seinen Fortbestand, wenn eine den Austausch seit Jahren tragende Lehrkraft die Schule verlässt oder wenn unter den Schülerinnen und Schülern die Auffassung um sich greift, nach Polen oder Deutschland zu fahren, lohne sich nicht.

Allzu oft ist das Scheitern aber auch das Ergebnis von verschiedenen Unzulänglichkeiten oder eine Folge von unzureichenden Kenntnissen oder Erfahrungen einzelner Lehrerinnen und Lehrer. Auch kann sich dahinter die Bestätigung oder Verfestigung nationaler Vorbehalte verbergen, die durch einen erfolgreichen Schüleraustausch hätten aufgelöst oder aufgebrochen werden können.

Über Scheitern und Gelingen nachzudenken, lohnt sich also – trotz der quantitativen Erfolgsbilanz des *Deutsch-Polnischen Jugendwerks*: Seit seiner Gründung im Jahre 1991 haben 1,7 Mio. Deutsche und Polen am Schüleraustausch teilgenommen. Eine weiß Gott beachtliche Zahl, die wir auch dem großen Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DPJW zu verdanken haben.

Wer Erfolge reklamiert, wird beweispflichtig, wird Auskunft geben müssen, woran er den Erfolg festmacht. Ich möchte daher in meinem Vortrag jene Faktoren in den Mittelpunkt stellen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit eben diesen Erfolg sichern. Da in mehr als 80% der Fälle der Schüleraustausch zwischen Deutschland und Polen gelungen ist, ist er eine wichtige Bestätigung für die Beobachtung, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nicht mehr länger als schwierig einzustufen sind.

Über das alles will ich sprechen und dazu meinen Vortrag in folgende Abschnitte gliedern.

1. Vorbemerkung und ein Exkurs: eine Begriffsklärung
2. Die Erfolgsindikatoren im Deutsch-Polnischen Freundschaftsvertrag
3. Rahmenbedingungen in den Ländern
4. Rahmenbedingungen in Schulen
5. Schüler und Lehrer, die sich engagieren
6. Projekte als Formen für erfolgreiche Begegnungen – die Bedeutung des ersten Treffens – oder was sonst so schief gehen kann
7. Vorbereitung – Durchführung – Nachbereitung – ein notwendiger Drei-klang
8. Warum der deutsch-polnische Schüleraustausch gelingen und nicht scheitern?

Vorbemerkung und ein Exkurs: eine Begriffsklärung

Wer in den Jahren 2008 und 2009 im Schüleraustausch für junge Polen und junge Deutsche arbeitet, wird über diese beiden Jubiläumswahlen, die sowohl erfreuliche als auch entsetzliche Wiederkehr von bedeutsamen historischen Daten in den deutsch-polnischen Beziehungen markieren, stolpern:

1918: Wiedergeburt des polnischen Staates,

1919: Weimarer Reichsverfassung und die Einführung der Republik in Deutschland.

1938: Münchner Abkommen

1939: Überfall der auf Adolf Hitler vereidigten Wehrmachtssoldaten auf Polen mit dem Beginn einer sechs Jahre dauernden deutschen Schreckensherrschaft in Polen.

1948: Beginn der Volksrepublik Polen und

1949: Errichtung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik,

1958: Inkrafttreten der Römischen Verträge über eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

1968: Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in Prag,

1969: Beginn der Ostpolitik Willy Brandts; 1980 der Beginn der Solidarnosc-Bewegung, die entscheidend die europäische Wende des Jahres

1989: herbeiführte und der wir maßgebend zu verdanken haben, dass wir heute über dieses Thema miteinander sprechen können.

Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1991 und die Aufnahme Polens in die Europäische Union schaffen die entscheidende, weil partnerschaftliche Grundlage zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Menschen und ihren Regierungen.

Heute können wir als Deutsche und Polen zu unserer Freude feststellen: Unsere Generation hat die Chance, aus einem Jahrhundert des Gegeneinanders oder des verständnislosen Nebeneinanders unserer Länder ein für beide Seiten vorteilhaftes Miteinander zu machen – ein Miteinander, das Frieden, Freiheit und Demokratie in Europa auf Dauer etabliert. Hier sind wir aktuell buchstäblich auf einem guten Weg. Denn das „Schengener Abkommen“ hat im letzten Jahr nun endlich aus Grenzen Brücken werden lassen. Es liegt nun an uns, sie auch für den Schüleraustausch intensiv zu nutzen.

Eine ganz andere Frage wirft die aktuelle weltweite Finanzkrise auf. Die Frage nämlich: Wie lange werden wir uns noch unseren Schüleraustausch leisten können? Wenn sich erst einmal die Finanzkrise über die Produktionskrise zu einer massiven Krise auf dem Arbeitsmarkt auswirken wird, bleibt dies nicht ohne Folgen für den Schüleraustausch: Arbeitslose Eltern sind weder dazu in der Lage, den Schüleraustausch ihrer Kinder zu bezahlen, noch sind sie - wie bisher - dazu bereit, fremde Kinder für rund 8 Tage bei sich zu Hause aufzunehmen. Auch steht zu befürchten, dass eine größere Zahl der dann auf beiden Seiten sozial Unzufriedenen bereit sein werden, nationale Schuldzuweisungen öffentlich zu formulieren („Romeo- und –Julia-Syndrom“ in den deutsch-polnischen Beziehungen) und damit ein Klima zu erzeugen, in dem weder in Polen noch in Deutschland Schülerinnen und Schüler eine Beteiligung am Schüleraustausch wagen. Und so eine Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas führte dann in eine Situation auf beiden Seiten, in der wir den Schüleraustausch ganz

besonders dafür brauchen, um das Miteinander zwischen in Deutschen und Polen weder in eine Sackgasse noch in eine neue Form von kollektiver Gleichgültigkeit treiben zu lassen. Aus den Erfahrungen der letzten drei Jahre wissen wir, wie stark ein antideutsches oder auch antipolnisches öffentliches Klima zu einer Einschränkung oder sogar Lähmung der Schülerinnen und Schüler führen kann, sich für den Schüleraustausch zu melden. Auch dieses Thema wäre an anderer Stelle zu vertiefen, wenn wir über Gelingens-Faktoren von Schüleraustausch sprechen.

Fazit: Das Jahr 2009 bietet in einem historischen Rückblick auf markante Jahreszahlen der letzten 90 Jahre die Chance, die Notwendigkeit des Schüleraustauschs historisch zu belegen und zu verdeutlichen, welche unschätzbare Bedeutung die Begegnung der jungen Menschen aus unseren Ländern für die deutsch-polnische Verständigung und gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit hat, und wie sehr Schüleraustausch dazu geeignet ist, den Frieden in Europa unter den Bedingungen von Freiheit und Demokratie dauerhaft zu sichern. Deutsche und Polen sind sich dadurch mehr als Generationen zuvor näher gekommen. Dieses Ziel müssen wir im Auge behalten auch unter den möglichen Bedingungen oder Folgen der gegenwärtigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Exkurs: eine kleine Begriffsklärung

Sowohl in Veröffentlichungen als auch in Formularen des DPJW werden häufig die Begriffe „Schüleraustausch“ und „Schulpartnerschaft“ synonym verwendet. Das können wir zwar so hinnehmen, scheint mir aber gegenüber unseren Schülerinnen und Schüler nicht ganz redlich: Es verhält sich nämlich folgendermaßen: Der Begriff des Schüleraustauschs wird m.E. dort zutreffend verwendet, wo z.B. ein deutscher Schüler für ein paar Wochen in einer Familie eines Gastlandes wohnt und dort zur Schule geht, während gleichzeitig oder zeitversetzt, der junge Mensch der ausländischen Gastfamilie bei der deutschen Familie wohnt und bei uns die Schule besucht. Hier geht es also um einen wirklichen Austausch von Schülern. Der Begriff wurde später auf alle Schülerbegegnungen übertragen, bei denen sich eine Schülergruppe der einen Schule für eine überschaubare Zeit mit dem Willen zum Gegenbesuch an einer Schule bei uns oder in Polen trifft. – Dieser Schüleraustausch ist in den allermeisten Fällen das zentrale Element einer Schulpartnerschaft – einer Schulpartnerschaft, bei der es dann eben nicht nur zum Schüleraustausch kommt, sondern auch zu Treffen von Schulleitern, Lehrern, Eltern oder Repräsentanten der jeweiligen Schulträger. – In meinem Vortrag werde ich daher in diesem Sinne über Schüleraustausch als Schülerbegegnung sprechen.

Die Erfolgsindikatoren im Deutsch-Polnischen Freundschaftsvertrag

Die völkerrechtlich verbindliche Grundlage für die Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ist der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991. Am gleichen Tag wurde auch das

„Abkommen...über das Deutsch-Polnische Jugendwerk“ unterzeichnet. Werden auch jene Bedingungen beschrieben, die Kennzeichen erfolgreicher Zusammenarbeit sind.

Sowohl im Vergleich zum „Deutsch-Französischen Vertrag“ aus dem Jahre 1963 als auch im Vergleich zum Vertrag mit der tschechischen und slowakischen Republik aus dem Jahre 1992 fällt beim Nachbarschaftsvertrag zwischen Deutschland und Polen auf, dass er am umfangreichsten die Rolle der Jugend für die Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern hervorhebt.

Welche Funktion soll die Jugend in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen haben?

Beide Seiten sind davon überzeugt, so in der Präambel, dass „der jungen Generation bei der Neugestaltung des Verhältnisses beider Länder und Völker und der Vertrauensbildung zwischen ihnen eine besonders Rolle zukommt.“ – Damit haben wir den allerersten Indikator für einen erfolgreichen Schüleraustausch.

Es muss bei einem in diesem Sinne gelingenden Austausch die Frage, ob durch den Austausch, durch das Treffen bei uns in Polen Vertrauen zwischen den Schülerinnen und Schülern entstanden ist, mit einem Ja beantwortet werden. Wird sie mit einem Nein beantwortet, dann scheint der Austausch gescheitert.

Konsequenterweise wird die „Notwendigkeit einer erheblichen Erweiterung ...der schulischen Zusammenarbeit“ betont. Es geht im Art. 26 insbesondere um die direkte Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Schulen – und zwar durch den Austausch von Schülern. Die beiden Hauptziele des Vertrages sind „Verständigung und Versöhnung beider Völker“. Diese Ziele sollen erreicht werden durch die „Entwicklung zwischenmenschlicher Kontakte“ und durch „umfassende persönliche Begegnungen“. (Vgl. Art. 29)

Um den beiden Hauptzielen – Verständigung und Versöhnung – Dauer zu verleihen, seien von „grundlegender Bedeutung“ das „gegenseitige Kennenlernen“ und das „gegenseitige Verstehen“ der jungen Generation. Beide Seiten legen darum besonders „großes Gewicht auf möglichst umfassende Kontakte und ein enges Zusammenwirken der deutschen und der polnischen Jugend“. Interessanterweise kommt das sonst so typische Ziel „Überwindung von Vorurteilen“ in dem Vertrag nicht vor.

Fazit: Der Nachbarschaftsvertrag formuliert auch für einen gelingenden Schüleraustausch sehr entscheidende Erfolgsindikatoren. Sie sind völkerrechtlich für alle vor- und aufgegeben, die den Schüleraustausch organisieren – also für alle Lehrerinnen und Lehrer einer Schule, die Schulleiter und die in den Bundesländern sowie für jene Beamten, im polnischen Bildungsministerium und in den Bildungskuratorien der Wojewodschaften die Verantwortung für das Schulwesen innehaben.

Folgende Erfolgsindikatoren lassen sich zusammenstellen:

- Vertrauen
- Verständigung und Versöhnung
- Entwicklung zwischenmenschlicher Kontakte
- Umfassende persönliche Begegnungen
- Gegenseitiges Verstehen
- Enges Zusammenwirken

Aufgrund der zentralstaatlichen Regierungsform in Polen werden diese Zielsetzungen vom Bildungsministerium in Warschau unterstützt. Die Nichtregierungsorganisation „Deutsch-Polnisches Jugendwerk“ sorgt für deren Einhaltung bei der Prüfung der Förderanträge aus polnischen und deutschen Schulen.

Aufgrund unseres föderativen Regierungssystems sieht die bei uns völlig anders aus: Das Besondere dieses Vertrages liegt bei uns in Deutschland nun darin, dass zwar die Bundesregierung den völkerrechtlichen Vertrag unterzeichnet hat, gleichzeitig aber auf der Grundlage der Kulturhoheit und damit der Bildungsverantwortung der Länder die Schulbehörden der 16 Bundesländer und Stadtstaaten für die Erfüllung des Vertrages verantwortlich sind. Unser föderatives Bildungssystem hat zu einer ganz unterschiedlichen Ausformung der Rahmenbedingungen für den Schüleraustausch mit Polen in den einzelnen Bundesländern geführt:

Rahmenbedingungen in den Bundesländern

Da gibt es Länder, die fördern finanziell den Schüleraustausch gar nicht, andere mit Restmitteln des jeweiligen Landesjugendplanes. Nur wenige haben einen eigenen Haushaltstitel für den deutsch-polnischen Schüleraustausch in ihrem Landeshaushalt. Von den 16 Bundesländern und Stadtstaaten haben nur 4 Landesregierungen Zentralstellen des DPJW eingerichtet: Das sind Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Thüringen und Rheinland-Pfalz. In anderen Bundesländern haben Nichtregierungsorganisationen einen Zentralstellenstatus für den Schüleraustausch und nehmen Anträge von Schulen entgegen.

Auch die inhaltlich-pädagogische Unterstützung ist unterschiedlich ausgeprägt: In Rheinland-Pfalz z.B. wird der Schüleraustausch im Rahmen der Lehrerfortbildung gefördert und zwar sowohl der staatlichen als auch der kirchlichen und privaten Fortbildung. Das „Europa-Haus“ in Bad Marienberg und die „Fridtjof-Nansen-Akademie“ in Ingelheim bieten auch bi- und internationale Schülerseminare an. Auf Grund eines Regionalvertrages mit den Wojewodschaften Oppeln und Kleinpolen und eines so genannten Vierer-Netzwerkvertrages mit der Wojewodschaft Oppeln, mit Zentralböhmen und Burgund ist Rheinland.-Pfalz zur Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen diesen Regionen auch im Bildungsbereich verpflichtet. In Kooperation mit den jeweiligen regionalen Schulbehörden werden Foren für Schulleiter aus Partnerschulen und Schulaufsichtsbeamte zu Themen organisiert, die von gemeinsamem Interesse sind. Dazu kommen auch Seminare für die Koordinatoren des Schüleraustauschs. Die operative Stelle für die interregionale Zusammenarbeit und für

den Schüleraustausch mit allen mittel- und osteuropäischen Staaten ist bei der mittleren Schulbehörde, der landesweit zuständigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier, angesiedelt und wird da von einem Schulaufsichtsbeamten wahrgenommen, der in der Außenstelle in Koblenz tätig ist.

Fazit: Trotz der bundesweiten Verbindlichkeit des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages wird seine Durchführung in den einzelnen Bundesländern und Stadtstaaten mit unterschiedlicher Intensität wahrgenommen. Für die Lehrerinnen und Lehrer, die in diesem Feld arbeiten, bedeutet das eine von Land zu Land unterschiedliche Unterstützung und damit auch Wertschätzung ihrer zusätzlich auf sich genommenen Arbeit. Das bedeutet jedoch keineswegs, dass in denjenigen Ländern, in denen Schulen weder beratend noch finanziell gefördert werden, kein Schüleraustausch existiert. In Polen obliegt mit starker Unterstützung durch das Bildungsministerium die Hauptförderung in beratender und finanzieller Hinsicht beim Deutsch-Polnischen Jugendwerk. Gleichzeitig ist zu beobachten, wie sehr sich auch die Kuratorien unserer Partnerregionen um eine intensivere Beratung der Lehrerinnen und Lehrer sowie um die Förderung echter Schulpartnerschaften aktiv bemühen.

Rahmenbedingungen in Schulen

Wie für alle zusätzlichen Maßnahmen, die die Profile unserer Schulen ausmachen, benötigt jeder Schüleraustausch ein kollegiales Klima, das ihn trägt. D.h., sowohl Schulleitung als auch Kollegium müssen von der Notwendigkeit des Austauschs überzeugt sein. Ganz besonders gefragt ist hier die pädagogische Führungsverantwortung des Schulleiters. Er sollte dazu imstande sein, die verantwortlichen Lehrkräfte verstehend zu unterstützen und ihre Ideen aktiv in Reden und Gesprächen mit zu tragen. Dies ist dann besonders wichtig, wenn es z.B. um die Abwesenheit von Schülern vom Unterricht wegen des Schüleraustauschs im laufenden Schuljahr geht. Ihnen sollte aus der Teilnahme kein Nachteil erwachsen. Darum ist es von besonderer Bedeutung, dass die Vertretung der Elternschaft auch jeden Schüleraustausch mit ihrem klaren positiven Votum unterstützt. – Die Unterrichtung der Lehrerkonferenz durch den Schulleiter und durch die für den Schüleraustausch verantwortliche Lehrkraft (Koordinator/in) ist daher eine ständige Verpflichtung für beide.

Ob in der einen oder anderen Schule die Tätigkeit eines Koordinators im Umfang von einer oder zwei Unterrichtsstunden auf sein Gesamtdeputat angerechnet wird, entscheidet die jeweilige Schule selbst.

Damit Schülerinnen und Schüler, deren Eltern die Finanzmittel für den Schüleraustausch nicht aufbringen können, nicht benachteiligt werden, sorgen Freundes- oder Förderkreise von Schulen für entsprechende Unterstützung und vertrauensvolle Hilfe.

Fazit: Ganz gleich, ob bei uns oder in Polen: Der Schüleraustausch steht und fällt mit der Unterstützung durch den Schulleiter und das Kollegium.

Schüler und Lehrer, die sich engagieren

Wer sind eigentlich die Schülerinnen und Schüler bzw. Lehrerinnen und Lehrer, die sich in unserem Schüleraustausch engagieren?

Nicht selten hörte ich früher erzieherisch wohlmeinende Vorschläge wie: „Den müssen Sie mal mit nach Polen nehmen, dann denkt er anders!“ – Wer dies verlangte, wünschte eine Therapie von undankbaren und fremdenfeindliche gesinnten Schülerinnen und Schüler durch die Teilnahme am Schüleraustausch. Es ging bei dieser Forderung entweder um eine Erziehung zur Dankbarkeit für die insgesamt recht günstige ökonomische Situation im eigenen Land angesichts der ökonomischen Alltagssorgen mancher polnischer Familie in den 80er Jahren, oder es ging um Neonazis, die Auschwitz leugneten und die von den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die Deutsche in Polen während der Okkupationszeit anrichteten, nichts wissen wollten. So gut beide Zielsetzungen auch gemeint sein mögen – sie gehen beide an der Wirklichkeit und den langfristigen Möglichkeiten und Wirkungen eines Schüleraustauschs vorbei.

Keineswegs zu unterschätzen ist jedoch die starke emotionale Prägung junger Menschen durch einen Schüleraustausch. Ein Schüleraustausch gehört, wie viele anderen Eindrücke im Jugendalter auch, zu den erstmaligen Eindrücken in einer Zeit, in der alle jugendlichen Ersterfahrungen Lebensspuren hinterlassen. Auch diese Tatsache ist zu bedenken, wenn wir den Schüleraustausch organisieren. Hier sind hohe Sensibilität und großes Einfühlungsvermögen gefragt. Wo Lehrerinnen und Lehrer diese Tatsache im täglichen Umgang mit ihren Schülerinnen und Schüler während des Austauschs vernachlässigen, kann auch es zu einer Minderung des Erfolgs eines Austauschs kommen. Erfolgreiche Koordinatorinnen und Koordinatoren sind daher notwendigerweise mit überdurchschnittlicher Fähigkeit zur Empathie ausgestattet.

Inzwischen hat sich ein besonderer Typus von Schülern und Lehrern herauskristallisiert, die bei hoher Übereinstimmung in Haltungen und Kompetenzen gemeinsam für einen harmonischen Austausch sorgen können – allerdings unter der einen Bedingung: Der Austausch erfolgt durch freiwillige Arbeitsgemeinschaften und nicht in Lerngruppenverbänden wie Klassen oder Kursen.

Meine Krakauer Kollegin, Dorota Michalska-Niedenthal hat kürzlich Eigenschaften ihrer Schülerinnen und Schüler zusammengestellt, die mit ihr seit 1991 nach Deutschland fahren.¹ Dabei hat sie auch feststellen können, dass diese Eigenschaften signifikant korrelieren mit denen der verantwortlichen Koordinatorinnen und Koordinatoren des Schüleraustauschs auf beiden Seiten. Ich bin davon überzeugt, dass eine solche Übereinstimmung und gegenseitige Ergänzung in den Haltungen von Schülern und Lehrern zu den zentralen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schüleraustausch zählen.

¹ Vgl. Dorota Michalska-Niedenthal/Hubert Luszczynski, „Gemeinsame Zukunftsvisionen – oder. Wie aus Fremden Freunde werden“ Koordinatorensseminar vom 02. bis 04.03.2009 in Niwki (Unveröffentlichtes Manuskript einer PPP), S. 20

Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer im deutsch-polnischen Schüleraustausch sind in der Regel:

- weltoffen
- ambitioniert und selbstbewusst
- weitsichtig, zukunfts- und zielorientiert
- kontaktfreudig
- unternehmungslustig und kreativ
- selbstständig
- kollegial, fürsorglich, gastfreundlich, vertrauensvoll und pflichtbewusst –
- ideenreich, kooperativ, teamfähig, haben Selbstvertrauen und Durchsetzungskraft
- handeln verantwortlich und autonom. Sind
- tolerant und
- lernfähig

Wer mit solchen Schülerinnen und Schülern den Schüleraustausch durchführt, muss hieraus ganz didaktische Konsequenzen ziehen. Unbedingt notwendig wird es daher sein, dass bei der Organisation des Programms die Schülerinnen und Schüler mit ihren Ideen, Interessen und Bedürfnissen altersgemäß in die Gestaltung des Begegnungsprogramms eingebunden werden.

Was bedeutet das für uns?

Wir achten vor allen Dingen darauf, dass wir in der Gestaltung der Schülerbegegnung nicht vorschnell nur ein Organisationsproblem sehen, das wir als Pädagogen dann auch noch für die Schüler lösen, indem wir ihnen ein bestimmtes Verlaufsprogramm vorsetzen. (Problem: Bei einem solchen Ansatz bleiben wir in der Sackgasse einer extrinsischen Motivation stecken und machen den Schüler zum „Mittel unserer Organisation“.) Wir müssen daher anders beginnen: Wir suchen zuerst unter altersgemäßen Beteiligung der Schülerinnen und Schülern nach Antworten auf die Frage nach dem Sinn der Schülerbegegnungen, gleichen unsere Antworten mit denen der Schülerinnen und Schüler ab und kommen dann erst zu Organisationsideen. Jeder Organisationsvorschlag sollte dann vor diesem Hintergrund bis in Einzelheiten anschließend daraufhin geprüft werden, ob er und wie sehr er imstande ist, unsere gemeinsamen Sinndefinitionen oder -horizonte zu erfüllen – und dazu zählen dann auch die Erfolgsindikatoren des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages.

Fazit: *Die Akteurinnen und Akteure des Schüleraustauschs weisen eine hohe positive und fremdenfreundliche Übereinstimmung auf. Ihre überdurchschnittliche hohe soziale Kompetenz sorgt für das notwendige Primärinteresse an anderen Menschen. Die besondere pädagogische Herausforderung liegt nun darin, in angemessener Form auf die jungen Menschen einzugehen und sie möglichst frühzeitig und sicherlich von Alter zu Alter unterschiedlich intensiv an der Programmgestaltung und –verantwortung teilhaben zu lassen. Auf diese Weise sind sehr gute Voraussetzungen für einen Erfolg des Austauschs gegeben.*

Projekte als Formen für erfolgreiche Begegnungen – die Bedeutung des ersten Treffens – oder was sonst so schief gehen kann

„Common interest creates common activities“ – Die Entdeckung der Gemeinsamkeiten, des gemeinsamen Interesse, als Voraussetzung für gemeinsames Handeln ist der Leitspruch der amerikanischen Idee des „Common Sense“ z.B. eines Thomas Paine in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts oder eines Barack Obama² in unseren Tagen. Die Idee der Partnerschaft hängt eng damit zusammen. Nach dem Kriege hat der deutsche Pädagoge Erich Weniger (1894 – 1961) darauf aufmerksam gemacht, dass die Idee der Partnerschaft bei uns im Genossenschaftswesen verankert ist. Dabei kommt es darauf an, dass z.B. Vertreter eines Berufsstandes wissen, dass sie bestimmte Ziele nicht alleine, sondern nur gemeinsam erreichen können. Besonders in der Landwirtschaft kennen wir diese Genossenschaftsunternehmen, z.B. die Winzergenossenschaft, die den Wein gemeinsam vermarktet. Das gemeinsame Interesse liegt im Verkauf eines Produktes, weil ein einzelner Winzer dazu nicht in der Lage ist. - Die Idee der Partnerschaft vertritt dieselbe Zielsetzung, wenn wir etwa von atlantischer oder europäischer Partnerschaft sprechen. Es geht um die Erkennung eines gemeinsamen Problems, das von sozial gleichgestellten Mitgliedern der Partnerschaft gemeinsam gelöst wird.

Diese – auch kommunitarische – Idee³ bildet die konzeptionelle Grundlage für gemeinsame Projekte in der Schule.

In einer zweiteiligen Fortbildungsreihe haben Dorota Michalska-Niedenthal und ich eine Projektkonzeption für Seminare für Koordinatorinnen und Koordinatoren erarbeitet und inzwischen mehrfach erfolgreich realisiert, die genau an diesen Ideen anknüpft. Ziel ist dabei, dass sich die untereinander unbekanntenen Lehrerinnen und Lehrer innerhalb von drei Tagen so gut kennenlernen, dass nicht nur der Gruppenzusammenhalt, sondern vor allem das Interesse aneinander emotional und rational vergrößert wurde. Auf der Grundlage dieser positiven Selbsterfahrung werden sie nun ihrerseits solche Projekte mit den Schülerinnen und Schüler durchführen, die sich zum ersten Mal sehen. Insofern ist das Thema unseres Seminars Programm: „Gemeinsame Zukunftsvisionen – oder: Wie aus Fremden Freunde werden“.

Warum die Partizipation junger Menschen so wichtig ist, formulierte sehr zutreffend das DPJW im Ausschreibungstext für seinen Wettbewerb „Deutsch-Polnischer Jugendpreis 2006“, so:

„Die Demokratie lebt von dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, ihrer Beteiligung an Wahlen, ihrer Initiative und Mitarbeit in Vereinen und Verbänden. Jugendliche haben das Recht mitzubestimmen und sich einzumischen, wenn es um die Gestaltung der Welt geht, in der sie leben. Letztendlich sind sie es, die am besten wissen, was sie für wichtig halten.“

² Ders., Rede in Berlin am 24.07.2008: "Partnership and cooperation among nations is not a choice; it is the one way, the only way, to protect our common security and advance our common humanity"

³ Vgl. Ders., Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Stuttgart 1995 - ISBN 3-7910-023-0

Erwachsene haben nicht nur die Aufgabe, junge Menschen besonders dazu zu ermutigen, Einfluss zu nehmen, wo es um sie geht - um ihre Interessen, um ihre Nöte und Probleme, um ihre Umwelt. Sie sollten sich auch dafür einsetzen, Partizipation von Jugendlichen an den Entscheidungsprozessen im Kleinen und im Großen zu ermöglichen. Sie sollten ihnen helfen und zeigen, dass ihr Engagement nicht im Sande verläuft, sondern Früchte trägt.

Die Partizipation junger Menschen fördert ihr Verantwortungsbewusstsein und lässt sie erkennen, dass ihre Stimme Gewicht hat. Sie zeigt ihnen, dass sie mit ihrem Engagement etwas bewirken können. Sie macht ihnen gleichzeitig die Pflichten deutlich, die auch Jugendliche als Bürgerinnen und Bürger ihres lokalen und weiteren Umfelds übernehmen müssen.“

Fazit: Mit der Beachtung altersgemäßer Mitwirkung und Mitbestimmung komme ich den Interessen und Bedürfnissen meiner spezifischen Schülergruppe am stärksten entgegen. Mehr noch: Durch mein partizipatorisches Grundkonzept werden demokratische Grundeinstellungen ebenso gepflegt, wie die prägende Einsicht erworben, dass Polen und Deutsche auf sehr erfolgreiche Weise zusammenarbeiten und gemeinsam etwas erreichen können, auf das sie stolz sein können – und daraus erwächst die Einsicht, dass sie zur gemeinsamen Gestaltung der Zukunft in der Lage sind.

Vorbereitung – Durchführung – Nachbereitung – ein notwendiger Dreiklang

Dissonanzen vor und während des Austauschs sorgen nicht nur für ein schlechtes Klima in der Gruppe, sondern wirken sich auch aus auf das Meinungsbild in der Schule, in der Wahrnehmung bei Mitschülerinnen und –schülern im Schulgebäude und vor allem während der Pausen oder in der Freizeit nach Abschluss des Schüleraustauschs aus. Darum stellen Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einen notwendigen Dreiklang dar. Zu jedem dieser „Töne“ seien ein paar Maßnahmen skizziert, die ich für besonders wichtig erachte:

Vorabfestlegungen:

-Gruppenstärke-

Sie sollte zwischen 10-20 Schülerinnen und Schülern liegen. Die Gesamtgruppe besteht dann aus 20 – 30 Schülerinnen und Schülern

-Austauschdauer-

Maximal 10 Aufenthaltstage

-Austauschrhythmus-

Besuch und Gegenbesuch möglichst innerhalb eines Jahres.

-Termine-

Begegnungen können während des ganzen Jahres stattfinden. Sie müssen zwischen den Schulen abgestimmt werden.

Vorbereitung von Schülern und Eltern

Nachdem eine Zuordnung auf der Grundlage von Fragebögen erfolgte, tauschen die Schülerinnen und Schüler in ihrer Korrespondenz mit dem Partnerschüler bereits die ersten Informationen gegenseitig aus. Zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die eigentliche Begegnung hat sich ein zwei- bis dreitägiges Seminar als besonders günstig erwiesen. Dieses Seminar fördert zum einen die Gruppenbeziehung und zum anderen bleibt auf diese Weise mehr Zeit für Schüler selbsttätigkeit und für Partizipation. Es empfiehlt sich, z.B. von Vorstellungen auszugehen, die Schüler über das Gastgeberland mitbringen. Diese Vorstellungen können die Schüler anschließend selbst anhand geeigneter Materialien in Gruppen überprüfen und gegebenenfalls korrigieren.

Da Eltern einen entscheidenden Einfluss auf das Gelingen einer Schulpartnerschaft haben, ist ihre Einbeziehung in die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Schülerbegegnungsprogrammen unverzichtbar. So ist es besonders wichtig, dass vereinbarte Termine auch eingehalten werden.

Sehr frühzeitig vor dem Austausch sollten bei einem Elternabend alle Fragen einvernehmlich zwischen den verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrern und den Eltern geklärt werden. Dazu gehören Fragen zur Gestaltung einzelner Programmpunkte; auch über die Höhe der zusätzlichen Taschengelder ist nach Möglichkeit ein Konsens herbeizuführen.- Wer sich in der späteren Durchführung nicht mehr an diese Vereinbarungen erinnert, gilt nicht nur als unzuverlässig, läuft nicht nur Gefahr, dass Eltern ihre Kinder aus dem Austauschprogramm herausnehmen, sondern muss auch damit rechnen, dass ihm öffentlich eine Stimmungswelle gegen den Austausch entgegenschlägt. Denn verärgerte Eltern behalten den Ärger nicht für sich, sondern lasten ihn vielleicht dem Schüleraustausch insgesamt an – soll heißen, dass hier eine mögliche Quelle für eine negative Stimmung ausgemacht werden könnte..

Durchführung

-Programmgestaltung-

Es sollte wenigstens ein Schulbesuch im Programm aufgenommen werden. Dazu sollte die Gastgruppe angemessen offiziell empfangen werden. Geht dieser schief, entstehen auch hier ablehnende Haltungen.

Unterrichtsbesuche sind vorher unbedingt inhaltlich abzusprechen; denn nur mit einer inhaltlichen Vorbereitung ist es den Schülern möglich, ihre Beobachtungen auszutauschen und pädagogische Verfahrensweisen der jeweiligen Lehrerinnen und Lehrer verstehen zu lernen. Diese Besuche sind vorher mit den betroffenen - und das heißt unterstützenden! - Lehrerinnen und Lehrern sehr gut abzustimmen (Nicht zu viele Gastschüler in einer Klasse; anschließend Gespräch mit dem Lehrer und der Klasse). Störungen des Unterrichts können bei Lehrerinnen und Lehrern **Aversionen gegen den Austausch** auslösen, so dass sich im Kollegium eine Stimmung gegen den Austausch ausbreiten kann.)

Weitere Vorschläge: Gemeinsame Fahrten mit aktiven Begegnungen und gemeinsamen Handlungskonzepten, Stadt- und Betriebsbesichtigungen, offizielle Empfänge Sprachkurse etc. – dies alles sollte gemeinsam vor- und nachbereitet werden.

-Unterbringung-

Sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrerinnen und Lehrer sollten in Familien untergebracht werden.

-Kostenregelung-

Von den Teilnehmern wird eine angemessene Eigenbeteiligung erwartet. In Polen und Deutschland fördert das DPJW – im Rahmen von Schulpartnerschaften – Fahrten in beide Länder. Die Förderung muss unter Angabe von Programm, Teilnehmerzahl und voraussichtlichen Reisekosten rechtzeitig beim DPJW in Warschau.

Nachbereitung

- Evaluation des Schüleraustauschs – auch Blitzlicht der Gruppe
- Bericht der Evaluationsergebnisse an gesamte Gruppe
- Bericht an den Schulleiter
- Abschiedsabend – mit Vertretern des öffentlichen Lebens
- Bericht an das Kollegiums, an die Elternvertreter
- Berichte an Presse, Schülerzeitung, Homepages der Schulen (zweisprachig und bebildert)
- Impressionen der Schülerinnen und Schüler der gesamten Gruppe verfassen lassen
- Dankeschreiben an Sponsoren, Firmen, Abgeordneten -. Am besten mit einem kleinen Foto
- Bericht an die Schulbehörde

Nachtreffen

Das Nachtreffen hat für die gesamte Begegnung eine entscheidende pädagogische Funktion:

Zunächst wird die Gruppe nach Beendigung der Begegnung noch einmal zusammengerufen. Dadurch werden die Gruppenkontakte wieder aufgefrischt. Außerdem können die vielen Bilder und die damit verbundenen Erinnerungen ausgetauscht werden.

Erinnerungen bilden die Grundlage zum Vergleich der Schülervorstellungen vor der Fahrt ins Gastland und danach; d.h. damit können Lehrer überprüfen, ob sie die gesteckten „Ziele“ erreicht haben. Für die Schüler wird ersichtlich, wie wesentlich persönliche Eindrücke und Erlebnisse für die eigene Urteilsbildung sind.

Sinnvoll ist auch ein gemeinsames kritisches Gespräch über die Fahrt. Es hat in all den Jahren wesentlich dazu beigetragen, die Programme so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen und Vorstellungen aller am ehesten gerecht wurden.

Diese Punkte lassen sich am besten bei einem ersten, inoffiziellen Nachtreffen besprechen, das auch der Vorbereitung des offiziellen Nachtreffens mit den Eltern der beteiligten Schüler dienen kann. Anhand eines Diavortrages, Films oder anhand von Protokollen versuchen die Schüler gemeinsam, ihren Eltern die Eindrücke von ihrer Reise zu vermitteln, die über die persönlichen Berichte der einzelnen hinausgehen.

An diesem Abend sollten auch die Berichte eingesammelt werden, die die Schüler von beiden Begegnungen anfertigen. Dieses offizielle Nachtreffen bildet dann den Abschluss eines Schülerbegegnungsprogramms.

Die Eltern werden auch über die Ergebnisse der Evaluation informiert.

Übrigens könnte eine Evaluation so aussehen:

Erfolgsindikatoren für den deutsch-polnischen Schüleraustausch in der Evaluation

| <i>Erfolgsindikatoren</i> | Intensität der erreichten Ziele | | | | | | | | |
|---|--|---|---|-----------------|---|---|-----------------------|---|---|
| | kaum erreicht | | | erreicht | | | stark erreicht | | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| <i>Vertrauen</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| <i>Verständigung und Versöhnung</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| <i>Zwischenmenschliche Kontakte</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| <i>Umfassende persönliche Begegnungen</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| <i>gegenseitiges Verstehen</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| <i>Enges Zusammenwirken</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |

Umgang mit dem Evaluationsbogen:

1. Jeder Schüler erhält einen solchen Bogen.
2. Er kreuzt an, mit welchem Intensitätsgrad er die genannten Ziele als erreicht ansah.
3. Er teilt dann mit, bei welchen Programmelementen er diesen Intensitätsgrad ganz besonders spüren konnte.
4. Sollte seine Einschätzung unter dem Wert „erreicht“ liegen, gibt er an, was die
5. Gruppe/ der Leiter für eine bessere Einschätzung hätte tun sollen bzw. was nach seiner Meinung gefehlt hat.

Für die Werte oberhalb des Intensitätsgrades „erreicht“ gilt ähnliches. Hier wird er rückmelden, mit welchen Programmelementen er besonders zufrieden war. Diese sollte er dann möglichst anschaulich beschreiben können.

Alle Evaluationswerte werden schließlich von den Lehrerinnen und Lehrern der Partnerschulen auf einem gemeinsamen Auswertungsbogen zusammengeführt, den Schülern gezeigt und mit ihnen besprochen.

Fazit: Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung gehören unbedingt zusammen. Besonders in einer sorgfältigen Nachbereitung lassen sich nicht nur neue Ideen sammeln, sondern auch negative Schüleräußerungen vor dem Hintergrund der Einschätzung durch die Gesamtgruppe relativieren. Freilich – der gesamte Dreiklang kostet viel Arbeit. Er ist von „Einzelkämpfern“ kaum zu bewältigen. Die altersgemäße Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler oder Eltern wirkt daher ebenso entlastend wie die Bildung eines Lehrerteams, das gemeinsam für den Austausch verantwortlich ist. Schüleraustausch ist so Sache der gesamten Schule!

Warum sollte der deutsch-polnische Schüleraustausch gelingen und nicht scheitern?

„Jeder Schüleraustausch ein Erfolg!“ – ja, in der Tat, es muss so sein. Ein Schüleraustausch, der damit endet, dass nie wieder Schülerinnen und Schüler einer Schule nach Polen fahren oder nach Deutschland kommen, ist eine mittlere Katastrophe. Er hat den Kern dessen verfehlt, wozu er aus guten historischen und aktuellen Gründen notwendig ist: Es geht um die Verbesserung der Verständigung zwischen Deutschen und Polen, damit der Frieden in Europa in Freiheit gewahrt bleibt, auf dass nach mehr als zwei Jahrhunderten der Gleichgültigkeit und des Gegeneinanders ein Jahrhundert des partnerschaftlichen Miteinanders anbricht. Und dafür lohnt sich jede Anstrengung. Dabei wissen wir, dass wir Lehrerinnen und Lehrer nicht dazu zwingen können und dürfen, sich um den Schüleraustausch zu kümmern – wir sollten sie aber dazu gewinnen!

Wenn wir diesen Weg weiterdenken, dann bildet unser deutsch-polnischer Schüleraustausch die entscheidende Grundlage für echte Beziehungen zwischen allen Menschen an unseren und an den beteiligten polnischen Schulen. Die dabei lebendig zu erfahrene Freundschaft wird die Grundlage und Voraussetzung sein für eine gute Zukunft zwischen Polen und Deutschen in einem geeinten Europa. Das bedeutet aber auch: Ob in Polen oder bei uns - wir können von unserer jungen Generation sehr viel lernen. Gute Beispiele belegen sehr eindrucksvoll: Immer mehr junge Menschen aus allen Schularten machen sich auf den Weg zueinander, lernen in Projekten miteinander zu arbeiten, etwas gemeinsam zu bewirken und auf diese Weise die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

So werden durch den deutsch-polnischen Schüleraustausch auch viele nationale Vorbehalte überwunden und die noch manchmal auftretende Feindseligkeit wird endgültig bekämpft, und vielleicht wird sogar bald der Pole für den Deutschen wie ein Bruder sein - und zwar allen Zweiflern in unseren Ländern zum Trotz. Und dafür

brauchen wir weiterhin Deutschunterricht in Polen, einen erfolgreichen Schüleraustausch und noch mehr polnisch-deutsche Schulpartnerschaften, die viele interessante und positive Aspekte für die gemeinsame Ausbildung der Jugendlichen bringen. Denn ihr Kontakt mit neuen Kulturen weckt nicht nur die Lust am Weiterlernen der deutschen Sprache, sondern motiviert zum engagierten und gleichberechtigten Dialog zwischen Polen und Deutschen. Denn wir brauchen uns gegenseitig in einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einer globalisierten Welt und in einer nur gemeinsam möglichen Zukunft.⁴

Wenn dieses Ziel erreicht wird, dann freue ich mich über jeden, der voller Stolz feststellen kann: „Jeder Schüleraustausch ein Erfolg!“

Erfolgsindikatoren für den deutsch-polnischen Schüleraustausch in der Evaluation

| Erfolgsindikatoren | Intensität der erreichten Ziele | | | | | | | | |
|---|---------------------------------|---|---|----------|---|---|----------------|---|---|
| | kaum erreicht | | | erreicht | | | stark erreicht | | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| <i>Vertrauen</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| <i>Verständigung und Versöhnung</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| <i>Zwischenmenschliche Kontakte</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| <i>Umfassende persönliche Begegnungen</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| <i>gegenseitiges Verstehen</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |
| Erfolgsindikatoren | Intensität der erreichten Ziele | | | | | | | | |
| | kaum erreicht | | | erreicht | | | stark erreicht | | |
| <i>Enges Zusammenwirken</i> | | | | | | | | | |
| <i>Beispiele aus dem Programm:</i> | | | | | | | | | |

⁴ Vgl. Dorota Michalska-Niedenthal, Warum brauchen wir eigentlich noch polnisch-deutsche Schulpartnerschaften? Eine Bilanz mit Perspektiven na ch 15 Jahren, in: aktuelle ostinformation des Gesamteuropäischen Studienwerks 1 – 2 / 2006, S. 60

Umgang mit dem Evaluationsbogen:

1. Jeder Schüler erhält einen solchen Bogen.
2. Er kreuzt an, mit welchem Intensitätsgrad er die genannten Ziele als erreicht ansah.
3. Er teilt dann mit, bei welchen Programmelementen er diesen Intensitätsgrad ganz besonders spüren konnte.
4. Sollte seine Einschätzung unter dem Wert „erreicht“ liegen, gibt er an, was die Gruppe/ der Leiter für eine bessere Einschätzung hätte tun sollen bzw. was nach seiner Meinung gefehlt hat. Für die Werte oberhalb des Intensitätsgrades „erreicht“ gilt ähnliches. Hier wird er rückmelden, mit welchen Programmelementen er besonders zufrieden war. Diese sollte er dann möglichst anschaulich beschreiben können.
5. Alle Evaluationswerte werden schließlich von den Lehrerinnen und Lehrern der Partnerschulen auf einem gemeinsamen Auswertungsbogen zusammengeführt, den Schülern gezeigt und mit ihnen besprochen.

Michael Walter

Krisenherd Iran: Risse im Fundament des „Gottesstaates“

Wenn wir über religiös legitimierten politischen Fundamentalismus und den politischen Islam als "zielgerichtetes und handlungsorientiertes Auftreten geistlicher und weltlicher Akteure des Islam"¹ diskutieren, führt kein Weg an einer fundierten Analyse von Anspruch und Wirklichkeit der Islamischen Republik Iran vorbei.

In der Vergangenheit weckte das Land Orient-Phantasien, wenn man sich die deutsche Persien-Begeisterung von Goethe bis zur Klatschpresse der 1960er Jahre vergegenwärtigt. Heute dagegen rangiert der Iran in der öffentlichen wie in der veröffentlichten Meinung auf Platz 1 der gefährlichsten Krisenherde der Welt² - und das nicht erst seit der folgenschweren Wahl des Demagogen *Mahmud Ahmadinejad*³ zum Präsidenten. Seit der Islamischen Revolution 1979 gilt der Iran als "Reich des Bösen", in dem islamistische Fanatiker die Welt "zurück ins Mittelalter"⁴ führen wollen. Prägend für das abendländische Iran-Bild wurden Publikationen wie *Betty Mahmoodys Nicht ohne meine Tochter*, das den Iran und die Iraner selbstgerecht dämonisierte.⁵ "Seither wird dieser traditionsreiche Kulturraum fast ausschließlich mit Fundamentalismus, Fanatismus und Terrorismus in Verbindung gebracht", wie die exiliranische Künstlerin *Marjane Satrapi* anmerkt.⁶ Dabei herrscht in der westlichen Hemisphäre weitaus größere Unkenntnis über den Iran als umgekehrt, wie auch *Jürgen Habermas* nach einer Iran-Reise einräumen musste: "*When you travel from the West to the East with light intellectual baggage, you encounter the usual asymmetry of underlying perceptions that maintain our role as the barbarians. They know more about us than we do about them.*"⁷ Wo Sozialwissenschaftler in blickdichten universitären Elfenbeintürmen zu ihren Erkenntnissen gelangen, überrascht dies nicht. Bezeichnend für die gegenwärtige Literaturlage ist, dass eine Vielzahl journalistischer Reiseberichte unerwartete Erfahrungen im Iran schildert⁸, während es an fundierten politologischen Analysen in Buchform mangelt.⁹

An der vielfach verfälschten Wahrnehmung haben die Schlagzeilen wenig geändert, mit denen der Iran in den letzten Jahren auf die Titelseiten unserer Presseerzeugnisse gelangte. Vor allem das iranische Nuklearprogramm birgt eine globale Bedrohung und findet entsprechende Aufmerksamkeit. Man sollte aber nicht ignorieren, dass auch im Innern des Landes Konflikte mit überregionaler Relevanz existieren, die offen ausbrechen und den Mittleren Osten weiter destabilisieren könnten. Die folgenden

¹ Sabine Riedel: Der Islam als Faktor in der internationalen Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 37/2003, S. 15-24, S. 17

² Vgl. z.B. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 7068, März 2005

³ Für persische Namen gibt es im Deutschen zahlreiche Varianten. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden nicht die wissenschaftlichen, sondern die in journalistischen Medien gebräuchlichen verwendet.

⁴ So der Spiegel-Titel vom 12.2.1979

⁵ Betty Mahmoody with William Hoffer, *Not without my daughter* (1987), 1990 als Film unter gleichem Titel.

⁶ Marjane Satrapi: *Persepolis. Eine Kindheit im Iran*. Zürich 2000, S. 4

⁷ The Unrest is Growing: Habermas in Iran, in: Public Theology <http://www.pubtheo.com/page.asp?pid=1073>, Interview von Christiane Hoffmann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (im Folgenden FAZ), 18.6.2002

⁸ Vgl. z.B. Lilli Gruber, *Tschador*. München 2006. Christopher de Bellaigue, *Im Rosengarten der Märtyrer*. München 2005; Arne Svjengen/ Christopher Grøndahl, *Ayatollah Highway*. München 2004.

⁹ Da Wilfried Buchta *Das politische System des Iran* seit Jahren angekündigt, das Erscheinungsdatum aber regelmäßig hinausgeschoben wird, bleibt vorerst: Wilfried Buchta; *Who rules Iran?* Washington 2000

Betrachtungen konzentrieren sich daher auf die wenig beachteten innenpolitischen *Cleavages*. Da der Atomkonflikt im Gegensatz dazu vielerorts ausführlich erörtert wird¹⁰, können wir uns auf eine knappere Darstellung dieser Thematik beschränken.

Konfliktlinie Religion: Neue Herausforderungen für den „Gottesstaat“

Ein erstes, aber im Schatten des 11. September in seiner Relevanz für die westliche Welt überschätztes Konfliktfeld bildet die Religion. Dabei gilt es zunächst festzuhalten: Die Islamische Republik Iran ist nach eigenem Verständnis eine Theokratie, also ein nach einer bestimmten Interpretation islamischer Prinzipien geführter "Gottesstaat"¹¹ mit der historisch extremsten Form der Re-Islamisierung eines ehemals modernen Staates im Sinne des Verhältnisses von Staat und Religion zueinander.¹²

Dies findet seinen Ausdruck sowohl in den verfassungsrechtlichen Grundlagen als auch im Strafrecht. So legt die Verfassung fest: "Iran hat die Staatsform einer Islamischen Republik, gestützt vom iranischen Volk auf der Grundlage seines langjährigen Glaubens an die Souveränität der Wahrheit und der Gerechtigkeit des Korans [...]" und ordnet das politische System Gottes alleiniger Souveränität und seinem Recht zu herrschen unter.¹³ Da das Volk nicht in der Lage sei, den göttlichen Willen zu erkennen, geht die Souveränität nicht von ihm aus, sondern von Gott bzw. dem Verborgenen Imam als seinem legitimen Vertreter. Bis zur Rückkehr dieses „entrückten“ *Mahdi* liegen die Regierungsgewalt (*velayat-e amr*) und die Leitung der Gemeinde (*emamat-e ommat*) in den Händen der Rechtsgelehrten (*faqih*).¹⁴

Der institutionelle Aufbau des religiös-politischen Staatswesens, wie ihn *Khomeini* bereits 1970 in seinem Werk "Der islamische Staat" (*Hokumat-e eslami*) entwarf, bricht mit der quietistischen Tradition der Schia, insofern das Prinzip des *velayat-e faqih* die politische Herrschaft des Klerus legitimiert¹⁵. Das heißt, bis zur Rückkehr des 12. Imam erfüllt der "Herrschende Rechtsgelehrte" (*vali-je faqih*) den Führungsauftrag (*Imamat*). Ein durch Volkswahl legitimierter Expertenrat erkennt durch Gottes Offenbarung die theologisch und charakterlich geeignetste Persönlichkeit für dieses Amt und wählt sie auf Lebenszeit. Seit dem Todestag *Khomeinis* am 3. Juni 1989 hat *Ayatollah Sayyed Khamenei* diese Position inne. Als Führer der *Umma* verfügt er über eine starke Machtposition. So besitzt er die Richtlinienkompetenz für die Politik, fungiert als Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der paramilitärischen *Pasdaran*, bestätigt den Präsidenten und hat einen starken Einfluss auf Justiz und Medien¹⁶.

¹⁰ Vgl. z.B. François Heisbourg : Iran, le choix des armes? Paris 2007; Sharam Chubin: Iran's Nuclear Ambitions. Washington D.C. 2006; Bahman Nirumand: Iran. Die drohende Katastrophe. Köln. 2006; Gero von Randow/ Ulrich Ladurner: Die iranische Bombe. Hamburg 2006

¹¹ Vgl. Ayatollah Ruhollah Khomeini: Der islamische Staat. Berlin 1983 (*Hokumat-e eslami*, 1970); M. J. Khalili/ S. Manafi Anari (Eds.): Fundamentals of the Islamic Revolution. Tehran 2000; Behzad Khomeini: Die schiitischen doktrinären Grundlagen des politischen Systems der Islamischen Republik Iran. Münster 2003; Wilfried Buchta: Schiiten. Kreuzlingen/ München 2004, hier: Der "Gottesstaat Iran", S. 73-95.

¹² Vgl. Riedel 2003, S. 20.

¹³ Iran-Constitution, http://www.oefre.unibe.ch/law/icl/ir0000_.html

¹⁴ Vgl. Buchta 2004, S. 83 f.

¹⁵ Vgl. Buchta 2004, S. 83; Monika Gronke: Geschichte Irans. München 2003, S. 109 ff.

¹⁶ Vgl. auch Wilfried Röhrich: Die politischen Systeme der Welt. München³2003, S. 95-100

Zugleich weist das politische System republikanische Elemente auf, die dafür sorgen, dass Wahlergebnisse nicht schon vor dem Urnengang feststehen. Mit dem *Majlis* existiert ein vom Volk gewähltes Parlament mit fraktionsähnlichen Gruppierungen unterschiedlicher politischer Überzeugungen¹⁷. Auch der Präsident wird alle vier Jahre vom Volk gewählt. Die Macht der politischen Organe wird jedoch durch einen zwölfköpfigen Wächterrat kontrolliert. Als eine Art Oberhaus oder schiitisches Verfassungsgericht überprüft er alle Gesetzesvorlagen auf ihre Übereinstimmung mit islamischem Recht und lehnt sie gegebenenfalls ab, wenn er entscheidet, dass sie der Scharia bzw. der Verfassung widersprechen. Der Wächterrat kontrolliert außerdem die Wahl der Parlamentsabgeordneten, des Staatspräsidenten und des Expertenrates. In der Praxis nutzt das Establishment dieses Recht, den weitaus größten Teil aller Kandidaten für die entsprechenden politischen Ämter von vornherein abzulehnen¹⁸.

Innerhalb des Systems ist die Herrschaft der Mullahs daher rechtlich wie politisch weitgehend abgesichert. Wenn ihre Macht erodiert, dann nicht nur, weil der Rückhalt in Teilen der Bevölkerung verloren geht, sondern auch weil der Iran trotz seiner zentralen Bedeutung für radikale schiitische Gruppierungen im Libanon oder im Gaza-Streifen insgesamt seine theologische Bedeutung verliert. Seit dem Sturz des Regimes von *Saddam Hussein* sind die heiligen schiitischen Stätten al Nadjaf und Kerbela bzw. Maschhad al Hussein im Irak wieder zugänglich. Während Nadjaf zum neuen Anziehungspunkt für religiöse Schiiten wurde, verlieren die Schulen von Qom nicht zuletzt durch die verbreitete Korruption an Vorbildfunktion.

Insgesamt ist der Klerus viel differenzierter als es zumeist wahrgenommen wird. Auch im Iran arbeiten aufgeschlossene Theologen an einer liberalen Auslegung des Islam¹⁹. Religionssoziologen und Philosophen wie *Abdolkarim Soroush* und *Mohammed Modschtahed Schabestari*²⁰ fordern wie die Friedensnobelpreisträgerin *Schirin Ebadi*: "eine andere Interpretation des Islam, eine Interpretation, die Raum lässt für Menschenrechte und Frauenrechte."²¹ Allerdings werden Fragen, die auf die grundsätzliche Reformierbarkeit der gängigen Islam-Interpretation zielen, angesichts der drohenden Gefahren für Freiheit, Leib und Leben nur von einer kleinen Gruppe Intellektueller vernehmlich gestellt. "Eine Kritik an religiösen Vorschriften, an der Scharia z.B., das wäre Selbstmord. So ziehen wir da eine Selbstzensur vor."²² Oppositionelle verweisen darauf, dass das Regime nicht einmal davor zurückschreckte, angesehene Großayatollahs zu inhaftieren und systemkritische Geistliche sogar hinzurichten.²³ In einem Land, in dem die Theokratie von säkularen Repräsentanten

¹⁷ Vgl. Katajun Amirpur/ Reinhard Witzke: Schauplatz Iran. Freiburg 2004, S. 95

¹⁸ Vgl. z.B. Asghar Schirazi: Islamische Republik – von der Gottesherrschaft zur Herrschaft der Geistlichkeit. In: Sowi, Jg. 34, H. 2/05: Iran – ein Vierteljahrhundert Islamische Revolution, S. 25-36, S. 27.

¹⁹ Vgl. Navid Kermani: Iran. Die Revolution der Kinder. München 2005, S. 43 ff.

²⁰ Vgl. M. Sadri/ A. Sadri (Eds.): Abdolkarim Soroush, Reason, Freedom, and Democracy in Islam. Oxford 2000; Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.): Mohammad M. Schabestari, Islam und Demokratie. Erfurt 2003; Roman Seidel, Mohammed Modschtahed Schabestari: Die gottgefällige Freiheit. In: Katajun Amirpur/ Ludwig Ammann (Hrsg.): Der Islam am Wendepunkt. Freiburg 2006, S. 73- 81; ders., Abdolkarim Sorousch: Viele Wege zur Wahrheit, ebda., S. 82-90

²¹ Zit. nach Amirpur/ Witzke 2004, S. 19

²² So eine Redakteurin der später verbotenen Tageszeitung *Ham Mihan*, zit. nach Der Weltspiegel, 29.7.2007.

²³ Interviews des Verfassers mit Aktivisten der Studentenbewegung im August 2006 und im Oktober 2007. Vgl. zum Innenleben des Klerus Reza Hajatpour: Der brennende Geschmack der Freiheit. Frankfurt a.M. 2005.

geschützt wird und die religiöse Führung behauptet, die Tradition zu verteidigen, indem sie traditionelle religiöse Regeln bricht, ist allerdings keine Entwicklung ausgeschlossen.²⁴

Konfliktlinie Politik: Machtkämpfe mit divergierenden Zentren und konkurrierenden Akteuren

Noch ausgeprägter als im theologischen Bereich präsentiert sich die politische Szenerie des Iran als multipolares Machtgefüge mit divergierenden Zentren und konkurrierenden Akteuren.²⁵ Die simplifizierende Gegenüberstellung von "Konservativen" und "Reformern" verkennt dies ebenso wie den Umstand, dass Akteure, die ideologisch konservativ geprägt sind, in der Außenpolitik durchaus pragmatisch und in wirtschaftspolitischen Fragen liberal agieren können. Zu ihnen könnte man den ehemaligen Präsidenten *Rafsandjani* zählen.

Nach dem Tod *Khomeinis* im weltgeschichtlich bedeutenden Jahr 1989 waren auch im Iran große Erwartungen auf eine Abkehr vom totalitären Kurs geweckt worden. Zum Hoffnungsträger insbesondere der Jungen, der Frauen, der Intellektuellen und der Reste des Teheraner Bürgertums wurde der ehemalige Kulturminister Hodschatolislam *Sejjed Mohammed Khatami*²⁶. Mit einem Ergebnis von 69,7 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 83 % wurde er am 23. Mai 1997 gegen die Empfehlung des Geistlichen Oberhauptes zum Staatspräsidenten gewählt.²⁷ Drei Jahre später gewannen seine Anhänger 200 von 290 Sitzen im Parlament. 2001 verteidigte *Khatami* als Symbolträger der Reformkräfte mit einem Ergebnis von rund 77 % der Stimmen seine Position.

Da aber die meisten relevanten Gesetzesprojekte des liberalen Lagers vom Wächterrat als unislamisch zurückgewiesen wurden, scheiterten letztendlich alle Reformbemühungen. *Khatami* und seine Anhänger versäumten es zudem, über außerparlamentarische Aktivitäten den Wandel einzuleiten. Der Präsident selbst drohte zwar mehrmals mit Rücktritt, scheute aber – wohl aus Sorge vor einer blutigen Eskalation - die klare Konfrontation mit den reaktionären Kräften.²⁸ Seine Drohung, man werde gegen die demonstrierenden Studenten "mit Macht und Nachdruck vorgehen", war ein Schlag ins Gesicht seiner Anhänger.²⁹ Einige Studenten, die in den zweiwöchigen Unruhen vom Juli 1999 im offenen Konflikt mit der Staatsmacht demonstrierten, wurden ermordet oder wanderten in die gleichen Gefängnisse, in denen heute die *Ahmadinedjad*-Regierung Kritiker mundtot machen will.³⁰ In einer brutalen Mordserie wurden zahlreiche liberale Schriftsteller, Journalisten und Verleger vom

²⁴ Vgl. Mehrzad Boroujerdi: Die Reformbewegung im Iran, in: Sowi, Jg. 34, H. 2/05: Iran – ein Vierteljahrhundert Islamische Revolution, S. 37-44, S. 42

²⁵ Vgl. Wilfried Buchta: Ein Haus mit vielen Herren. In: Orient 39 (1998), S. 41-84; M. und Sabine Allafi: Iran an der Schwelle zur Demokratie? Frankfurt a.M. 2003.

²⁶ Vgl. Gerhard Schweizer: Iran. Drehscheibe zwischen Ost und West. Stuttgart 2005, S. 356 ff.

²⁷ Vgl. Nasrin Alavi: Wir sind der Iran. Köln 2005, S. 18 f.

²⁸ Vgl. differenzierter: Boroujerdi 2005, S. 37-44

²⁹ Zit. nach Shirin Ebadi mit Azadeh Moaveni: Ein Leben zwischen Revolution und Hoffnung. München/ Zürich 2006, S. 210

³⁰ Vgl. ebenda, S. 213 ff. Zu den Inhaftierten gehören die Studenten *Mansuri*, *Tawakoli* und *Ghassaban*, die den Präsidenten während eines Auftritts an der Amir Kabir-Universität Teheran kritisiert hatten.

Geheimdienst umgebracht. Und als Zehntausende die Friedens-Nobelpreisträgerin *Shirin Ebadi* am Teheraner Flughafen empfangen, beeilte sich selbst *Khatami*, die internationale Auszeichnung als bedeutungslos herunterzuspielen³¹.

Das Scheitern *Khatamis* erwies sich als verhängnisvoll. Die Mehrheit derjenigen Iraner, die eine Änderung der Verhältnisse möchten, hat sich inzwischen von allen Politikern abgewandt. Ob ein Akteur zum Lager der "Reformer" oder zu den "Konservativen" zu zählen sei, diskutieren mit Ausnahme einer wenig einflussreichen intellektuellen Avantgarde im Iran nur noch westliche Analysten. Wer heute mit jungen Menschen im Iran spricht, trifft stattdessen häufig auf den Wunsch, das Land zu verlassen, bevorzugt Richtung USA oder Kanada.

Die verbreitete Resignation äußerte sich überdies in der geringen Wahlbeteiligung bei der letzten Parlamentswahl. Sie lag offiziell bei rund 50 %, in Teheran bei gerade mal 28 %.³² Die Konservativen verdreifachten ihr Ergebnis und bilden heute die absolute Mehrheit im Parlament. Allerdings ist zu beachten, dass der Wächterrat schon vor der Wahl rund 2.500 Kandidaten aus den Listen gestrichen hatte. Der Versuch, das politische System zu reformieren, war vorerst gescheitert, wie selbst *Khatami* einräumen musste: "Eine religiöse Staatsmacht lässt sich nicht demokratisieren, wenn nicht zuvor geklärt ist, welche Haltung die Religion zu demokratischen Rechtsauffassungen, wie zum Beispiel dem allgemeinen Wahlrecht, einnimmt".³³

Vor diesem Hintergrund überrascht es im Rückblick weniger, dass der bis dahin weitgehend unbekanntere *Mahmud Ahmadinedjad* die letzte Präsidentenwahl gewann. Wer aber nun den Abbruch des iranischen Demokratisierungsprozesses als Sieg des Mullah-Regimes abhakt, macht es sich angesichts des sehr differenzierten politischen Kräftegefüges zu einfach. So zeugt es von erstaunlicher Unkenntnis, wenn z.B. die US-amerikanische Politologin *Gina B. Nahai* prophezeit: "So wie ich die Iraner kenne" - Anmerkung: Sie war seit 30 Jahren nicht mehr im Iran - "werden sie auch beim nächsten Mal die Mullahs wählen: weil sie den Islam mehr lieben als alles andere auf der Welt."³⁴ Das Gegenteil ist richtig: Die iranischen Wähler votierten gerade nicht für die „Mullahs“, sondern für einen neuen Politikertyp ohne Robe und Turban, für Informatiker, Ärzte oder – wie im Falle *Ahmadinedjads* - Universitätslehrer. Die Angehörigen der neuen politischen Elite im Iran, der *Usulgara* ("Grundsatztreue"), wie sie sich selbst bezeichnen³⁵, sind alles andere als blutrünstige Hinterwäldler, sondern eher islamistische Technokraten, die im Ausland studierten, mehrere Sprachen sprechen und gut über das Weltgeschehen informiert sind.

Diesem Milieu lässt sich grundsätzlich auch Präsident *Ahmadinedjad* verorten, der seine Unterstützung vor allem aus den armen Bevölkerungsschichten bezieht, die nichts vom Ölreichtum des Landes spüren, und die sowohl von den Liberalen als auch von den Khomeinisten enttäuscht sind. Ob es ihm und seinen Mitstreitern aus den Reihen der *Pasdaran* und *Basidj* gelingt, die Hoffnungen des von kaum einem westlichen Iran-

³¹ Weitere Reaktionen unter http://www.memri.de/uebersetzungen_analysen/2003_04_OND/iran_ebadi_12_10_03.pdf

³² Angaben nach Der Spiegel 10/2004.

³³ Zit. nach Ahmad Salamatian: Die Schiiten und ihr Kampf um Gott. In: Le Monde diplomatique vom 8.7.2005

³⁴ Zit. nach Tobias Rütter: Ein Land, wie es im Buche steht. In: FAZ vom 27.10.2007

³⁵ Vgl. Ahmad Taheri, Ahmadinedschads Pyrrussieg. In: FAZ vom 27.10.2007

Beobachter deutlich genug wahrgenommenen iranischen Proletariats zu erfüllen, wird über den Ausgang des inneriranischen Machtkampfes wesentlich mitentscheiden. Versteht man *Ahmadinedjad* weniger als Radikalislamisten, sondern als Sozialrevolutionär, sind politische Erfolge nicht zu bestreiten. Seine regelmäßigen Kabinettsitzungen in entlegenen Landesteilen, die massive Umwidmung staatlicher Fördermittel zugunsten dörflicher Entwicklung sowie populistische Forderungen von Lohnerhöhungen bis zur Öffnung der Fußballstadien für Frauen spielen hierbei eine größere Rolle als seine aggressive außenpolitische Rhetorik. Dennoch stößt auch er auf Grenzen. So benötigte er zu Beginn seiner Amtszeit gleich mehrere Anläufe, bis sein Kandidatenvorschlag für das Amt des Erdölministers akzeptiert wurde. Die Ablösung des angesehenen Atom-Unterhändlers *Ali Laridjani* durch den Ahmadinedjad-Vertrauten *Said Dschalili*, Verfasser der denkwürdigen Briefe an US-Präsident *Bush* und Bundeskanzlerin *Merkel*³⁶, kommentierte *Ali Chamenei* mit der Bemerkung. "Ich unterstütze die Regierung. Aber das heißt nicht, dass ich mit allem einverstanden bin, was sie tut."³⁷ Im Spannungsverhältnis zwischen den theokratischen und den republikanisch-demokratischen Prinzipien des politischen Systems werden politische Spielräume letztlich von den Hütern des Khomeinismus gewährt oder verwehrt.

Konfliktlinie Wirtschaft: Zwischen Bazar und Globalisierung

Deutliche Konfliktlinien lassen sich auch in der Wirtschaft identifizieren. Es ist symptomatisch, dass sich *Ahmadinedjad* im Wahlkampf eben kaum als radikaler Islamist positionierte, sondern als Kämpfer für die *Mostazafin*. Diesen "Entrechteten und Enterbten"³⁸ versprach er, die Profite aus den Ölexporten "auf den Tisch des Volkes" zu legen.³⁹

Eine ökonomische Bestandsaufnahme zeigt 30 Jahre nach der Islamischen Revolution ein ambivalentes Bild: Der Iran erwirtschaftet ein Bruttoinlandsprodukt, das im Mittleren Osten nur von Saudi-Arabien übertroffen wird. Auch mit den Pro-Kopf-Einkommen belegt der Iran einen Spitzenplatz in der Region.⁴⁰ Die Wachstumsraten können sich ebenso sehen lassen wie die dank des Ölexports enormen Devisenreserven. Reiche Erdgas- und Ölvorkommen sichern dem Iran noch auf Jahrzehnte eine dominante Position auf dem globalen Energiemarkt. Die starke Abhängigkeit vom Öl hat indes ihre Schattenseiten, insofern derzeit etwa 80 bis 85 Prozent der Exporterlöse und rund die Hälfte der Staatseinnahmen aus Aktivitäten im Ölsektor resultieren.⁴¹ Daneben spielen Nachfrageschwankungen unterworfenen Agrarexporte wie Pistazien sowie handwerkliche Erzeugnisse wie Teppiche eine geringere Rolle.⁴² Zugleich ist die

³⁶ Vgl. Bahman Niruman: Iran-Report Nr. 11/2007, S. 4 f.; Rainer Hermann: Beharrlich und bestimmt, in: FAZ vom 22.10.2007

³⁷ Zit. nach Rudolph Chimelli: Beben im Serail. In: Süddeutsche Zeitung (im Folgenden SZ) vom 25.10.2007

³⁸ Vgl. Wolfgang Günter Lerch: Märtyrerrolle und Radikalismus. In: FAZ vom 10.2.2006

³⁹ Nach Tim Epkenhans: Die hybride Macht am Golf. In: Das Parlament vom 10.9.2007

⁴⁰ Angaben nach dem Länderprofil Iran des Statistischen Bundesamtes, 2006, S. 2

⁴¹ Vgl. Jutta Khaladj-Nia: Liberalisierung der Wirtschaft im Iran, in: TU International 54/ August 2003, S. 30-32

⁴² Vgl. Iran: Streit um Urananreicherung gefährdet Ausbau der Öl- und Erdgasgewinnung. In: Wochenbericht des DIW Nr. 23/2006, S. 343-351

Wertschöpfung pro Kopf die niedrigste der Region, der Korruptionsindex dagegen einer der höchsten weltweit.⁴³

Das enorme Bevölkerungswachstum von fast zehn Prozent⁴⁴ relativiert die meisten Wirtschaftserfolge. Die galoppierende Inflation von knapp 30 % drückt die Kaufkraft und die Arbeitslosenquote von derzeit real 20 % steigt, vor allem bei Jugendlichen. Hohe Preise und steigende Mieten bei einer extrem ungleichen Vermögensverteilung verschärfen die Situation für weite Teile der Bevölkerung zusätzlich, so dass selbst nach offiziellen Zahlen 40 % der Iraner unterhalb der Armutsgrenze leben.⁴⁵ Rund 280.000 überwiegend junge Menschen versuchen jedes Jahr, ihre Lage durch Binnenmigration vom Land in die Städte zu verbessern.⁴⁶ Die verbreitete Unzufriedenheit ist spürbar; Medikamentenmissbrauch und hohe Suizidraten sind Indikatoren für den Zustand der Gesellschaft, Prostitution und Drogenabhängigkeit trotz harter Strafen allgegenwärtig.⁴⁷ Entsprechend breitet sich AIDS mit jährlich 15 % Neuinfektionen aus.⁴⁸

Die Verantwortlichen reagieren auf diese alarmierenden Signale. Sie versuchen dies auch in der Wirtschaftspolitik, mit Steuerreformen, Investitionsgesetzen, Importerleichterungen und anderen Maßnahmen. Daher könnte man die These formulieren, dass Teheran sich am chinesischen Modell orientiert: Vorsichtige Liberalisierung der Wirtschaft bei ideologischer Härte in der Politik. Dabei sind für die Entscheidungsträger schwierige Balanceakte zwischen ökonomischen Notwendigkeiten und divergierenden Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen zu bewältigen. Um nur einige Aspekte zu benennen:

Noch immer kontrollieren staatliche oder staatsnahe Institutionen nach unterschiedlichen Schätzungen 60 bis 80 % der iranischen Wirtschaft. Wenn nun aber die in der Verfassung festgeschriebenen staatlichen Monopole in strategischen Bereichen gelockert werden, fällt eine ganz zentrale Bastion der Islamischen Revolution, mit der die Unabhängigkeit der iranischen Wirtschaft gesichert werden sollte.⁴⁹

Eine Liberalisierung bedroht traditionelle Säulen des Wirtschaftssystems wie die *Bonyads*, mächtige religiöse Stiftungen mit Hunderten von Unternehmungen in allen Wirtschaftssektoren. Sie nehmen in vielen Bereichen eine kaum kontrollierte Monopolstellung ein, genießen bei Steuern und Zöllen eine privilegierte Stellung und kassieren einen beträchtlichen Teil der staatlichen Einnahmen. Ihre Integration in das reguläre Wirtschaftsgeschehen wäre eine Grundbedingung für eine wirkungsvolle Reform der iranischen Wirtschaft nach Effizienz- und Gerechtigkeitskriterien.⁵⁰ Man kann sich indes kaum vorstellen, dass Profiteure des derzeitigen Systems freiwillig auf ihre Pfründe verzichten. Hier sind Verteilungskämpfe vorprogrammiert.

⁴³ Vgl. Transparency International: www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.954.0.html

⁴⁴ Länderprofil des Statistischen Bundesamtes, 2006, S. 1

⁴⁵ Vgl. Amirpur/ Witzke 2004, S. 8

⁴⁶ Vgl. Bahman Nirumand: Heinrich-Böll-Report Iran 9/2003, S. 11

⁴⁷ Vgl. Amirpur/ Witzke 2004, S. 127 ff.

⁴⁸ Vgl. DIE-Studie, 2005, S. 77

⁴⁹ Vgl. vk, Schritt in Richtung Privatisierung. In: Neue Zürcher Zeitung (im Folgenden NZZ) vom 6.10.2004

⁵⁰ Vgl. Navid Kermani, nach Helene Mutschler, Stiller Wandel oder Stillstand? www.weltpolitik.net/Regionen/Naher%20u.%20Mittlerer%20Osten/Iran/Analysen/Stiller%20Wandel%20oder%20Stillstand%3F.html (1.3.2004)

Zugleich steht die Wirtschaftspolitik vor dem Problem der Öffnung des Landes für ausländische Investitionen. Ebenso wie die Stiftungen dürften weitere Stützen des Systems wie die traditionell konservativen Bazar-Händler wenig glücklich über Konkurrenz in Gestalt großer Supermärkte globalisierter Konzerne sein. Engere Verflechtungen mit dem westlichen Ausland bringen überdies Einflüsse ins Land, die nicht unbedingt nach dem Geschmack der Herrschenden sind. So brandmarken regierungsnahe Zeitungen mit der für die Region charakteristischen verschwörungstheoretischen Hysterie den Kauf von Coca Cola als Unterstützung Israels⁵¹ - obwohl die lukrativen Abfülllizenzen für die schwarze Brause ausgerechnet einer der größten religiösen Stiftungen in Maschad gehören.⁵²

Dennoch bewegt sich einiges: Nicht zuletzt der hohe Ölpreis ermöglicht dringende Investitionen in die Infrastruktur des Landes.⁵³ Dafür werden jedes Jahr mehrere Milliarden Euro ausgegeben, auch für Großaufträge an ausländische Unternehmen. Von strategischer wirtschafts-, außen- und damit zugleich sicherheitspolitischer Bedeutung sind die Beziehungen nach Ostasien. Insbesondere chinesische, indische und japanische Konzerne unterzeichneten Milliarden schwere Verträge mit dem Ziel der langfristigen Sicherung der Versorgung mit Öl bzw. Erdgas.

Mit der Verschärfung des Atomkonfliktes, neuen Sanktionen der USA und deren zunehmendem Druck auf Unternehmen, ihr Iran-Engagement zu beenden, verschlechtern sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Iran und westlichen Ländern zusehends.⁵⁴ Insgesamt sind die Angriffe auf die iranische Wirtschaft für das Land jedoch weniger problematisch als für viele betroffene kleine und mittlere Unternehmen im Westen. Nach dreißig Jahren unter dem US-Embargo haben die Iraner ihre Industrie so weit entwickelt, dass man vom Kühlschrank bis zum Kampfflugzeug westliche Importe weitgehend substituieren kann. Wo dies nicht möglich ist, stehen chinesische Unternehmensvertreter Schlange, um den lukrativen Markt zu übernehmen. Nicht zuletzt sorgt der Umschlagplatz Dubai dafür, dass allen Sanktionsmaßnahmen zum Trotz fast jede nachgefragte Ware den Iran erreicht.⁵⁵

Schädlicher als die bisherigen Sanktionen sind hausgemachte wirtschaftspolitische Volten des *Ahmadinedjad*-Lagers. Während die Vorgänger im Präsidentenamt stärker auf Kompetenz und Kooperation setzten, überführten *Ahmadinedjad* und seine Getreuen Entscheidungskompetenzen von der Zentralbank und dem Wirtschaftsministerium in die präsidiale Verwaltung. Damit übergab er die Verantwortung für die Finanz- und Wirtschaftspolitik unerfahrenen Apparatschiks, die mit ihm in den Revolutionsgarden sozialisiert wurden. Mit zentral angeordneten Lohnerhöhungen bei gleichzeitig verschärftem Kündigungsschutz und dem Einfrieren von Preisen wurde es Unternehmern nahezu unmöglich gemacht, marktgerecht zu agieren. Wo sich die Regierung ausnahmsweise nicht davor scheute, unpopuläre Maßnahmen durchzuführen,

⁵¹ „Sie können mit dem Kauf jeder Flasche von Coca Cola Israel helfen“, in: Kayhan vom 11.11.2006

⁵² Vgl. Stephanie Rohde: Das ‚Coca-Cola-Mysterium‘ im Iran, in: Badische Zeitung vom 11.9.2006

⁵³ Vgl. Rainer Hermann: Trotz innenpolitischer Machtkämpfe steigen die Geschäftschancen für Ausländer. In: FAZ vom 31.1.2005

⁵⁴ Interviews des Verfassers mit deutschen und iranischen Unternehmern, Teheran, August 2007. Vgl. Wirtschaftstrend Iran 2007, S. 2

⁵⁵ Vgl. Rainer Hermann: „Dubai ist der beste Platz für Iraner“. In: FAZ vom 18.10.2007

erhielt sie deutliche Warnsignale: Die wirtschaftspolitisch sinnvolle Entscheidung, Benzin zu rationieren und den hochsubventionierten Verkaufspreis von umgerechnet acht auf zehn Euro-Cent anzuheben, führte zu gewalttätigen Protesten.

Konfliktlinie Minderheiten: Ethnische und religiöse Vielfalt mit Grenzen

Weitere Konflikte flammen immer wieder an den Rändern des iranischen Staatsgebietes auf. Hier wird das Spannungsverhältnis zwischen den vielfältigen ethnischen und religiösen Gruppen besonders sichtbar. Für Autonomiewünsche jeglicher Art hält das System ein breites Repertoire an Maßnahmen bereit, von positiver Diskriminierung bis zu harter Unterdrückung.

Neben Persern - die lediglich etwa die Hälfte der Staatsnation stellen und vor allem im zentralen Hochland siedeln - leben im Vielvölkerstaat Iran ethnische Minderheiten wie Araber, Armenier, Aserbeidschaner, Belutschen, Gilaki, Kurden, Luren, Mazadarani, Turkmenen und andere.⁵⁶ Sie wurden weder vom Schah noch von *Khomeini* anerkannt und entwickelten zum Teil lange vor sowie unmittelbar nach der Islamischen Revolution separatistische Tendenzen.⁵⁷ So wurden Autonomieforderungen der Kurden noch während des Iran-Irak-Krieges militärisch niedergeschlagen.⁵⁸ Der Führer der demokratisch-nationalen Kurdenpartei *KDPI* Ghassemlou wurde 1989 vom Teheraner Regime ebenso ermordet wie seine Nachfolger beim Mykonos-Attentat in Berlin 1992.

In den Kurdengebieten gibt es immer wieder blutige Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und vom Nord-Irak aus operierenden Gruppierungen wie der "Iranischen Partei für ein Freies Leben Kurdistans", kurz *Peschak*, die seit der Verabschiedung der neuen irakischen Verfassung noch vehementer einen unabhängigen Staat für die rund sieben Millionen iranischen Kurden fordern.⁵⁹ Iranische und türkische Einheiten kooperieren beim Kampf gegen kurdische Aufständische auf irakischem Gebiet, während iranische Vorwürfe, westliche Staaten würden gewaltbereite Gruppen innerhalb ethnischer Minderheiten unterstützen, nicht völlig aus der Luft gegriffen scheinen.⁶⁰ Dies betrifft insbesondere die erdölbereiche Provinz Khuzistan im arabischen Südwesten, wo Separatisten mehrere Bombenattentate verübten. Mit Todesurteilen gegen Aktivisten der *Ahwaz Liberation Organization* reagierte Teheran auf deren Kampf für einen unabhängigen Staat der Ahwaz-Araber.⁶¹ In den aserbeidschanischen Regionen wurden Massendemonstrationen gegen die Diskriminierung der 16 Millionen Azeris mit Gewalt erstickt. Und wie die "Nationale Süd-Aserbeidschanische Erweckungsbewegung" *Gadeh* schrecken auch unter den Belutschen Gruppierungen wie die sunnitische *Jundullah* ("Armee Gottes") in ihrem Kampf gegen die Zentralregierung vor Terroranschlägen nicht zurück.⁶²

⁵⁶ Vgl. Rudolph Chimelli: Irans großes Problem am Rande. In: SZ vom 24./25.6.2005

⁵⁷ Vgl. Homa Katouzian: Iranian History and Politics. London/New York 2003, S. 131; Amirpur/ Witzke 2004, S. 13, S. 80

⁵⁸ Vgl. Farideh Koochi-Kamali: The Political Development of the Kurds in Iran: Pastoral Nationalism. New York 2007; Kadir Özdemir: Die Kurden - Ein Volk in drei Nationen. Marburg 2006

⁵⁹ Vgl. Christiane Hoffmann: Irans innerer Feind. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 25.6.2006

⁶⁰ Vgl. Bahman Nirumand im Iran-Report Nr. 11/2007, S. 3

⁶¹ Vgl. vau: Niederländischer Aktivist vom Tode bedroht?, in: NZZ vom 31.10.2007

⁶² Vgl. Hoffmann 2006; Interviews des Verfassers mit Regierungsbeamten in Isfahan, August 2007

Niemand weiß, was aus dem Vielvölkerstaat Iran wird, wenn das derzeitige Regime erst einmal ins Wanken gerät. Auf eine Balkanisierung des Landes zu setzen ignoriert nicht nur die im Irak oder in Afghanistan gemachten Erfahrungen mit regional agierenden Warlords und ihrer wechselnden Loyalitäten und Interessen. Auch Saddam Hussein und seine westlichen Verbündeten täuschten sich, als sie glaubten, die schiitischen Araber würden sich beim Angriff auf die Islamische Republik auf die Seite des Irak schlagen. Noch komplexer wird die Situation, wenn man neben den ethnischen auch religiöse Minderheiten in eine Lagebeurteilung einbezieht. Zwar bekennen sich 98 % der Iraner mehr oder weniger freiwillig zum Islam, darunter finden sich etwa zehn Prozent Sunniten. Offiziell anerkannt sind als religiöse Minderheiten zudem die seit Jahrhunderten in der Region ansässigen Religionsgemeinschaften, wie Artikel 13 der Verfassung betont:

"Iraner zoroastrischen, jüdischen und christlichen Glaubens sind die einzigen anerkannten Minderheiten, denen es im Rahmen des Gesetzes freisteht, ihre religiösen Riten und Feiern abzuhalten und in persönlichen Angelegenheiten sowie in Fragen religiöser Erziehung entsprechend ihrem eigenen Kanon zu handeln."⁶³

Artikel 64 gewährt diesen drei Gruppen außerdem das Recht, eigene Vertreter ins Parlament zu wählen. Solange die religiösen Minderheiten "*in Übereinstimmung mit den islamischen Grundsätzen*" (Art. 20) die Spielregeln des Islamischen Staates nicht in Frage stellen, genießen sie durchaus Freiheiten, die muslimischen Iranern verwehrt sind. Was Europäer in diesem Kontext oftmals besonders überrascht, ist die Tatsache, dass im Iran die größte jüdische Exilgemeinschaft im Mittleren Osten lebt. Obwohl ihre rechtliche und gesellschaftliche Situation zu Zeiten des *Pahlevi*-Regimes sicherlich besser war, erhalten die verbliebenen 25.000 iranischen Juden auch in der Islamischen Republik kulturelle Sonderrechte. Ihre Synagogen brauchen keinen Polizeischutz, wie man dies aus Europa kennt. Antisemitismus und Anti-Judaismus sind im Iran weit weniger verbreitet als in anderen islamischen und selbst in einigen EU-Staaten. Im Gegensatz zum kruden Geschichtsbild des Präsidenten ist die defizitäre Wahrnehmung historischer Tatsachen beim Durchschnittsiraner weniger von Feindseligkeit als von fehlendem Faktenwissen geprägt. Umso bemerkenswerter ist es, dass das staatliche Fernsehen eine viel beachtete mehrteilige Eigenproduktion ("Null Grad Drehung") über das Schicksal der Juden im von den Nazis besetzten Paris der 1940er Jahre ausstrahlte. Vermutlich lautet die Botschaft, dass man zwischen dem Staat Israel, dessen Existenzrecht nach wie vor geleugnet wird, und den Juden als Religions- und Kulturgemeinschaft durchaus unterscheiden könne.⁶⁴

Von staatlicher Nachsicht ausgenommen sind vor allem Anhänger der Bahaii-Religion, die als Sektierer wahrgenommen und massiv verfolgt werden. Die Todesstrafe droht auch bei "Gotteslästerung" sowie Muslimen, die zu einer anderen Religion konvertieren. Eine weitere Einschränkung trübt das positive Bild, das Vertreter des offiziellen Iran gerne von der Lage religiöser Minderheiten in ihrem Land zeichnen. Rechtlich werden

⁶³ Vgl. auch zum Folgenden: Anonymus: Zum Beispiel Iran. Christliche Minderheiten in der Islamischen Republik. In: Ursula Spuler-Stegemann (Hrsg.), *Feindbild Christentum im Islam*. Bonn 2006, S. 140-150

⁶⁴ Vgl. Nasser Karimi: Mitgefühl mit den Juden. In: FR vom 26.10.2007

Nicht-Muslime gegenüber Muslimen in vielen Bereichen diskriminiert, so beim Eherecht, Erbrecht oder auch beim so genannten "Blutgeld", das Nicht-Muslime deutlich abwertet.

Letztlich besitzen die Angehörigen von Minderheiten im Iran verschiedene Identitäten. So kann ein Bewohner des Isfahaner Stadtteils Jolfa iranischer Staatsbürger armenischer Sprache und christlichen Glaubens sein und damit in einer doppelten Diaspora-Situation leben. Es ist nachvollziehbar, dass unter einem Regime, das wenig Perspektiven bietet, der Wunsch, das Land zu verlassen, bei jungen Menschen hier besonders stark ausgeprägt ist.

Konfliktlinie sozialer Wandel: Demokratie durch Demographie?

Eine noch wichtigere Konfliktlinie prägt die iranische Gesellschaft: Die demographische Entwicklung bildet die tickende Zeitbombe, die das System am meisten gefährdet. Man kann die Fakten in einem Satz zusammenfassen: Seit der Islamischen Revolution hat sich die Bevölkerungszahl verdoppelt, mehr als 70 % der Iraner sind heute unter 30, zwei Drittel unter 25 Jahre alt. Das bedeutet, dass jedes Jahr rund eine Million junger Iraner auf den Arbeitsmarkt drängt, darunter 100.000 Akademiker, häufig aber keinen Arbeitsplatz findet. Anders als in vergleichbaren Ländern der Region handelt es sich im Iran um eine gut, wenn auch nicht unbedingt den Bedürfnissen des Marktes entsprechend ausgebildete, und hoch motivierte junge Generation. Die Zahl der Universitätsstudierenden hat sich gegenüber der Schah-Zeit verzehnfacht. Mehr als eine Million junger Iraner studieren allein an der privaten *Azadi*-Universität, von der geschmunzelt wird, sie hätte selbst in Orten Einrichtungen, an denen es noch keinen Stromanschluss gebe. Davon profitieren viele, denen es bislang nicht möglich war, ein Studium an den entfernteren staatlichen Universitäten aufzunehmen.

Zu den Bildungsgewinnern zählen vor allem junge Frauen, die unter den Studienanfängern seit einigen Jahren sogar die Mehrheit stellen.⁶⁵ Die nach der Revolution eingeführte Geschlechtertrennung an den Schulen entspricht als Zwangsmaßnahme sicherlich nicht einem westlichen Demokratieverständnis. Sie erleichterte es jedoch konservativen Eltern, ihren Töchtern den Besuch der Bildungseinrichtungen über die Pubertät hinaus zu erlauben und holte viele Mädchen aus dem Analphabetismus. Zwar sind die beruflichen und gesellschaftlichen Perspektiven der Studentinnen noch immer wesentlich schlechter als die ihrer männlichen Kommilitonen. Wer den Iran kennt, wird sich indes mit der Prognose nicht schwer tun, dass die jungen Frauen für die Entwicklung des Landes eine entscheidende Rolle spielen werden.

Diejenigen Kräfte im Iran, die das Land in die Isolation führen möchten, stehen langfristig auf verlorenem Posten. Um dies zu verdeutlichen, sei lediglich ein Aspekt hervorgehoben: Junge Iraner beherrschen oftmals mehrere Fremdsprachen, verfügen über vielfältige familiäre und freundschaftliche Kontakte ins Ausland und informieren sich via Satellitenfernsehen und Internet über das Weltgeschehen. Die staatliche

⁶⁵ Vgl. Sabine Allafi: Bitteres Erbe. Frauenleben im Iran heute. Frankfurt a.M., ³2004, S. 89 ff.

Telefongesellschaft TCI rechnet für 2009 mit einem Anstieg auf 25 Millionen Internetnutzer. Damit verzeichnet der Iran die höchsten Zuwachsraten der Region.⁶⁶ Zehntausende junger Iraner schreiben Weblogs; auf kritischen Internetseiten wird über politische und gesellschaftliche Fragen diskutiert.⁶⁷ Nachdem der Ausbau des Netzes unter den Regierungen *Rafsandjani* und *Khatami* mit staatlichen Fördermitteln unterstützt wurde, versuchen die aktuellen Machthaber durch Genehmigungsverfahren und Zensur wieder mehr Kontrolle zu erlangen.⁶⁸ Dies gestaltet sich bei diesem Medium zwangsläufig schwierig.⁶⁹ Der Schriftsteller *Masoud Behnoud* verglich die Funktion des Internet im Iran gar mit der erfolgreichen "Kassetten-Kampagne" während der Islamischen Revolution. Damals schmuggelten Khomeini-Anhänger die von ihm besprochenen Bänder in den Iran und verteilten sie im ganzen Land. Heute ist der Austausch von Ideen noch einfacher geworden.⁷⁰ Dies zu fördern, ohne zu bevormunden, ist ein effektiverer Weg, regimekritische Iraner zu unterstützen, als mit Militärschlägen zu drohen.

Letztlich leben die "70 Millionen Schauspieler"⁷¹ im Iran in zwei Welten: Man erfüllt ein Minimum der vorgeschriebenen Normen, zieht sich aber ansonsten ins Privatleben zurück. Vor allem Kinder materiell besser gestellter Familien suchen die private Rebellion und projizieren in ihren Lebensstil Facetten eines als westlich wahrgenommenen Verhaltens: Hinter verschlossenen Türen laden sie die aktuellste Popmusik aus dem Internet, konsumieren verbotene Filme, trinken Alkohol, nehmen Drogen und feiern hemmungslose Partys – und versuchen damit genau die angeblich charakteristischen Züge des Westens zu imitieren, welche die gestrengen Sittenwächter verteufeln. Vielen mittel- und arbeitslosen Iranern in weniger privilegierten Schichten bleibt dagegen oftmals nur das "Opium" Religion einschließlich des wütenden Wunsches, durch deren fundamentalistische Interpretation die als ungerecht empfundene eigene Lebenssituation überwinden zu können.

Blitzableiter innerer Spannungen: Der Stabilisierungsfaktor Atomkonflikt

In Zeiten, in denen die Kernenergie weltweit eine Renaissance erfährt, überrascht es nicht, dass sich auch der Iran unter diejenigen Länder einreicht, die von der Nukleartechnologie einen entscheidenden Beitrag zur umfassenden Lösung ihrer ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme erwarten. Seit Hinweise des iranischen Untergrunds ein geheimes Atomprogramm enttarnten, wird allerdings befürchtet, dass die Teheraner Führung nicht nur an der zivilen Nutzung der Kernenergie interessiert ist. Der Streit über das Nuklearprogramm entwickelte sich zum heißesten Konflikt der Weltpolitik. Die zentralen Akteure scheinen gewillt, ihre Ziele auch um den Preis eines Krieges durchzusetzen.

⁶⁶ Vgl. Aydin Nasser: *Internet und Gesellschaft in Iran*. Berlin 2007, S. 97 u. 91

⁶⁷ Vgl. Sebastian Kubitschko: *Bloggen in Iran*. In: *Kulturaustausch* 11/ 2009, S. 58-59

⁶⁸ Vgl. Babak Rahimi: *Cyberdissident. The Internet in Revolutionary Iran*. In: *Middle East Review of International Affairs* Vol. 7, No. 3, 2003; Nasser 2007, S. 111

⁶⁹ Junge Iraner demonstrieren westlichen Besuchern lächelnd, wie man mit wenigen Mausklicks die staatlichen Zensurversuche umgeht. Vgl. Nasrin Alavi: *Wir sind der Iran*. Köln 2005.

⁷⁰ Vgl. Alavi 2005, S. 266 f.

⁷¹ So ein Teheraner Professor im Gespräch mit dem Verfasser über Anpassungsstrategien im Iran.

Welche Gründe hat ein Land, das über riesige Erdöl- und Erdgasvorräte verfügt, ein eigenes Atomprogramm zu entwickeln? Bereits in den 1960er Jahren strebte der vom Westen unterstützte Schah die nukleare Option an. *Ayatollah Khomeini* verbot nach der Revolution das Atomprojekt und erklärte es in einer *Fatwa* für unvereinbar mit dem Islam. Die Baustelle des von Siemens 1975 begonnenen Doppelreaktors Busheer am Persischen Golf wurde im Irakkrieg zerstört. Doch noch zu Lebzeiten *Khomeinis* ließ man das zivile Nuklearprogramm wieder anfahren. Teheran verweist heute mit einiger Berechtigung auf enorme Probleme in der Energieversorgung, die daraus resultieren, dass der eigene Energiekonsum sich in den nächsten 20 Jahren verdoppeln wird. Das entspricht dem Wert des derzeitigen Ölexportes. Heute werden im Iran täglich vier Millionen Barrel Öl gefördert, weniger als noch in den 1970er Jahren und weniger als selbst die Förderquoten der OPEC zugestehen würden.⁷² Davon verbrauchen die Iraner drei Millionen Barrel selbst. Die Raffineriekapazitäten reichen nicht aus, so dass der viertgrößte Ölproduzent der Welt jährlich Benzin im Wert von zwei Milliarden Dollar einführen muss. Deshalb möchte man in Zukunft so viel Öl wie möglich im Inland einsparen, auf Gas umstellen - und eben auf Kernenergie. Im Prinzip ist das Land hervorragend gerüstet: Dank eigener Uranminen, Forschungszentren, Anreicherungsanlagen und verschiedener Reaktortypen sind die technologischen Vorbereitungen bald abgeschlossen. Problematisch daran ist, dass es nur ein kurzer Schritt von der Beherrschung des atomaren Kreislaufs bis zur Herstellung einer Atombombe ist. Doch welche Motive könnte der Iran haben, eine Atombombe zu bauen?

Zunächst einmal historische Erfahrungen: Die jahrtausendelange Abfolge imperialistischer Angriffe auf das eigene Land bis in die jüngste Zeit spielen eine zentrale Rolle im kollektiven Gedächtnis der Iraner. Insbesondere der Krieg gegen den damals vom Westen unterstützten Irak ist allgegenwärtig in einem Land, in dem noch fast jede Familie um Angehörige trauert. Die genaue Zahl der Kriegstoten ist nicht bekannt; es wird aber geschätzt, dass im Laufe der acht Kriegsjahre etwa eine Million Menschen starb. Noch heute sterben Menschen an den Folgen der Angriffe mit in Deutschland produziertem Giftgas. Die US-Navy war damals aktiv an Kämpfen gegen die iranische Marine beteiligt, in deren Verlauf auch ein Passagierflugzeug mit 290 Menschen an Bord abgeschossen wurde.⁷³ Dies alles ist nicht vergessen.

Damit einher gehen aktuelle Bedrohungsängste: Vom Irak geht keine Gefahr mehr aus, dafür fühlt man sich umso mehr von den USA und ihren Verbündeten bedroht. Amerikanische Streitkräfte stehen nicht nur im Irak und in Afghanistan, sondern in fast allen Nachbarstaaten des Iran. Pakistan - ein instabiler Nachbar mit eigenen Atomwaffen - ist mit den USA verbündet, und den Luftraum des benachbarten NATO-Staates Türkei nutzten israelische Piloten sogar für ihren jüngsten Angriff auf Syrien.⁷⁴ Die nationale Sicherheit mit einem effektiven Abschreckungspotential in einer

⁷² Vgl. Epkenhans 2007

⁷³ Man muss kein Sympathisant des Teheraner Regimes sein, um über die anschließende Ordensverleihung an den verantwortlichen US-Kommandanten irritiert zu sein.

⁷⁴ Vgl. Wie Iran den Syrern zur A-Bombe verhelfen wollte, in: NZZ vom 19.3.2009

feindlichen Umgebung zu verteidigen ist demnach das Hauptmotiv für eine auch in ihrer konventionellen Dimension ehrgeizigen Rüstungspolitik des Iran.

Je länger der Konflikt dauert, desto lauter stellen sich zudem auch Iraner, die ein militärisches Atomprogramm ablehnen, die Gerechtigkeitsfrage: Mit welchem Recht beanspruchen einige wenige Staaten den Besitz von Atomwaffen und belohnen (Indien, Israel) bzw. sanktionieren willkürlich die Verletzung der selbst aufgestellten Regeln? Wenn andere Staaten die Atombombe besitzen dürfen, warum dann nicht auch der Iran? Dazu käme der Prestigegewinn, den man in der islamischen Welt mit dem Besitz der Bombe erzielen könnte. Der Iran wäre Führungsmacht für islamistische Gruppierungen und würde erheblich an Einfluss selbst in Ländern wie Ägypten, Sudan oder Nigeria gewinnen.

Es gäbe also durchaus nachvollziehbare Gründe und zweifellos auch eine Reihe von Indizien, die für ein Interesse des Iran an der Atombombe sprächen. Bisher bestreitet Teheran aber genau dies und behauptet, das ganze Nuklearprogramm diene ausschließlich friedlichen Zwecken. Die „Smoking Gun“, mit der das Gegenteil bewiesen wäre, existiert nicht. Auch die Internationale Atomenergiebehörde stellte wiederholt fest, dass es keine Beweise für ein militärisches Atomprogramm des Iran gibt.⁷⁵ Die iranische Öffentlichkeit missversteht daher die Versuche des Westens, eine iranische Atombombe zu verhindern, als willkürliches Diktat gegenüber legalen wie legitimen technologischen Fortschritten ihres Landes. Der französische Politologe *François Heisbourg*, Direktor des Internationalen Instituts für Strategische Studien in London, erläutert in einer der sachkundigsten Analysen des Atomkonfliktes drei mögliche Szenarien, den Konflikt zu lösen: Kooperation, Akzeptanz oder Konfrontation.⁷⁶ Wer die jeweiligen Szenarien in ihren Folgen durchdenkt, wird alles versuchen, zu einer Kooperation zu gelangen.

Fazit

Nicht der Atomkonflikt, sondern der Antagonismus verschiedener Lebenswelten zwischen Tradition und Moderne ist die Hauptachse der verschiedenen Konfliktlinien, die das iranische System herausfordern. Wer den *Clash of Civilizations* sucht, dürfte hier eher fündig werden als in imaginären Frontlinien auf der Weltkarte, die als ideologische Konstrukte empirisch wenig belastbar sind.

Im Widerspruch zum Selbstverständnis der Islamischen Republik, aber auch zur verbreiteten Außenwahrnehmung zeigt sich der Iran als ein sehr heterogenes und pluralistisches System, das von zahlreichen inneren Widersprüchen mit zum Teil erheblicher Sprengkraft bedroht ist. Weder dem Schah-Regime, noch den *Khomeinisten*, weder den Moderaten der *Khatami*-Ära, noch den Radikalen *Ahmadinedjads* gelang es, die drängenden politischen, sozialen und ökonomischen Probleme des Landes in einem Maße zu lösen, welches ihnen das Vertrauen eines zur dauerhaften Stabilisierung des Landes ausreichend großen Bevölkerungsanteils gesichert hätte. Hörte man im Iran vor einigen Jahren noch bisweilen die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage durch eine

⁷⁵ Vgl. z.B. Baradei sieht keine Beweise für Atomwaffenbau in Iran, in: NZZ vom 29.10.2007

⁷⁶ Vgl. Heisbourg 2007

Intervention externer Kräfte, so wird diese Option heute von allen politischen Lagern vehement abgelehnt. Die als Verrat wahrgenommene US-amerikanische Politik gegenüber den schiitischen Arabern, die ihren Aufstand gegen *Saddam Hussein* teuer bezahlten, die Kriegsverbrechen von Abu Ghraib und Haditha sowie die wenig erstrebenswerte Lage im Irak und in Afghanistan nach der Intervention ließen selbst erklärte Gegner des Teheraner Regimes auf Distanz zu Washington rücken. Wo die Versuche des *Ahmadinedjad*-Lagers scheiterten, mit Themen wie dem Holocaust oder dem Palästinakonflikt die Massen hinter sich zu scharen, eröffnete der Atomkonflikt eine geradezu ideale Möglichkeit

- erstens von den geschilderten inneren Problemen des Landes abzulenken,
- zweitens die Nation gegen äußere Bedrohungen zu einen
- und drittens unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit noch massiver gegen Kritiker vorzugehen.

Seit den Wahlen in den USA und in Israel sind neue Akteure und damit auch neue Optionen im Spiel. Der Iran wird nach der Präsidentschaftswahl im eigenen Land entscheiden müssen, ob er auf Entspannung oder Verschärfung des Konfliktes setzt.

Berichte

Zbigniew Wilkiewicz

Europapolitische Seminare und ihre Umsetzung Deutschland, Polen und die EU

Einleitung

Die europäische Integration und hier besonders die Osterweiterung der EU und damit auch die deutsch-polnischen Beziehungen sind im Rahmen des für das Gesamteuropäische Studienwerk (GESW) programmatischen Konzepts „Jugend für Gesamteuropa“ zentraler Bestandteil unserer Bildungsarbeit. Zu dieser Thematik – häufig in Form von deutsch-polnischen Jugendbegegnungsseminaren – werden weiterhin und immer wieder zahlreiche projektorientierte Seminare durchgeführt, die der Intention folgen, gegenseitige Vorurteile einzuhegen und vorhandene Asymmetrien im Sinne gleichberechtigter Partnerschaft deutlich zu machen.

Im europäischen Kontext sind es vor dem Hintergrund einer vielflächig verwobenen gemeinsamen Geschichte Polens und Deutschlands derzeit Fragen wie die Ostsee-Pipeline, die US-Raketenabwehr in Tschechien und Polen, das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen, aber auch die Finalität der EU, die kontrovers diskutiert werden und die viel beschworene deutsch-polnische Interessengemeinschaft auf die Probe stellen. Angesichts latenter Renationalisierungsprozesse auf der politischen Ebene scheint die nicht selten vertretene Auffassung, dass sich die nachbarschaftliche Verkrampfung lösen werde, wenn in beiden Ländern die Europa-Generation das Ruder übernimmt doch etwas voreilig zu sein. Gerade an dieser Stelle setzte ein im April 2008 durchgeführtes Multiplikatorenseminar an, das uns hier als Praxisbeispiel dienen soll.

*Deutschland und Polen im 21. Jahrhundert: Spannungen und ihre Überwindung
Tagung mit deutschen und polnischen MultiplikatorInnen (mehrheitlich Beteiligte an
Städte- und Schulpartnerschaften) im GESW in Vlotho
(10.-12.04.2008) in Kooperation mit dem Deutsch Polnischen Jugendwerk und der
Bundeszentrale für politische Bildung
Lernziel*

In unserem Seminar sollte nachvollzogen werden, wie und warum es auf zwischenstaatlicher Ebene zur Eintrübung der deutsch-polnischen politischen Beziehungen kam. Gleichzeitig wurde die Frage aufgeworfen, ob und wie sich dies auch auf die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ausgewirkt hat. In zwei weiteren Schritten ging es um die politische und gesellschaftliche Bedeutung von Städte- und Schulpartnerschaften, zumal zivilgesellschaftliches Engagement auf beiden Seiten mehr denn je gefragt ist.

Den Teilnehmenden (TN) sollte die Möglichkeit geboten werden, sich über die jüngsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im deutsch-polnischen Verhältnis zu

informieren. Es wurde ein intensiver Informations- und Meinungs austausch im Hinblick auf deutsch-polnische partnerschaftliche Projekte angestrebt. Hierzu dienten zwei Workshopeinheiten, in denen Fragen des interkulturellen Lernens, der adäquaten Organisation binationaler Jugendbegegnungen, der Umgang mit unterschiedlichen Geschichtsbildern und mit auftretenden Konflikten behandelt wurden. Dabei blieb der europäische Zielhorizont ständig präsent. Die deutschen und polnischen TN sollten dazu ermuntert werden, ihre Arbeit im deutsch-polnischen Kontext zu reflektieren, zu modifizieren oder auch neu zu erfinden und umzusetzen. Hierzu wurden während der Workshops und den sich anschließenden Auswertungsrunden zahlreiche Anlässe und Anreize geschaffen.

Aktuelle politische und wirtschaftliche Beziehungen

Ziel dieses Moduls war die Darstellung und Analyse der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, zumal nach den polnischen Parlamentswahlen des Jahres 2008 die Chance bestand, dass sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessern könnten. Allerdings wurde auch dargelegt, dass es auf bilateraler Ebene weiterhin noch offene Fragen gibt, die dringend einer Klärung bedürfen, beispielsweise die umstrittenen Konzeption des *Zentrums gegen Vertreibungen*, unterschiedliche Geschichtspolitiken in Deutschland und Polen, umstrittene *Rückgabeforderungen* der „Preußischen Treuhand“ oder auch die deutsch-polnische Kontroverse um die *Ostsee-Pipeline*.

Die wirtschaftlichen Beziehungen (Handel, Warenaustausch, deutsche Direktinvestitionen in Polen) entwickeln sich hingegen trotz politischer Spannungen weiterhin gut, so dass es weiterhin nachhaltige Perspektiven für deutsch-polnische Kooperationen gibt.

Hinsichtlich der Rolle der EU ergeben sich Konsequenzen aus den kontroversen Positionen sowie den unterschiedlichen Sichtweisen im Hinblick auf die Rolle der EU. Stärkere *Vertiefung* (Deutschland) versus Fortsetzung der *Erweiterung* (Polen). Es stellt sich also erneut die Frage nach der Finalität und dem Ziel der EU. Angesichts stark divergierender politischer Interessen in beiden Staaten sollte in deutsch-polnischen Jugendbegegnungsseminaren deshalb auf die elementare Rolle der EU als Garant des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa abgehoben werden.

Im Hinblick auf die *Umsetzung deutsch-polnischer Jugendbegegnungsseminare* standen zunächst didaktische Fragestellungen interkulturellen Lernens im Vordergrund. Zentrale Themen waren dabei beispielsweise Erwartungshaltungen der Jugendlichen, Umgang mit Fremdem und Fremden, Arbeit in gemischt-nationalen Workshops, moderierende Rolle der Betreuenden, Orientierung auf die Teilnehmenden.

In einem zweiten Schritt wurden elementare Inhalte solcher Seminare behandelt:

Deutsch -polnische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Deutsche und polnische Traumata wie Staatsverlust, Fremdherrschaft, nationale Unterdrückung, wechselnde Opfer- und Täterrolle, Holocaust, Vertreibung).

Schwerpunkte der Spaltung Europas (Kalter Krieg, Wettrüsten, Westen versus Ostblock, Marktwirtschaft versus Planwirtschaft, Diktatur versus Demokratie).

Schwerpunkte europäischer Einigung (EWG, EG, EU als gemeinsamer Wirtschaftsraum und politische Schicksals- und Verantwortungsgemeinschaft, die einer demokratischen Wertestruktur verpflichtet ist und den Frieden in Europa sichern soll).

Zukunft der EU aus Sicht polnischer und deutscher TN (Entwicklung und Ausarbeitung von Zukunftsszenarien im Hinblick auf Technik, Wirtschaft, Bildung, Demographie und soziale Verhältnisse).

Die Rolle partnerschaftlicher Basisinitiativen im internationalen und nationalen Kontext

Um sich der auf zwischenstaatlicher Ebene zur Zeit verlorenen gegangenen Praxis einer deutsch-polnischen Interessengemeinschaft wieder anzunähern, war es sinnvoll, auf die positive Rolle von Basisinitiativen (*Städte- und Schulpartnerschaften*) einzugehen. Ihre Aktivitäten sollten reflektiert, dokumentiert und weiterhin gepflegt werden, denn partnerschaftliche Verständigung setzt bei den Graswurzeln an und erfordert das kontinuierliche und nachhaltige Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger auf den unterschiedlichsten Ebenen. Vorgestellt wurde am Beispiel von Gorzów Wielkopolski – Herford eine gelungene, lebendige Städtepartnerschaft. Neben gemeinsamen Austauschmaßnahmen und Projekten wurde der in deutscher und polnischer Sprache gehaltenen Dokumentarfilm „Friedensglocke“ präsentiert.

Deutsch-polnischer Schulpartnerschaften wurden im Kontext unterschiedlicher politischer Kulturen und Kompetenzen der involvierten Ministerien und Behörden sowie die Rolle des Deutsch Polnischen Jugendwerks (DPJW) erläutert. Probleme ergeben sich zum Beispiel aus der Tatsache, dass das polnische Bildungs- und Schulsystem weitgehend zentralisiert ist, während es in Deutschland föderal gegliedert ist.

Dies hat für die Implementierung gemeinsam erarbeiteter Materialien weitgehende Folgen, weil es hier zu entsprechenden Asymmetrien kommt. Angesichts der großen Zahl deutsch-polnischer Schulpartnerschaften und der Dichte der gemeinsamen Projekte wurde verdeutlicht, dass besonders projektorientierte Schulpartnerschaften mit ihren persönlichen Begegnungen und der Betonung der Gemeinsamkeiten zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen nachhaltig für die Einhegung gegenseitiger Stereotypen und die Erhaltung partnerschaftlicher und freundschaftlicher Beziehungen sorgen können.

Ferner wurde im Hinblick auf die Rolle und Bedeutung der politischen Jugendbildung im nationalen Kontext deutlich, dass bi- oder multinationale Seminare mit europäischen Partnern zu einer erheblichen Erweiterung des Wissens- und Erfahrungshorizonts deutscher Jugendlicher führen. Besonders hinsichtlich der Thematik des Verhältnisses von Mehrheitsgesellschaft zu nationalen und kulturellen Minderheiten und des Umgangs

mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund ergeben sich erhebliche Schnittmengen. Somit sind sowohl thematische als auch didaktische Transfers möglich und erwünscht:

Überwindung von Befangenheit vor dem Fremden

Einhegung von Vorurteilen und Klischees

Erlebte Auseinandersetzung mit anderen Sprachen und Kulturen

Intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und Gegenwart im Spiegel anderer Geschichtsbilder und Gegenwartsdeutungen

Frage nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten mit Jugendlichen aus anderen europäischen Ländern

Anlässe zu zukünftiger partnerschaftlicher Kooperation auf europäischer Ebene und zur Gestaltung gemeinsamer Zukunftsprojekte

Fazit

Die Seminaerauswertung förderte zutage, dass es immer noch einen großen Bedarf an gegenseitigem Informations- und Meinungsaustausch gibt und dass – trotz formaler Angleichungsprozesse und globaler Einstellungen und Moden - weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen polnischen und deutschen Partnern bestehen. Von beide Seiten wurde festgestellt, dass es sicherlich nicht darum gehen könne, diese Unterschied zu nivellieren, vielmehr darum, sie zu kennen und zu respektierten.

Trotz intensiver Kooperation sei es weiterhin notwendig, mehr Empathie zu entwickeln. An ihr mangle es sowohl in der öffentlichen als auch in der veröffentlichten Meinung beider Länder. Das gemeinsame, im GESW durchgeführte Multiplikatorenseminar könne als Modell dazu beigetragen.

Abgehoben wurde schließlich auf die besondere Rolle und Verantwortung der EU, die aufgrund der leidvollen historischen Erfahrungen, einer spürbaren Renationalisierung in der EU sowie einer globalen Wirtschaftskrise für beide Staaten und die Gesellschaften beider Länder weiterhin die Gewähr für ein solidarisches gemeinschaftliches Krisenmanagement biete.

Buchreport

Elżbieta Mańczyńska

Das richtige Maß. Über die richtigen Maßstäbe des Geldes, des Geschäfts und des Lebens

Sag „Genug!“ bevor es zu spät ist!

John C. Bogle: *Enough. True Measures of Money, Business, and Life*. New Jersey 2009.

Obschon das Streben nach einem bilanzierten und ausgeglichenen Leben weit verbreitet und zutiefst menschlich ist, so erleben wir ein solches doch selten. Umso häufiger haben wir es mit Schwierigkeiten zu tun, die aus dem Ungleichgewicht in den unterschiedlichsten Bereichen unseres Lebens, der Wirtschaft und der Politik resultieren.

Das gestörte Gleichgewicht

Ein selbstverständliches Merkmal unserer Gegenwart ist der Zustand eines gestörten Gleichgewichts. Dies ist zugleich ein nur schwer lösbares Problem, das Ökonomen, Soziologen und anderen Wissenschaftlern sowie Politikern und Wirtschaftsführern sehr viel zu schaffen macht.

Dem gestörten Gleichgewicht ist das unlängst in den USA veröffentlichte Buch John C. Bogle's *Enough. True Measures of Money, Business, and Life* gewidmet. Die polnische Übersetzung dieses Werks ist jüngst von der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (PTE) veröffentlicht worden.

In diesem Buch werden außerordentlich treffend und überzeugend Überlegungen zu den Themen Geld, Geschäft und Leben miteinander verknüpft. Das Buch hat somit einen holistischen Charakter. Sein Autor, John C. Bogle, der Gründer des bekannten und trotz der Wirtschaftskrise prosperierenden Investmentfonds *The Vanguard Group* wird von der amerikanischen Zeitschrift *Fortune Magazine* zu den einflussreichsten Persönlichkeiten der Geschäftswelt gezählt. Darüber hinaus bestätigen Stil und Resultate der Aktivitäten von *The Vanguard Group*, dass das Unternehmen seinen Namen in vollem Umfang verdient.

Indem John Bogle eine Sentenz Winstons Churchills paraphrasiert und sich dabei auf die seit 2007 in den USA herrschende und weiterhin wirkende Weltwirtschaftskrise bezieht, stellt er fest, dass noch nie so viel für so wenig bezahlt worden sei. Dabei verweist er auf die Entartungen im Bereich des Finanzwesens, der Kostenrechnung und der Betriebsleitung. Der Autor stellt die bedrohlichen Unregelmäßigkeiten bei der Wirtschaftstätigkeit und ihren Resultaten fest und deckt die unredlichen Aktivitäten der Unternehmen und ihrer Manager auf, die auf der Jagd nach materiellem Profit ihren Kunden schaden. Er weist auf spektakuläre Weise nach, dass es gerade diese Aktivitäten waren, die zur gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise führten. Der Autor formuliert einen

mahnenden Dekalog in Sachen Ungleichgewicht und Unregelmäßigkeiten und der daraus resultierenden Gefahren. Er verdeutlicht, wie zerstörerisch ein gestörtes Gleichgewicht in den verschiedenen Bereichen des Lebens, der Geschäfts- und der Finanzwelt sein kann.

Tab. Unregelmäßigkeiten und Entartungen im Verhältnis zu Geld, Geschäft und Leben (nach J.C. Bogle)

| |
|---|
| GELD |
| <p>1 Zu hohe Kosten – zu wenig Werte (<i>Too much cost, not enough value</i>)</p> <p>2 Zu viel Spekulation – zu wenig Investition (<i>Too much speculation, not enough investment</i>)</p> <p>3 Zu viel Komplexität – zu wenig Einfachheit (<i>Too much complexity, not enough simplicity</i>)</p> |
| GESCHÄFT |
| <p>4 Zu viel Berechnung – zu wenig Vertrauen (<i>Too much counting, not enough trust</i>)</p> <p>5. Zu viel Kommerz – zu wenig Professionalität (<i>Too much business conduct, not enough professional conduct</i>)</p> <p>6 Zu viel Geschäftemacherei - zu wenig Kundenbezogenheit (<i>Too much salesmanship, not enough stewardship</i>)</p> <p>7 Zu viel Management - zu wenig Führung (<i>Too much management, not enough leadership</i>)</p> |
| LEBEN |
| <p>8 Zu starker Fokus auf Dinge – zu wenig Verantwortung (<i>Too much focus on things, not enough focus on commitment</i>)</p> <p>9 Zu viel 21. Jahrhundert – zu wenig Werte aus dem 18. Jahrhundert (<i>Too much emphasis on 21st century values, not enough emphasis on 18th century values</i>)</p> <p>10 Zu viel „Erfolg“ – zu wenig Charakter (<i>Too much “success,” not enough character</i>)</p> |

Quelle: John C. Bogle: Enough. True Measures of Money, Business, and Life. Verlag Wiley, November 2008.

Sicherlich kann man diesen Dekalog der Unregelmäßigkeiten noch erheblich um weitere Mahnungen erweitern, wie z. B.:

- Zu viel Oberflächlichkeit - zu wenig Genauigkeit;
- Zu viel Eile - zu wenig Reflexion;
- Zu viel Destruktion - zu wenig Tradition;
- Zu viel Arroganz - zu wenig Empathie;

Das Buch *Bogles* stellt in erster Linie eine tiefgründige Kritik des Finanzsektors dar sowie der in ihm herrschenden destruktiven Gier und Kurzsichtigkeit. Obschon die in diesem Werk vorgestellten Ansichten und Schlussfolgerungen auf den Erfahrungen der USA basieren, haben sie größtenteils eine globale und allgemein menschliche Dimension. Sie betreffen auch in hohem Maße die polnische Realität. Man kann jedoch nicht ausschließen, dass dieses Buch unwillig aufgenommen oder gar vom Finanzsektor ignoriert wird. Es sollte allerdings berücksichtigt werden, dass der Autor selbst aus diesem Sektor kommt. Er hat ihn während seiner jahrzehntelangen beruflichen Aktivitäten in den USA gründlich kennengelernt, als er auf verschiedenen Unternehmensstufen Managerposten innehatte. Er deckt die Unregelmäßigkeiten in diesem Sektor auf und geht davon aus, dass er damit zu ihrer Beseitigung beitragen kann.

Die Lektüre von *Enough* zwingt zur Reflexion und hilft, die echten „Diamanten des Lebens“ zu finden und sie von den falschen zu unterscheiden. Sie mahnt, dass man bei der bedingungslosen Jagd nach einem häufig illusorischen Gewinn die echten Diamanten liegen lässt oder verliert und zulässt, dass das tödliche und schnell wuchernde Unkraut der Gier und Unehrlichkeit sich in unserem Leben, in unserer Familie und unserem Unternehmen breit macht.

Von einigen der in diesem Buch enthaltenen Wertungen könnte man meinen, dass sie zu sehr aus den Lebens-, Familien- und Berufserfahrungen des Autors resultieren und zu wenig auf ökonomischen Theorien basieren. Trotz der zuweilen recht persönlichen Argumentation ist *Enough* ein Lehrbuch der Ökonomie und zeigt auf spektakuläre Weise auf, wie gefährlich die Konsequenzen sind, wenn man ihre Regeln ignoriert. Eine dieser Konsequenzen ist die aus dem Gleichgewicht geratene Welt.

Es ist gegenwärtig schwierig, eindeutig zu bewerten, welche Veränderungen in der globalen Wirtschaft durch das sich vertiefende Ungleichgewicht hervorgerufen werden können. Obschon global betrachtet viele Anstrengungen unternommen werden, um die Disproportionen und Unregelmäßigkeiten in der Wirtschaft einzudämmen, ist es bisher keinem einzigen Land gelungen, diese Probleme zufriedenstellend und nachhaltig zu lösen. Hier sollte daran erinnert werden, dass die Konzeption des gestörten Gleichgewichts von *Lester C. Thurow* stammt, dem gemäß dieses Ungleichgewicht durch die gleichzeitigen „tektonischen“ Bewegungen von fünf ökonomischen „Platten“, subkutanen Kräften des Wandels ausgelöst werden:

- Dem Untergang des Kommunismus, der die Basis für den unkritischen Glauben an den Neoliberalismus schuf,
- Einer Wirtschaft, die auf intellektuellem Kapital, dem Wissen beruht,
- Der Demografie, dem enormen Bevölkerungswachstum in den ärmsten Ländern, der zunehmenden Mobilität und der Alterung der Gesellschaften,
- Der fortschreitenden Globalisierung und der damit verbundenen zunehmenden Komplexität und Intransparenz der Wirtschaftsbeziehungen,
- Einer Welt ohne dominierende Weltmacht, was darin zum Ausdruck kommt, dass die USA ihre Hegemonie allmählich einbüßen.

Wie *Thurow* betont, geraten die sozioökonomischen Systeme – ähnlich wie die biologischen – in eine Periode des gestörten Gleichgewichts. Mit sich langsam entwickelnden, aber festen Strukturen. Aus dieser Periode gehen sie als stark veränderte Struktur hervor, die erneut anfangen sich zu entwickeln.

Gegenwärtig werden die Ökonomen durch das globale Ungleichgewicht, das durch die enorme Auslandsverschuldung der USA verursacht wurde, besonders beunruhigt. Der Nobelpreisträger *Joseph E. Stiglitz* betont, dass ein solches Wachstumsmodell für die USA nicht aufrecht erhalten werden könne und dass die Zeit der Abrechnung nahe. Nach Stiglitz wird sie kommen, obwohl in den Vereinigten Staaten seit vielen Jahren behauptet wird, dass die Welt dankbar sein sollte, da die USA, indem sie über ihre Verhältnisse lebten, in hohem Maße zum Weltwirtschaftswachstum beitrugen (durch die hohen Sparquoten in Asien, wo Reserven von mehreren hundert Milliarden Dollar gebildet wurden). Dies ändert nichts an der Tatsache, dass in den USA seit vielen Jahren das Ungleichgewicht und die damit verbundenen Probleme wachsen. Die aktuelle Krise beweist dies auf spektakuläre Weise.

Das Ungleichgewicht des sozioökonomischen Systems überträgt sich auf das Weltwirtschaftssystem. Dass die Welt sich in einer Periode des gestörten Gleichgewichts befindet, wird an zahlreichen negativen Phänomenen deutlich, wie zum Beispiel dem zunehmenden Auseinanderdriften von Armut und Reichtum, ganz zu schweigen vom gestörten ökologischen Gleichgewicht. Die Störung der Ökologie erleben wir im Alltag durch den Kontakt mit einer belasteten Umwelt. Die Störung des sozialen Gleichgewichts hat gesellschaftliche Deviationen zur Folge: Kriminalität, Terrorismus und andere bedrohliche Phänomene. Dies alles bewirkt, dass die Lebensqualität erheblich abnimmt. Paradoxerweise betrifft dies auch die meisten reichen Länder, obschon das Bruttoinlandprodukt (BIP), das das Wohlstandsniveau des jeweiligen Landes widerspiegelt, wächst. Der Reichtum schützt nicht vor den negativen Konsequenzen eines gestörten Gleichgewichts. Unter den aktuellen Bedingungen eines außerordentlich massiven Wandels ist das Ungleichgewicht ein dauerhafter Zustand, das Gleichgewicht hingegen eine Übergangsphase. Je schneller das Tempo des Fortschritts und des Wandels, desto schwieriger ist es, ein anhaltendes Gleichgewicht zu realisieren. Wichtig ist allerdings, dass das Ungleichgewicht nicht destruktiv wirkt und nur noch ökonomische und soziale Pathologien hervorbringt.

Eine tief reichende Beeinträchtigung des Gleichgewichts kann dazu führen, dass – wie in den biologischen Systemen – die Umwelt sich verändert und die bisher dominierende „Gattung“ durch eine andere ersetzt wird. Daher kann ein Ungleichgewicht zum Motor sowohl positiver (im Sinne der von *Schumpeter* entwickelten Konzeption der kreativen Zerstörung) als auch negativer Veränderungen werden. Leider kann sie auch zur Quelle einer vernichtenden, nicht kreativen Destruktion mit katastrophalen ökonomischen und sozialen Konsequenzen werden.

Formen des Gleichgewichts

In seinem Werk *Haben oder Sein*, das eine ungewöhnlich genaue Analyse der gegenwärtigen Zivilisation darstellt, konstatiert *Erich Fromm*, dass, wenn die Menschen jemals frei werden und aufhören wollen die Industrie durch ihren pathologischen Konsum zu stärken, ein radikaler Wandel des Wirtschaftssystems nötig sei. Man müsse die gegenwärtige Situation beenden, in der eine gesunde Wirtschaft nur um den Preis der Existenz kranker Menschen funktionieren könne. Gleichzeitig stelle das Gleichgewicht zwischen Haben und Sein aktuell eine immer größere Herausforderung dar, auch für die Ökonomie.

Indem man die These von *John Kenneth Galbraith* über die Ökonomie aufgreift, dass sie nicht zum Ziel habe, ein ideales, endgültiges und unveränderliches System zu schaffen, und sie auf das Gleichgewicht bezieht, lässt sich sagen, dass es niemals einen endgültigen und unveränderlichen Zustand darstellt. Das Gleichgewicht geht nämlich mit der Zeit in einen Zustand des Ungleichgewichts über, was für Entwicklung sorgt.

Das Gleichgewicht ist eine Kategorie mit systemischem Charakter. Zu ihm gehören Anpassungen in verschiedenen Bereichen des sozioökonomischen Lebens, unter besonderer Berücksichtigung des existenziellen Gleichgewichts, dass man als positive Bilanz in verschiedenen Lebensphasen verstehen kann im Hinblick auf Gesundheit, Familie und Beruf. Ein gestörtes Gleichgewicht kann in einem Bereich durch das Gleichgewicht oder die Stabilisierung in einem anderen kompensiert werden. Dagegen kann ein sich verstärkendes und anhaltendes partielles Ungleichgewicht das systemische Gleichgewicht gefährden. Daher kann das Gleichgewicht auch verschiedene Formen annehmen.

- Flaches und tiefes Gleichgewicht
- Progressives und regressives Gleichgewicht
- Konstruktives und destruktives, toxisches Gleichgewicht

Der Prozess zur Erhaltung des Gleichgewichts kann durch einen Assimilationsprozess erfolgen, aber auch durch Akzeptanz des Kontrasts, schließlich auch durch den Abgleich der Tradition mit der Moderne.

Nach *Z. Zaborowski* ist die Konzeption des existenziellen Gleichgewichts neu und *in status nascendi*. Dagegen fehlt es in der Welt sicherlich weiterhin an einer komplexen Konzeption des globalen systemischen Gleichgewichts. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat die Felder des Ungleichgewichts freigelegt, u.a. das Ungleichgewicht zwischen der realen Wirtschaftssphäre und den Finanzen. Die Krise offenbarte auch das Ungleichgewicht zwischen einer kurz- und einer längerfristigen Perspektive sowie der Unangepasstheit der Wirtschaft an die zukünftigen Herausforderungen. Es fehlte an einer Vision, einer Strategie sowie einer futurologischen Analyse. Auf diese und andere Bedrohungen verweist in seinem Buch *John C. Bogle* und kommt zum Ergebnis, dass wir uns in einer Welt befinden, in der zu viele von uns nichts mehr produzieren.

Die Welt der Vermittler

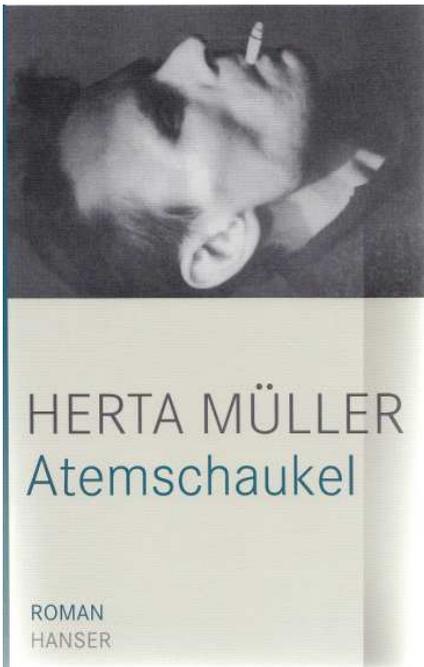
Wir handeln nur mit Papierfetzen, indem wir untereinander Aktien und Obligationen hin- und hertauschen und unseren Finanzcroupiers riesige Vermögen auszahlen. Im Rahmen dieses Trends steigen die Kosten automatisch gleichzeitig mit der Schaffung sehr komplizierter sekundärer Instrumente (Derivate), durch die man gewaltige Risikoarten in das Finanzsystem eingebaut hat. Die Ablösung der Finanzströme von den realen Prozessen stellte an sich schon den Ansatz zur Krise dar. Wie *Bogle* ironisch feststellt, „hat sich Amerika in den letzten beiden Jahrhunderten von einer Agrar- in eine Industrie- und danach in eine Dienstleistungsgesellschaft verwandelt. Allerdings ist es gegenwärtig eine Gesellschaft, die hauptsächlich auf Finanzoperationen beruht. Diese auf Finanzen basierende Wirtschaft schmälert per definitionem die Wertschöpfung der produzierenden Unternehmen.“ (*Bogle: Enough*, S. 29-47) Obwohl der Autor dieser These als Praktiker und Kenner des Finanzsektors – den durch diesen Sektor erwirtschafteten Mehrwert nicht in Frage stellt, so macht er doch gleichzeitig darauf aufmerksam, dass je mehr das Finanzsystem an sich zieht, desto weniger der Investor profitiert, der der elementare „Nährer“ der gegenwärtig existierenden, ungewöhnlich kostenträchtigen auf Finanzinvestitionen beruhenden „Ernährungskette“ ist. Dies deutet auf die Notwendigkeit hin, das Funktionieren des Finanzsektors zu rationalisieren. In seiner aktuellen Gestalt mindert er nämlich die Wertschöpfung, die durch die Gesellschaft erbracht werden könnte. **Sag „Genug“ bevor es zu spät ist!**

Der bekannte Psychologe und Unternehmer *Jacek Santorski* empfiehlt das Buch *Bogles*, indem er hervorhebt, dass der mahnende Dekalog *Bogles* durchaus auf das Privatleben jedes Einzelnen übertragen werden sollte. Man könne es durchaus auf die eigenen Finanzen, die eigene Firma und das eigene Leben beziehen. Man solle „Genug“ sagen, bevor es zu spät sei. Ich schließe mich dieser Empfehlung an, in der Hoffnung, dass die Lektüre *Bogles* dazu beiträgt, das richtige Maß in der Geschäftswelt, in den Unternehmen und im Leben besser zu erkennen und umzusetzen. Das Werk von *John Bogle* sollte jeder lesen, der besser und klüger leben möchte.

Gerhard Schüsselbauer

Mittel-, ost- und südosteuropäische Literatur 2010

Herta Müller, *Atemschaukel*, Carl Hanser Verlag München 2009, 303 S.



„Angst kennt kein Pardon ... Die Dringlichkeit der Gier und Niedertracht des Glücks ist längst eine andere Zeit, wenn auch mein Hirn sich noch auf Schritt und Tritt verführen lässt ... Ich kriegte die fünf gestohlenen Jahre als Verzögerung des Altwerdens vielleicht wieder zurück. Es ist nicht so gekommen, das Abdanken des Fleisches rechnet anders. Es ist innen öde und glitzert draußen im Gesicht als Augenhunger.“

Es glich einer Sensation, als vergangenen Herbst das Nobelpreiskomitee Herta Müller den Literaturnobelpreis und damit die mit Abstand wichtigste und prestigeträchtigste Auszeichnung weltweit zusprach. Aller Augen hatten sich im Vorfeld auf die „üblichen Verdächtigen“ aus der (eindeutig männlich dominierten) Szene gerichtet: Philip Roth, Amos Oz sowie Mario Vargas Llosa, die sich wohl wiederum etwas gedulden müssen. Innerhalb von gut zehn Jahren konnte somit nach Günter Grass (1999) und Elfriede Jelinek (2004) die/der dritte deutschsprachige Schriftsteller/in ausgezeichnet werden. Dies spiegelt sicherlich den Stellenwert der deutschsprachigen Literatur in der Welt

wider.

Die im rumänischen Ort Nitzkydorf (Banat) im Jahr 1953 geborene Autorin durchlitt einen Großteil ihres Lebens das Ceaușescu-Regime und konnte erst 1987 nach Deutschland übersiedeln. Auch ihre früheren Werke *Der König verneigt sich und tötet* und *Der Fuchs war damals schon der Jäger* zeigten die klare, unaufgeregte und doch mit vielen Metaphern gespickte Sprache Herta Müllers. Nun trat ihr Roman *Atemschaukel* einen regelrechten Siegeszug durch die Literaturwelt an. Es handelt sich hier um ein Buch, an das man sich, ähnlich wie bei Imre Kertész *Roman eines Schicksallosen*, noch in späteren Generationen erinnern wird. Ähnlichkeiten bestehen auch in der Thematik, die aufgrund der Erfahrungen mit dem Totalitarismus an die Grundfesten der menschlichen Existenz rühren. Die Banater Schwäbin Herta Müller gibt damit ihrem aus Hermannstadt stammenden und 2006 verstorbenen Kollegen, Lyriker und Georg-Büchner-Preisträger Oskar Pastior eine einzigartige Stimme, der ihr das Schicksal seiner Verschleppung mündlich überliefert hatte.

Atemschaukel erzählt die Geschichte eines jungen 17-jährigen schwulen Mannes, der am Ende des Zweiten Weltkrieges in ein russisches Arbeitslager deportiert wird und dort fünf Jahre seines jungen Lebens verbringen muss. Die Deportation erzeugen Angst und Schamgefühle gleichermaßen. An die mitgenommenen Gegenstände erinnert sich der Protagonist noch 60 Jahre später mit äußerster Präzision, sie sind seine „Nachkoffersachen. Seit der Heimkehr aus dem Lager ist die schlaflose Nacht ein

Koffer aus schwarzer Haut“. Die Heimsuchung der Gegenstände, Gerüche und Erinnerungen – das ist die *Atemschaukel* – Alptraum und beruhigende Auseinandersetzung mit dem Selbst und dem Durchlebten gleichermaßen. Das Lagerleben oszilliert zwischen der Atemschaukel, der Herzschaukel und dem Hungerengel. Besonders er war stets allgegenwärtig, er war „Zauber und Qual. Sogar der Wind fütterte den Hunger, er webte sichtbares Essen, überhaupt nicht abstrakt.“ Aber gewonnen hat um den Preis des Verlustes der Jugend die Herzschaukel.

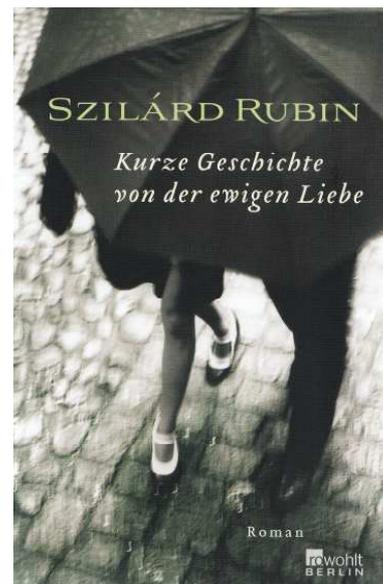
Herta Müllers außergewöhnliche literarische Leistung besteht darin, frei von Anklage ein Leben an der Grenze, den permanenten Existenzkampf, die nackte, kalte Wahrheit und Wahrhaftigkeit und den unabänderlichen Lauf der Dinge in eine literarische Schale zu gießen, aus der der bittere Geschmack des Hungers, der Todesnähe, aber auch des ungebrochenen Lebenswillens und Mitgefühls entströmt. „Seit meiner Heimkehr hat jedes Gefühl an jedem Tag seinen eigenen Hunger und stellt Ansprüche der Erwidern, die ich nicht bringe. An mich darf sich niemand mehr klammern. Ich bin vom Hunger belehrt und aus Demut unerreichbar, nicht aus Stolz.“

Szilárd Rubin, *Kurze Geschichte von der ewigen Liebe*, Rowohlt Verlag Berlin 2009, 221 S.

„Ich ritt auf einer unermesslichen Woge von reich sein, gütig sein und verzeihen wollen, mein Herz barst vor Zärtlichkeit IHR und der Welt und den darin waltenden Mächten gegenüber, die seit Kindertagen mein Schicksal lenkten. Alles, was mir je zugestoßen war, kam mir gut vor, alles, was ich mir je gewünscht hatte, schien in Erfüllung zu gehen.“

Die Wiederentdeckung von Liebesromanen aus Ungarn ist in den letzten Jahren in Mode gekommen. Die Romane von Sándor Márai (geboren 1900, gestorben 1989) sowie anderen ungarischen Schriftstellern erlebten eine regelrechte Renaissance. Nun veröffentlicht der Rowohlt Verlag Berlin Szilárd Rubins bereits 1963 verfassten Roman *Kurze Geschichte von der ewigen Liebe*. Der ungarische Originaltitel *Csirkejáték* ist eine Anspielung auf das amerikanische Spiel *Chicken Game* aus den 1940er Jahren, bei der derjenige gewinnt, der sich am längsten traut, bei einem heranrasenden Zug auf den Schienen zu bleiben. In der poststalinistischen Periode der 1960er Jahre passte der ideologiefreie Ton des Romans mit seinen sozialismuskritischen Anspielungen nicht in die Zeit und fand daher keine Beachtung. Nicht einmal auf der ungarischen Wikipedia-Website finden sich heute Eintragungen zu Szilárd Rubin. Dabei handelt es sich um einen völlig zu Unrecht vergessenen Schriftsteller, der 1927 geboren wurde und in Budapest lebt.

Der junge Romanheld Attila, ein erfolgloser ungarischer Staatschriftsteller, ist getrieben einerseits von der (naiven) Suche nach der zeitlosen Liebe, andererseits gefangen in seiner Besessenheit, nicht loslassen zu können von der unglücklichen



Liebesbeziehung zu Orsolya. Beide heiraten aus Verzweiflung, nur um sich in der Hochzeitsnacht wieder zu trennen. Über ihren „ausgebluteten Herzen wölbte sich nur noch der Himmel [ihrer] Kindheit, der nicht zuließ, dass [sie] ihm entwachsen.“ Ihre Liebe ist aber auch das Muster des gesellschaftlichen Morasts, während die strengen Konventionen die Beziehung gleichsam auffressen. Wie Kaspar Hauser irrt Attila ziel- und rastlos durch Ungarns Provinz und wird „nie erfahren, wer er war, auch er wird sein Antlitz im spiegelnden Kutschenfenster mit quälender Neugier betrachtet haben.“ Seine Zuversicht in eine andere, in eine unbeschwertere Zukunft, abseits von Krieg und stalinistischer Unterdrückung war längst verflogen. Zeit seines Lebens wird Attila getrieben von der Suche nach der „wahren Liebe“. Er stellt sie sich vor „wie eine mit künstlerischer Vollendung gerauchte Meerschampfeife, die ihren echten Wert und ihren Geschmack erst durch langen Gebrauch erlangt.“ Doch dazu bleibt in seinem Leben nicht die Zeit. Die „Hoffnung jenseits der Hoffnung“ kann sich nicht erfüllen. So wie seine Bekannte Hédi stürzt sich auch seine Geliebte Orsolya in eine „Vernunftfehe“. Die bürgerliche, deutsch-ungarische Abstammung Orsolyas wird ihr nach Ende des Zweiten Weltkriegs zum Verhängnis. Die neuen Machtverhältnisse unter den Kommunisten bieten den zwei Liebenden keinen Ausweg. Orsolya, die Attila „für den Sternenglanz [seiner] Jugend gehalten hatte, war nichts weiter als ein Blindenhund.“ Attila selbst hatte sein „Leben auf eine nicht wiedergutzumachende Weise“ verfehlt. So nimmt es nicht wunder, dass er wegen seiner Besessenheit großes Leid auf sich nimmt. Aber dieses Leid bringt ihn zu der Erkenntnis, dass nicht alles verfehlt ist, und macht ihn zu etwas Besonderem. Seine Läuterung und die Überwindung seiner Besessenheit speisen sich aus der Gewissheit, dass es Erinnerungspunkte in seinem Leben gibt, die nicht von seiner Liebe zu Orsolya dominiert sind.

Rubins *Kurze Geschichte der ewigen Liebe*, ein Kleinod der europäischen Literatur, könnte zweifellos als Drehbuchvorlage für die sublimer Liebesdramen, ganz in der Tradition François Truffauts oder Éric Rohmers dienen. Gerade die Zeitlosigkeit der zwischenmenschlichen Beziehungsgeflechte wird hier in einer reinen, unverfälschten Prosa erzählt.

Radka Denemarková, *Ein herrlicher Flecken Erde*, Deutsche Verlags-Anstalt München 2009, 294 S.

„Es ist nicht die Geschichte, die zu Ende geht, sondern unser Vorrat an passenden Wörtern. Sicher, Wörter können viel Übles anrichten. Verhindern können sie nichts.“

Radka Denemarková, geboren ausgerechnet im Jahr des Prager Frühlings 1968, gilt zu Recht als eines der hoffnungsvollsten Talente der tschechischen Gegenwartsliteratur. Ihr Roman *Ein herrlicher Flecken Erde* (Originaltitel „Peníze od Hitlera“, zu deutsch „Geld von Hilter“) wurde mit dem wichtigsten Literaturpreis Tschechiens, dem Magnesia Litera, ausgezeichnet. Ihr Roman erregte einiges Aufsehen in ihrem Land, in dem Präsident und Parlament an den Beneš-Dekreten festhalten, obwohl diese keine völkerrechtliche Wirkung mehr entfalten. Deutsch-jüdische Herkunft, Deportation, Vertreibung, Enteignung und Flucht sowie schmerzhaft Rückkehr im neuen Jahrtausend sind die zentralen Themen des Romans und legen damit den Finger in die keineswegs verheilten Wunden in Mitteleuropa.

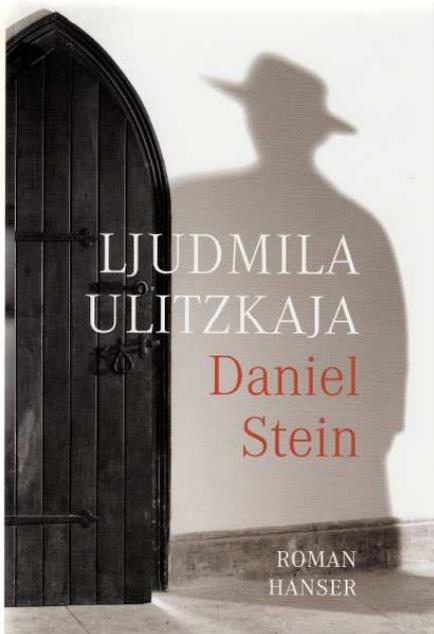
Gita Lauschmannová, die 1929 geborene Protagonistin des Romans, kehrt als mittlerweile 76-jährige Ärztin aus Prag in ihr Heimatdorf Puklice in Böhmen zurück. Als 16-jähriges Mädchen hat sie Auschwitz überlebt, doch nie eine wirkliche neue Heimat in der kommunistischen ČSSR oder der demokratischen Tschechischen Republik gefunden. Im Jahr 1945 ist ihre Rückkehr in ihr Dorf nur von kurzer Dauer, sie wird vertrieben. Ihr deutschstämmiger Name ist für sie „nur ein Haufen von Lauten“, als Kind wurde sie als deutsche „Faschistengöre“ beschimpft und von den Dorfbewohnern als „Deutschböhmin“ abgestempelt. Als ihre Eltern, die fälschlicherweise der Kollaboration beschuldigt worden waren, deren Vermögen 1945 konfisziert worden war und die den Holocaust nicht überlebt hatten, 60 Jahre später rehabilitiert wurden, unternimmt Gita einen letzten verzweifelten Versuch einer Annäherung an ihre Heimat, diesen „herrlichen Flecken Erde“. Sie sieht sich allerdings unüberwindlichen Anfeindungen gegenüber, die auch fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus alles andere als verschwunden sind. Nicht das System ist böse, sondern die Menschen sind es.

Gita fühlt sich zeit ihres Lebens ihrem Schicksal ausgeliefert, versucht dennoch ihre innere Haltung zu wahren allen Anfeindungen ihrer Landsleute zum Trotz. Mit großer Bitterkeit erkennt sie, dass kein Verzeihen möglich ist, da auch das Verzeihen keine Wunden heilen kann. Der Ich-Erzählton nimmt dabei zeitweilig hektische, sarkastische sowie aussichtslose und kalte Züge an. Ihre Rückkehr wird nicht zu erhofften Läuterung und Wiedergutmachung, sondern zum Martyrium. „An einem Ufer sitzen Gott, Teufel, Tod und Schicksal nebeneinander, gelangweilt hingelümmelt, jeder mit einer Angel in der Hand. Gelassen sitzen sie da und plauschen mit der Trägheit tausendjähriger Fischer. An riesigen Haken ziehen sie ihre Beute heraus. Menschliche Wesen. Bevor sie den



Fang hinter sich werfen, ihren ungeduldigen Dienstknechten zu, vergleichen sie die Größe untereinander.“

Ljudmila Ulitzkaja, *Daniel Stein*, Carl Hanser Verlag München 2009, 494 S.



„Ich hatte übernatürlich Gutes erfahren und als Wunder erlebt. Nun empfand ich das Böse, das hier geschah, als übernatürlich, als etwas, das der Weltordnung zuwiderlief. Ich hatte das quälende Gefühl, dass hier die höchsten Gesetze des Lebens wurden.“

Ljudmila Ulitzkaja, 1943 in Moskau geboren und Autorin des international viel beachteten und in etliche Sprachen übersetzten Romans *Medea und ihre Kinder*, hat sich in ihrem neuen Roman *Daniel Stein* keines heikleren Themas angenommen als der großen Tragödie des 20. Jahrhunderts. Sie beschreibt darin die (wahre) Lebensgeschichte Oswald Rufeisens, allerdings ohne einen rein biographischen Roman abzuliefern. Vielmehr geht es ihr bei *Daniel Stein* um die große Sinnfrage angesichts der Geschehnisse während des Zweiten Weltkriegs. Sie stellt dem Theodizeeproblem, der Frage nach Gott und seiner Rechtfertigung und Sinnhaftigkeit angesichts des Unbeschreiblichen den lebensbejahenden Entwurf eines realen Menschen gegenüber, der trotz des Grauens an seinem Glauben

festhält, diesen sogar weiterträgt. Ulitzkaja könnte dabei leicht der Versuchung erliegen, allzu missionarisch oder gar frömmlicherisch zu wirken, ihr geht es jedoch darum, eher der fiktionalen „literarischen Wahrhaftigkeit zu folgen als der historischen Wahrheit“. So kann sie als glaubwürdige Brückenbauerin zwischen den Welten wirken.

Daniel Stein ist ein polnischer Jude, ein Paradebeispiel eines Mannes, der die „Ideen der jüdischen Denker in der europäischen Welt“ verfolgt, jedoch sehr schnell erkennt, „dass Antisemitismus und kulturelles und intellektuelles Niveau in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zueinander stehen.“ Sein Lebenslauf weist in mehrfacher Hinsicht höchst ambivalente Züge auf. Er arbeitet während des Zweiten Weltkrieges als Dolmetscher für die Gestapo, schließt sich den Partisanen an, wird für den sowjetischen Geheimdienst NKWD tätig, rettet auf abenteuerliche Weise 300 Juden aus dem Ghetto das Leben und emigriert nach Kriegsende in den neu gegründeten Staat Israel. Dort lässt er sich taufen und wirkt als jüdisch-katholischer Christ bis zu seinem tragischen fiktionalen Tod. Er gründet eine vom Vatikan nicht tolerierte urkirchliche Gemeinde. Sein Saulus-Paulus-Erlebnis beruht auf der Erkenntnis, dass der „mit den Juden leidende Gott [s]ein Gott war.“

Aus verschiedenen Fragmenten, Briefen, Tagebucheinträgen und anderen Aufzeichnungen setzt Ulitzkaja eine Collage eines Mannes zusammen, die eine Antwort geben will, warum es Menschen geben kann, die trotz des Erlebten ein inneres Gleichgewicht bewahren können und menschliche Werte weiterzugeben vermögen. So trägt denn Ulitzkajas Roman neben theologischen auch starke, zeitlos gültige

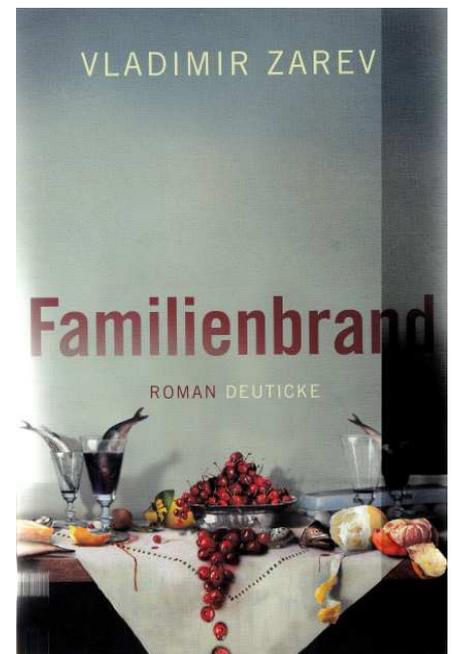
humanistische Züge und rückt die Liebe des Menschen zum Mitmenschen in den Mittelpunkt. Der Anspruch ihres Protagonisten *Daniel Stein* ist so alt wie die Aufklärung und doch so hochaktuell wie die gegenwärtige Diskussion um die schwierige Aussöhnung zwischen Christentum, Judentum und Islam. Israel, das ihn als „Helden des Krieges“ einst willkommen hieß, wird für ihn zur ungeliebten Heimat, denn zu sehr wird „[s]ein Christentum zum Stein des Anstoßes“ im Land, in dem es nur sehr schwer Platz für drei Religionen zu geben scheint. *Daniel Steins* Leben und Wirken sollen dazu beitragen, die „blutende Wunde“ zu heilen. Ljudmila Ulitzkaja setzt diesem christlich-humanistischen Lebensideal ein literarisches Denkmal.

Vladimir Zarev, *Familienbrand*, Carl Hanser Verlag München 2009, 768 S.

„Die Weltschevs versammelten sich immer seitlich des Altars, unter dem Bogen der Apsis. Sie wirkten zusammengehörig wie eine Skulpturengruppe. Ganz vorn stand die alte Petruniza und flüsterte etwas vor sich hin. Hinter ihr ... vermischten sich die aufgestaute Aggressivität Jordans, das nachdenkliche Profil Ilijas, das ironische Lächeln Christos und die engelhaftige Schönheit Pantos.“

Mit seinem Roman *Verfall* erregte Vladimir Zarev vor wenigen Jahren größeres Aufsehen, denn lange hatte man auf den großen postsozialistischen Nachwenderoman gewartet. Zarev konnte die Erwartungen erfüllen. Er ist kein Neuling in Bulgarien, veröffentlichte bislang zehn Romane und landete allerdings erst mit *Verfall* den großen Coup, zumal er damit zum literarischen Star in Bulgarien avancierte. Dabei geht es Zarev keineswegs um eine nostalgische Verklärung der sozialistischen Vorwendezeit, sondern um ein differenziertes und stilsicher gezeichnetes Bild äußerst unterschiedlicher menschlicher Schicksale. Moral, Macht, Menschen – Geld, Gesetze, Gier – Leidenschaft, Lügen, Leere – Sehnsucht, Sex, Seele – Verlassenheit, Verlorensein, Verfall. Diese Facetten ergeben einen Mix des Wertenniedergangs, der sich auch in seinem neuen Roman *Familienbrand* widerspiegelt. Zarev greift diesmal die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg auf und entwirft anhand der Familienchronik der Weltschevs ein Panoptikum des Aufstiegs und des Niedergangs sowie der Sklerose, die das gesamte 20. Jahrhundert durchziehen wird. Der Roman wurde bereits vor über 30 Jahren veröffentlicht, interessanterweise etwa zur selben Zeit, als die großen Romane Gabriel García Márquez' *Hundert Jahre Einsamkeit* und *Der Herbst des Patriarchen* Furore zu machen begannen. Der vitale und überbordende Sprachstil erinnert in dieser Hinsicht an den magischen Realismus Marquez'. Zarev legt einen großartigen europäischen Gesellschaftsroman vor, dem es nicht an bildhaften Anspielungen und wortgewaltigen Metaphern mangelt.

Nur aus dem Tod der Familienoberhauptes der Weltschevs, der „Rückkehr ins Nichtsein“ kann der „ungewöhnlichen Individualität [aber auch der Einsamkeit der



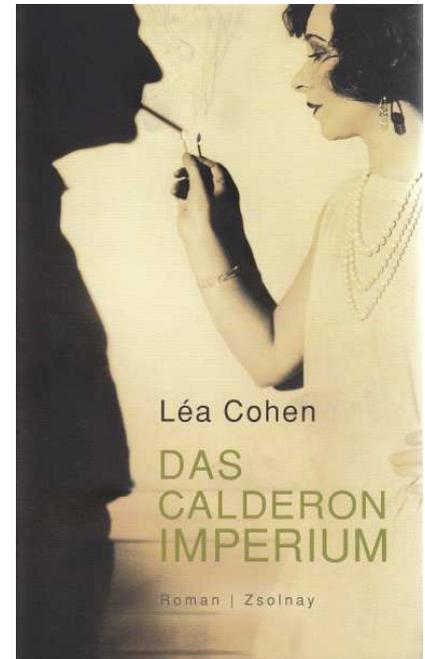
Familienmitglieder] zur Geburt verholfen werden.“ Die Weltschevs werden so zum Paradigma der untergehenden bulgarischen Familiendynastien und damit der bürgerlichen Kultur in Bulgarien. Die Witwe Petruniza Weltshev lebt mit ihren vier Söhnen und der Tochter Jonka im wenig aufregenden Donaustädtchen Widin im Nordwesten Bulgariens. „Schattenhafte Gestalten“ leben in „neobarocken Häusern“, „zerbröselt“ zeigt sich in Widin „der Herbsthimmel von den Dächern“, ein Ort am großen Fluss, „träge, mit der Farbe unraffinierten Öls, unberührbar in seiner Ewigkeit, seltsam verlassen auf einmal, seltsam tot und entfremdet.“ Auch die Donau ist eine Protagonistin in Zarevs Familienepos. Es wechseln sich die Kriege ab, auf den Balkankrieg folgt der Erste, dann der Zweite Weltkrieg und dann der Krieg der kommunistischen Ideologie gegen den Freiheitswillen des Menschen. Es ist eine „aus den Fugen geratene und korrupte Epoche“. Nur die einzige Tochter Jonka hat „das Auge einer geborenen Seherin“ und erhascht „den Sinn des Bevorstehenden und seine Schicksalhaftigkeit“. Der stets zornige Jordan will zeit seines Lebens eine Kirche bauen, doch es wird eine Raststätte für Gestrandete und Gefallene. Der Sozialist Christo wird zum Gegenteil seines Bruders Ilija, der als Fabrikant seine Arbeiter gnadenlos ausbeutet. Sein Sohn sieht sich als „reicher Erbe zweier nationaler Katastrophen und einer Porzellanfabrik, letzter Mohikaner des nationalen Überlebensinstinktes einer sterbenden Nation.“ Schließlich ist da noch Petrunizas Sohn Panto, der als Bankier die Gunst der Stunde nutzt und eine steile Karriere macht. Nach dem Untergang des bürgerlich-feudalen Zeitalters und den verheerenden Kriegen liegt es nun an Jonkas Sohn Assen, mit der „hungrigen Wachheit der Sinne“ versehen, das klassenlose, das „neue“ Leben zu predigen. Doch Jonka wusste schon lange vorher, dass es nur ein ungeteiltes Leben geben kann, „jede Veränderung nur Teil der in es eingewebten Trauer“ ist, „dass nichts bleibt“, dass es niemals eine Rückkehr, eine Wiederkehr des Verlorenen gibt. „Der Kommunismus ist so wahr, dass er schon langweilig ist. Er rechnet nicht mit der Vielfalt, *dem Streben nach Vielfalt* in der Natur und den Spiegelungsversuchen des menschlichen Bewusstseins. Er ist die Diktatur des Lichts über die Zwischentöne.“ So musste der absolute Wahrheitsanspruch der kommunistischen Ideologie zwangsläufig in die Lüge münden. Für nostalgische Verklärungen weder der feudalen Bourgeoisie noch der kommunistischen Pseudo-Einklassengesellschaft ist in Zarevs *Familienbrand* kein Platz.

Léa Cohen, Das Calderon Imperium, Paul Zsolnay Verlag Wien 2010, 382 S.

„Als Motiv hätte selbst das gewaltige Vermögen von ALTERNUS nicht ausgereicht, um uns diesem Abenteuer auszusetzen. Wir haben es nur zum Auslöser genommen, Geheimnissen unseres eigenen Lebens auf die Spur zu kommen, die voreinander zuzugeben wir uns wohl nicht getraut oder einfach geschämt hätten.“

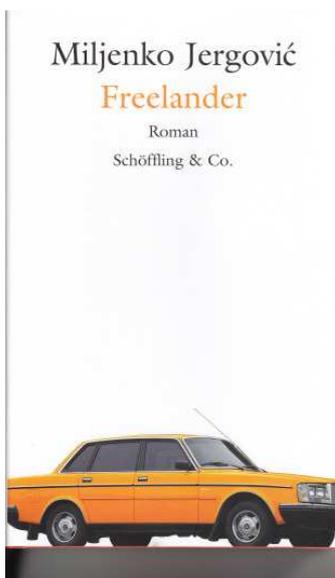
Das Calderon Imperium ist nur auf den ersten Blick ein Agentenroman, verwoben mit einer tragischen Liebesgeschichte. Léa Cohens Roman ist vielmehr ein vielschichtiges, subtiles Konstrukt einer wahren Begebenheit, die die Zeitgeschichte Bulgariens ab dem Zweiten Weltkrieg widerspiegelt. Die reiche bourgeoise Fabrikantenfamilie Calderon soll während des Zweiten Weltkriegs erst von den Faschisten vereinnahmt und später von den Kommunisten, die 1944 die Macht übernommen hatten, zwangsenteignet werden. Durch unternehmerisches Geschick gelingt es Jules Calderon mit Hilfe seines Prokuristen Nuschkov das Vermögen außer Landes zu schaffen und die Spuren weitgehend zu verwischen. Vier Männer erhalten gleichberechtigt Zugang zu den Vollmachten und Chiffren. Über Jahre hinweg entwickelt sich nun eine Jagd nach den Calderon-Millionen. Der bulgarische Geheimdienst und die Stasi gründen das „Goldene Netz“ und operieren sowohl hinter als auch vor dem Eisernen Vorhang. Doch für Léa Cohen ist die Hatz nach dem Vermögen nur das Gerippe des Romans. Den roten Faden bildet vielmehr das Leben von jungen Menschen, die in die Fänge von Geheimdiensten, Falschinformationen und staatlicher Unterdrückung geraten und so zwangsläufig ungewollt ihr Leben auf dramatische Weise ändern (müssen). Damit greift Léa Cohen ein zentrales Thema der Literatur des 20. Jahrhunderts auf: den Kampf des Individuums gegen fremde, manchmal diffuse, manchmal äußerst konkrete Mächte und die Bedeutung der Freiheit des Menschen gegen totalitäre Willkür.

Die drei Jugendfreundinnen Eva, Lora und Lisa leben ein unbeschwertes Leben im Bulgarien der 1940er Jahre, bis die Ära des Bürgertums jäh endet, sich die Ereignisse überschlagen und erst nach dem Zusammenbruch des Kommunismus beruhigen. Eva ist die Tochter des Calderon-Anwalts Teodor Calderon und verbringt die Jahre der kommunistischen Diktatur als Psychotherapeutin in Sofia. Lora emigriert früh nach Palästina ins neu gegründete Israel, während die Calderon-Tochter Lisa aus dem kommunistischen Bulgarien flieht und als international gefeierte Pianistin Karriere macht. Jeder dieser Frauen ist eines der vier Erzählpfeiler gewidmet. Das letzte Kapitel ist dem „Beau“ Viktor, Sohn des Prokuristen Nuschkov, vorbehalten, der zum schicksalhaften Liebhaber von Eva und Lora und durch seine Geheimdienstaktivitäten zum tragischen Bösewicht wird. So finden sich die Schicksalsfäden der drei Frauen in den Händen von Männern der Staatsmacht, die ihrerseits selbst manipuliert wurden, wieder. Diese Macht ist wie ein „dämonischer Kuss“, „wie ein Gelöbnis, mit dem man den Bund besiegelte“. Viktors „Preis kleiner Freiheiten in Zeiten großer Unfreiheiten ist oft die eigene moralische Integrität und Anständigkeit“. Während die drei Frauen sich



von den Enttäuschungen emanzipieren, verfällt Viktor dem zusehends sinnlosen Trott eines Ex-Spions nach dem Ende des Kalten Krieg und zahlt dafür einen hohen Preis. Und während sich die Lebensbahnen Evas, Loras und Lisas so unterschiedlich entwickeln, schlummert im Verborgenen das *Calderon Imperium* seinen Dornröschenschlaf über die Jahrzehnte hinweg. Eva spürt die beiden Jugendfreundinnen auf und gemeinsam kommen sie dem Geheimnis des Konsortiums ALTERNUS auf die Spur, das den Schlüssel zum Vermögen bietet. Doch nicht das Geld steht im Vordergrund, sondern die Bekämpfung der umtriebigen, auch nach dem Zusammenbruch des Totalitarismus wirkenden Mächte. Léa Cohen, die nach der Wende in einigen europäischen Ländern Botschafterin Bulgariens war, ist mit ihrem Roman ein fein gesponnenes, kriminalistisches und durchaus auch systemkritisches literarisches Werk gelungen.

Miljenko Jergović, *Freelander*, Schöffling & Co. Verlagesbuchhandlung GmbH Frankfurt am Main 2010, 231 S.



„... ein *Freelander*, ein Staatenloser in statu nascendi, einen, den es nicht mehr geben wird, ein Mann aus einem freien Land, ein Landstreicher ohne gültige Papiere, einer ohne Wurzeln ...“

Freelander ist ein fulminanter Road-Roman des 1966 in Sarajewo geborenen und nun in Zagreb lebenden Schriftstellers Miljenko Jergović. Hierzulande ist Jergović kein Unbekannter mehr. Vor zwei Jahren erschien der großartig konstruierte Roman *Das Walnusshaus*. Jergovićs außerordentliche Leistung bestand darin, keinen eindimensionalen Familienroman zu entwickeln, sondern kraft seiner Fantasie und erzählerischen Gabe ein vielschichtiges Panoptikum des Zerfalls seiner Heimat über den Zeitraum des gesamten 20. Jahrhunderts hinweg auszubreiten.

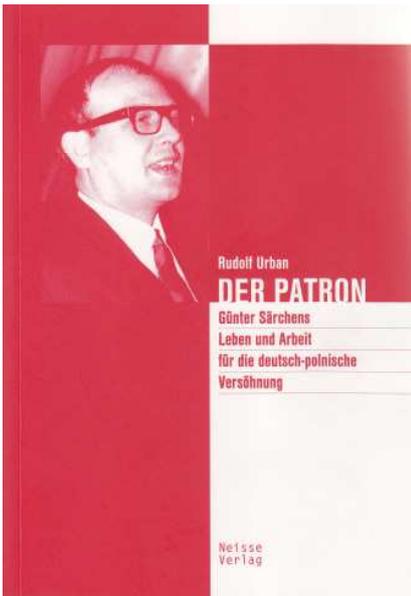
Nun kehrt Jergović in *Freelander* zu seiner ökonomischen Sprache zurück. Sparsam eingesetzt und Überbordendes vermeidend erzählt

Freelander die Geschichte des pensionierten Gymnasialprofessors Karlo Adum, der sich auf den Weg macht von Zagreb nach Sarajevo, um einer Testamentseröffnung beizuwohnen. Es ist dies gleichsam die gewaltsame Hinterlassenschaft der jüngsten Zeitgeschichte Ex-Jugoslawiens. Die Reise gleicht dem „Widerhall einer leeren, weiten Welt“, Vorurteile sind an der Tagesordnung, gerade Adum ist alles andere als frei davon. Vor „zweiundfünfzig Jahren, als er mit Mama Cica aus Bosnien floh und sich etwas später darüber klar wurde, dass er nie mehr in dieses Land zurückkehren, sondern es verschweigen würde im eigenen Namen, im vertuschten Geburtsort, im Akzent, der wie Krätze ausbricht und sich auf keine Weise verstecken lässt.“ Doch Adum trägt auch zeit seines Lebens die Last der Schuld am Tod eines bosniakischen Schulkameraden während des Zweiten Weltkriegs. So brechen nach seinem eintönigen Leben in einem Plattenbau in Zagreb während der räumlichen Annäherung an Sarajevo alte Wunden

wieder auf. Nichts bleibt ungesühnt, nichts vergeben, nichts ohne Konsequenzen, nichts ohne Nachtmahr, nichts ohne Vorurteile. Es ist der ewig wiederkehrende Circulus Vitiosus, die Erkenntnis, dass es „ohne Niederlage kein Opfer“ gibt, die Adum bis zum tödlichen Untergang heimsuchen.

Miljenko Jergović lässt in *Freelander* kein gutes Haar an seiner Heimat, denn die kroatische „Identität ist vor allem die von Zimmermädchen und Empfangschefs, im historischen Sinn sind wir Kellner, die nur auf ein gutes Trinkgeld aus sind, und dafür [...] haben wir sogar drei Wörter: trinkgelt, bakschisch und napojnica, und wir haben auch unseren Staat immer nur als Trinkgeld bekommen, zuerst von Hitler und dann auf noch groteskere Weise von Franjo Tuđman.“ Jergović enthüllt all die Widersprüche und Ressentiments des untergegangenen Jugoslawien. Für ihn ist der Krieg in den Köpfen und Herzen der Menschen auf dem Balkan immer noch nicht zu Ende. So verwundert es nicht, dass Jergović in Kroatien als Nestbeschmutzer gilt und sich immer wieder Anfeindungen gegenüber sieht.

Rezensionen

Rudolf Urban, Der Patron. Günter Särchens Leben und Arbeit für die deutsch-polnische Versöhnung. Neisse Verlag. Dresden 2008. 294 S.

Es ist bezeichnend, dass das erste Lebensbild des Magdeburger Pioniers deutsch-polnischer Versöhnung, Leiter einer kirchlichen Arbeitsstelle für pastorale Hilfsmittel, von einem polnischen Autor verfasst wurde, fand doch *Särchen* mit seiner Polenarbeit diesseits der Oder bislang nur geringe Aufmerksamkeit. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass nun aus der Feder eines polnischen Germanisten und Historikers eine das gesamte Leben von *Günter Särchen* umfassende Biografie vorliegt. Sie entstand als Dissertation am Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław, dessen Leiter *Krzysztof Ruchniewicz* dem Band denn auch ein Geleitwort voranstellt.

Rudolf Urban hat im Unterschied zum Rezensenten den 2004 verstorbenen Magdeburger Laien im kirchlich-katholischen Dienst nicht persönlich gekannt. Er stützt seine Arbeit vor allem auf *Särchens* umfangreiches Privatarchiv. Zudem beruft er sich auf Interviews mit dessen Familienangehörigen und Weggefährten.

Der Autor sieht *Särchens* späteres Engagement für die deutsch-polnische Versöhnung in seiner deutsch-sorbischer Herkunft sowie in den Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft grundgelegt. Letztere waren für den damals Achtzehnjährigen äußerst prägend, führten sie ihm doch die Verbrechen des Krieges eindrucksvoll vor Augen und weckten in ihm den Willen, seine Kraft für ein anderes Deutschland einzusetzen. Urban zeigt auf über 100 Seiten, wie *Särchen* auf manchen Umwegen und im Rückblick doch zielstrebig Anfang der 1960er Jahre seine Lebensaufgabe in der DDR im Einsatz für die deutsch-polnische Versöhnung fand.

Die Zeit dazu war noch nicht reif, als *Särchen* mit dem Antritt seiner ersten kirchlichen Tätigkeit als Diözesanjugendhelfer in der Grenzstadt Görlitz Polen unmittelbar nahe war. Dort erlebte er den Abschluss des Görlitzer Vertrages, den er in einem seiner zahlreichen lyrischen Texte wie folgt kommentierte: Zu eigenem Nutzen / Wird hier das Leid / Verdrängt / Verschwiegen / Als wäre alles gelöst / Durch Unterschriften. (S. 77) Aus diesen Zeilen spricht eine Ahnung, dass anderes und mehr gefordert war, damit Deutsche und Polen friedlich und versöhnt zu einander finden.

Es sind oftmals bestimmte Umstände, die wir „Zufälle“ nennen, die unserem Leben die entscheidende Richtung geben. Das hat auch *Särchen* an sich erfahren. Das erste Signal für sein künftiges Polenengagement empfing er von Professor *Stanisław Stomma*, der ihm in späteren Jahren freundschaftlich verbunden war. Dieser hatte 1958 in den westdeutschen „Dokumenten“ einen Beitrag veröffentlicht, der *Särchen* in die Hände fiel und in dem *Stomma* eine Neugestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses auf „moralischer Grundlage“ angeregt und dazu vor allem die Katholiken aufgerufen hatte.

(S. 107) Ebenso zufällig stieß er ein Jahr danach auf ein „Faltblatt“ der von Präses *Lothar Kreyssig* gegründeten *Aktion Sühnezeichen*. (S. 119) 1960 kam es dann zwischen *Kreyssig* und *Särchen* zu einer persönlichen Begegnung, allerdings nicht so unkonkret im „Magdeburger Dom“, wie *Urban* schreibt, sondern – höchst eindrucksvoll – vor Barlachs dortigem Antikriegsdenkmal, vor dem sich für *Särchen* sein Auftrag zur Sühne und Versöhnung endgültig klärte.

Mit welcher Entschiedenheit *Särchen* sein Polenengagement in Angriff nahm – Glockenspende, Sühnefahrten in die ehemalige Konzentrationslager Auschwitz, Majdanek und Groß-Rosen, seine Bildungsarbeit in den jährlichen Polenseminaren, der Versand von Literatur, die Erstellung von rund 50 Polenheften – all das wird vom Autor auf 100 Seiten ausführlich beschrieben. Dabei standen seine Aktivitäten im Widerspruch zur kirchenpolitischen Linie einer gesellschaftlichen Abstinenz und wurden daher von seiner Kirche als zu konfliktträchtig eingeschätzt. Und staatliche Stellen sahen ohnehin in *Särchens* Polenkontakten eine sich ihrer Kontrolle entziehende illegale Tätigkeit. Indem *Särchen* trotz dieser Widerstände seine Ziele beharrlich verfolgte, hat er sich zu Recht den Titel eines „Patrons“ deutsch-polnischer Versöhnung erworben, wobei *Urban* auf den Code für die vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nach mancherlei „Vorläufen“ gegen *Särchen* im Mai 1982 eingeleitete Operative Personenkontrolle (OPK) „Patron“ zurück greift.

Sein Einsatz für die Versöhnung mit Polen bedeutete für *Särchen* eine sehr spannungsreiche Lebenssituation: Einerseits ging er als Laie bei polnischen Bischöfen ein und aus und pflegte persönliche Freundschaften mit namhaften Polen aus den Kreisen katholischer Intelligenz, andererseits war er in der DDR als Laie im kirchlichen Dienst in einer sehr untergeordneten Position. Um diese Spannung zu bewältigen, begab sich *Särchen* in die Rolle eines „Hofnarren“, auf die *Urban* hin und wieder anspielt. Damit ist ein wichtiger Aspekt im Leben von *Särchen* angedeutet, der eine eigene Untersuchung verdienen und das Bild der katholischen Kirche in der DDR um einige Facetten bereichern würde.

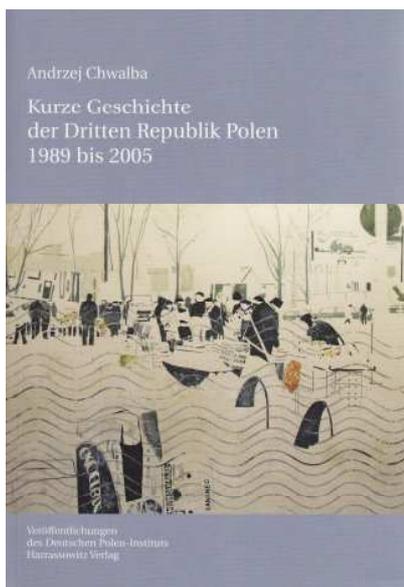
Die mit seiner Polenarbeit verbundene kirchliche wie staatliche Konfliktsituation eskalierte mit der von *Särchen* in der Reihe seiner Polenhefte herausgegebenen *Solidarność*-Handreichung, die sowohl die Staatssicherheit als auch die Berliner Bischofskonferenz auf den Plan rief. (S. 174-178) Damit verschärfte sich auch *Särchens* ohnehin angespanntes Verhältnis zu seinem Ordinarius Bischof Johannes Braun, so dass er am Ende unter skandalösen Umständen aus dem kirchlichen Dienst ausscheiden musste. (S. 183-197) *Särchen* ist damit der Reihe jener Katholiken zuzuzählen, deren Leben vom Leiden an ihrer Kirche geprägt ist. So schrieb er 1982 in einem Brief an den Görlitzer Bischof *Bernhard Huhn*: Ich merke „mehr und mehr, wie ich zwar die Arbeit leistete und trotzdem daran zerbrach, keinen Auftrag meiner Kirche mehr zu haben.“ (S. 223) Mit dem Leiden an seiner Kirche sowie mit den Schikanen und Verhören, denen er im Rahmen der OPK „Patron“ ausgesetzt war, hat *Särchen* einen hohen, letztlich seine Gesundheit untergrabenden Preis gezahlt.

Abschließend sei auf einige korrekturbedürftige Stellen verwiesen. So fehlt auf S. 109 der Abdruck des von *Särchen* benutzten Stempels beim Versand von Literatur nach Polen und in seiner Klageschrift gegen Bischof *Braun* die zweite Seite. (S. 105) Bei

„Neudeutschland“ handelt es sich nicht um eine „pazifistische und paneuropäische Bewegung“, wie *Urban* unter Berufung auf eine Fremdquelle schreibt, sondern um einen katholischen, in der NS-Zweit verbotenen Schülerbund. (S. 104) Was schließlich die *Solidarność*-Handreichung betrifft, so ist diese nicht über das MfS in den Besitz der Berliner Bischofskonferenz gelangt. (S. 177) *Särchen* hatte sie im Oktober 1982 auf der Zentralen Pastoralenkonferenz den Leitern der Seelsorgeämter zur Verteilung in den jeweiligen Jurisdiktionsbezirken ausgehändigt. Da das Berliner Ordinariat nach Kenntnis des Inhalts auf unverzügliche Rücknahme bestand, ist anzunehmen, dass sie der Berliner Bischofskonferenz auf diesem innerkirchlichen Weg zugänglich gemacht worden war.

TM

Andrzej Chwalba: Kurze Geschichte der Dritten Republik Polen 1989 bis 2005. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2010, 216 S.



Der Krakauer Zeithistoriker *Andrzej Chwalba* legt in deutscher Übersetzung ein Buch vor, das einen profunden Überblick über die Zeitspanne von 1989 bis 2005 gibt, in der sich in Polen die Transformation von einer sozialistischen Volksrepublik mit Planwirtschaft zu einer bürgerlichen Demokratie mit freier Marktwirtschaft vollzog. Das Buch besteht aus fünf Kapiteln recht unterschiedlicher Größe. *Chwalba* widmet einer historischen Hinführung sowie der Wende ca. 15 Seiten und rekonstruiert vier Mythen, die sich um die Streiks vom Herbst 1988, den Runden Tisch, den 4. Juni 1989 sowie die Regierung *Mazowiecki* ranken. In der Tat zeitigten diese Mythen ihre Wirkung und ihre Instrumentalisierung im politischen Alltagsgeschäft scheidet auch heute noch die Geister. Besonders nach den Erfahrungen mit der sog. IV. Republik Polen, die der Autor in seinem Nachwort auf ganzen zwei Seiten (S. 198-200) abhandelt. Ob es jemals eine IV. Republik Polen gegeben hat, ist fraglich, und auch *Chwalba* lässt diese Frage offen, obschon er die III.

Republik im Titel seiner Abhandlung nicht ganz konsequent von 1989 bis 2005 periodisiert.

Wie auch immer, auf den sich anschließenden 45 Seiten beschreibt *Chwalba* den Aufbau der III. Republik, die Staatsorgane und politischen Parteien. Auch setzt sich der Autor intensiv mit der durchweg kritischen Haltung der Polen gegenüber ihrem neuen Staatswesen und ihren Politikern auseinander, wobei er seinen Landsleuten vorhält, vom Staat zu viel zu verlangen. Die negative Beurteilung des Staatswesens resultiere in Polen vor allem auch aus einer negativen Bewertung der Rechtsverhältnisse, zumal einige polnische Politiker das Recht als Instrument ihrer Politik zu betrachten scheinen. (S. 57) Der Dezentralisierung und der Verwaltungsreform, die erst 1998 erfolgte, wird ein gutes Zeugnis ausgestellt, obschon die allfällige Korruption im Auftragswesen und bei der Vergabe von Konzessionen mit recht beklagt wird. Neben der ausufernden Bürokratie

führen die Polen als weiteres gravierendes Negativum die geringe Effizienz der Gerichte und Staatsanwälte an, besonders im Hinblick auf die allwaltende Vertagungspraxis von anstehenden Verhandlungen. Positive Ausnahmen bilden in diesem Kontext das Oberste Verwaltungsgericht (NSA) und das seit 1985 bestehende Verfassungsgericht (TK). Auch die schwierige Transformation des Sicherheitsdienstes (SB) zum Staatsschutz (UOP) wird kritisch beleuchtet, schon alleine wegen der zahlreichen personalen und strukturellen Kontinuitäten. Bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität habe sich allerdings das Zentrale Ermittlungsbüro (CBŚ) hervorragend bewährt. Allerdings bleibe die Bestechlichkeit der Polizeibeamten weiterhin ein gravierendes Problem. (S.70)

Im Kapitel über die *neue Zivilisation* behandelt der Autor zunächst die wirtschaftliche Transformation des Landes, in deren Zentrum der nicht unumstrittene Reformler *Leszek Balcerowicz* stand, eine schillernde Gestalt, von der es sowohl eine *weiße* als auch eine *schwarze* Legende gebe. So unbeliebt die harten Reformschnitte *Balcerowiczs* auch waren, es gab angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage des Landes ganz offenkundig keine Alternative, denn Polen war damals in Gänze vom Wohlwollen transnationaler Wirtschaftsorganisationen und von deren Hilfe bei der allfälligen Schuldentilgung abhängig. Insofern hat *Balcerowicz* einen sicheren Platz in den polnischen Geschichtsbüchern.

Intensiv behandelt *Chwalba* die schwierige Situation im polnischen Bergbau und in der Landwirtschaft und schildert anschaulich wie die Chancen zum Ausbau der Infrastruktur genutzt oder vergeben wurden. Besonders kritisch wird die Situation im Straßenbau (verzögerter Ausbau von Schnellstraßen und Autobahnen) und bei der polnischen Eisenbahn (unrentable Strecken, weitgehend unzeitgemäßes Schienennetz) beleuchtet.

Im Gesundheitswesen diagnostiziert der Autor ein ziemliches Chaos, eine grundlegende Reform stehe weiterhin aus, der Nationale Gesundheitsfonds (NFZ) habe sich als komplette Fehlentscheidung erwiesen. (S. 109) Wenig rosig sei auch die Situation der völlig unterbezahlten polnischen Ärzte, von denen viele auf dem Sprung in die Emigration seien.

Im Bildungsbereich wird auf die hohe Zahl privater Universitäten verwiesen, die allerdings ein sehr unterschiedliches Niveau aufweisen. Zwar sei die Zahl der Studierenden erheblich gewachsen, allerdings spiele der Staat dabei eine eher bescheidene Rolle. Positiv beurteilt der Autor die Austauschprogramme von *Sokrates/Erasmus* sowie den *Bologna-Prozess*, der zu einer partiellen Öffnung der polnischen Hochschulen geführt habe. Damit seien polnische Universitäten auch für ausländische Studierende attraktiver geworden, auch wenn deren Zahl noch immer nicht groß sei. (S. 113)

Der steigenden Zahl von Privatschulen stellt *Chwalba* ein gutes Zeugnis aus, allerdings verweist er auch auf die schwierige Situation des polnischen Berufsschulwesens. Leider fehlt jeder Hinweis auf die prekäre Lage der unterbezahlten polnischen Lehrerschaft, auch wird in diesem Kontext nicht auf die Problematik einer wie auch immer gearteten Chancengerechtigkeit in der sich immer stärker ausdifferenzierenden polnischen Gesellschaft eingegangen. Der Autor verweist hingegen auf die Schwäche der polnischen Wissenschaft im Hinblick auf Erfindungen und die unbefriedigenden

Investitionen in Forschung und Entwicklung. Problematisch sei ferner, dass die lebenslange Arbeitsplatzgarantie der Hochschullehrer Bestand habe und der akademische Nachwuchs kaum gefördert werde. Kritisch bewertet *Chwalba* auch die Rolle der kommerzialisierten Medien, die ihrem Bildungs- und Informationsauftrag nur sehr bedingt nachkämen. Auch die sog. hohe Kultur mit den Segmenten Film und Musik sei in Gänze den Marktgesetzen unterworfen worden. Nach Lektüre dieses wichtigen, auf die soziale Realität der Polen rekurrierenden Kapitels stellt sich der Eindruck ein, dass die sog. *neue Zivilisation* auch in Polen die Voraussetzungen für eine sozial ausdifferenzierte, auf den persönlichen Gewinn und das persönliche Weiterkommen orientierte Marktgesellschaft geschaffen hat. Dieser Eindruck findet im nächsten Kapitel, in der es um die polnische Gesellschaft geht, seine Bestätigung. Stichpunkte sind die negative demografische Entwicklung sowie die anhaltend hohe Arbeitsmigration, auch wenn es sich hierbei in der Regel um Pendelmigration handelt. Verhütung, Geburtenrückgang, die Einkindfamilie und „wilde Ehen“ sind sicherlich Tendenzen, die ganz Europa betreffen, eine polnische Besonderheit ist allerdings die exorbitant hohe Jugendarbeitslosigkeit, die sehr früh für Frustration und Perspektivlosigkeit sorgt und Kinder zum Armutsrisiko werden lässt. Auch die Arbeitslosigkeit stellt weiterhin ein gravierendes, ungelöstes Problem dar, wobei sich Schwarzarbeit und Arbeitsmigration für die Betroffenen als Puffer erweisen, das Funktionieren des Staates und den sozialen Zusammenhalt aber nachhaltig schwächen. Im Unterschied zur prosperierenden Marktgesellschaft entwickelt sich die polnische Zivilgesellschaft nur allmählich, was daran abzulesen ist, dass das polnische Vereinswesen im europäischen Vergleich unterentwickelt bleibt. Immerhin – so der Autor - habe die Zahl sozialer und karitativer Organisationen zugenommen und es gebe sehr beachtliche Einzelinitiativen.

Eine neue Gesellschaft habe sich allerdings noch nicht herausgebildet, der neue Mittelstand und auch die neue Oberschicht sei noch am Entstehen. Aufgrund der gravierenden wirtschaftlichen Veränderungen sei die Arbeiterklasse geschrumpft, der Anteil der armen Unterschicht bleibe erheblich, nehme aber statistisch betrachtet nicht mehr zu.

Im Hinblick auf Ängste und Befürchtungen der Polen habe der EU-Beitritt mit dem damit verbundenen Verlust an staatlicher Souveränität eine große Rolle gespielt. Auch der vermeintliche deutsche Revisionismus und die vermeintliche imperialistische Bedrohung durch Russland seien ständig wiederkehrende, angstbesetzte Themen. Subjektiv fühlten sich die Menschen am stärksten von Kriminalität bedroht, obschon Polen durchaus nicht zu denjenigen Ländern gehöre, die von der organisierten Kriminalität am stärksten betroffen sind. Die Angst vor Verbrechen sei - so die Analyse namhafter polnischer Soziologen - mit der Unsicherheit gleichzusetzen, die sich aus dem Umgang mit der (neuen) Welt ergebe, in der man lebt.

Hinsichtlich der religiösen Kultur schreitet auch in Polen die Verweltlichung weiter voran und die Zahl der Katholiken selektiven Bekenntnisses nimmt zu. Zugenommen hat auch der moralische Relativismus, besonders im Hinblick auf die Sexualität. Geistliche und katholische Laien zeigen sich auch von den Aktivitäten sexueller Minderheiten beunruhigt. Trotz der Zunahme religiöser Sekten liege – so der Autor - die

Zahl der römisch-katholisch Getauften weiterhin bei ca. 95 Prozent, während die Anzahl der Lutheraner und Orthodoxen konstant bleibe.

Einen großen Einfluss auf die Entwicklung des Landes habe *Papst Johannes II* genommen, dem man die Eigenschaften eines Propheten und Heiligen zuschrieb. Bei seinen Polenbesuchen sprach er über Gerechtigkeit und Solidarität, über die Mäßigung und den würdigen Umgang mit der Freiheit; er warnte vor irdischen Trugbildern und vor dem Mythos des Reichtums. (S. 158)

Die religiöse Kultur in Polen zeichne sich noch immer durch den Marienkult und die rege Teilnahme an Pilgerfahrten aus. Der Einfluss der Kirche auf das gesellschaftliche Leben wurde in den letzten Jahren aber immer weniger als positiv wahrgenommen. Dies ist sicherlich auch als eine Reaktion auf die massive Einmischung der Kirche bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen oder anlässlich der Abtreibungsdebatten zu werten. Tatsächlich nahm die polnische Kirche erst Ende der 1990er Jahre von ihrer eindeutigen politischen Parteinahme Abstand und fing damit an, Demokratie und Meinungspluralismus zu akzeptieren.

Im letzten Kapitel setzt sich *Chwalba* mit dem NATO- und dem EU-Beitritt Polens auseinander und geht zunächst auf das komplizierte polnisch-russische Verhältnis ein, das weiterhin belastet bleibt. Der endgültige Abzug der russischen Truppen aus Polen, der im September 1993 abgeschlossen wurde, war dem gemäß ein einzigartiges historisches Ereignis. Trotzdem blieben die Beziehungen zu Russland in den darauf folgenden Jahren weiterhin gespannt, auch weil es keine befriedigende Aufarbeitung der gemeinsamen leidvollen Geschichte gab, vor allem aber, weil sich die russische Führung – ähnlich wie Belarus – nicht mit der Osterweiterung der NATO abfinden wollte und sie systematisch hintertrieb. Dagegen konnten die Konflikte, die sich aus den historisch stark belasteten polnisch-ukrainischen Beziehungen ergaben, weitgehend gelöst werden. Einen Höhepunkt stellte dabei sicherlich die polnische Unterstützung für die orangene Revolution im Jahre 2004 dar. Auch die einst gespannten Beziehungen zu Litauen sind normalisiert worden, nicht zuletzt deshalb, weil beide Länder Mitglieder der NATO und der EU sind.

Viel wichtiger für die polnische Außenpolitik war jedoch die Westorientierung des Landes, die nach der Vereinigung beider deutscher Staaten und der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze dazu führte, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen im Sinne einer beiderseitigen Interessengemeinschaft ständig verbesserten, zumindest bis ins Jahr 2003. Zu einer erheblichen Eintrübung der Beziehungen kam es durch die deutschen Pläne für ein Zentrum gegen Vertreibungen sowie durch die Aktivitäten der sog. Preußischen Treuhänder. In Polen fürchtete man, dass die historischen Fakten verfälscht würden; dementsprechend heftig fielen die Reaktionen aus. Nur kurz erläutert *Chwalba* die Konzeption des Weimarer Dreiecks und den Auftrag der sog. Visegrad-Gruppe.

Der NATO-Beitritt wird als großer Erfolg gewertet, da er die Sicherheit der jungen polnischen Unabhängigkeit und Demokratie garantierte. Polen beteiligte sich als engagierter Befürworter der transatlantischen Zusammenarbeit mit seinen besten Militäreinheiten an mehreren Auslandsmissionen, die von der UNO, der NATO und der EU geleitet wurden. Der Autor rekonstruiert in diesem Kontext auch die kontroversen

innerpolnischen Debatten im Hinblick auf den polnischen Irak-Einsatz, der bekanntlich zu erheblichen Spannungen mit Berlin und Paris führte.

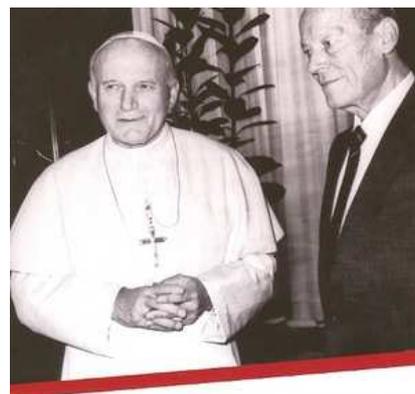
Der EU-Beitritt als strategisches Ziel der polnischen Außenpolitik wurde von einer großen Mehrheit der Polen unterstützt. Vor dem Beitritt stellten die Hilfsprogramme der EU PHARE und SAPARD sowie die Euroregion eine große und willkommene Unterstützung dar, von denen zahlreiche polnische Kommunen profitierten. Der in Europa propagierte Beitrittstermin für das Jahr 2000 erwies sich als zu optimistisch. Die polnischen Regierungen mussten für den Beitritt ihres im Westen nur wenig bekannten Landes werben und allfällige Vorurteile und Klischees einhegen. Gleichzeitig mussten die lautstarken und populistischen Gegner eines EU-Beitritts in Schach gehalten und die Skeptiker vom Sinn des Beitritts überzeugt werden. Das EU-Referendum vom 7. auf den 8. Juni 2003 bestätigte die europäische Haltung der polnischen Gesellschaft. Bei einer Umfrage aus dem Jahre 2004 bekundeten 84 Prozent der Polen, dass sie stolz seien, Europäer zu sein. *Chwalba* kommt dem gemäß zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass es der polnischen Außenpolitik im Laufe von zehn Jahren gelungen ist, ihre strategischen Ziele zu erreichen.

Diese gut übersetzte und leserfreundlich verfasste *Kleine Geschichte der Dritten Republik Polen* stellt ganz im Sinne ihres Verfassers keine akademische Abhandlung dar, sondern ist als historischer Essay angelegt, der auch einen deutschen Leser anregen soll, sich Gedanken über einen außerordentlich schwierigen und spannenden Zeitabschnitt polnischer Geschichte zu machen. Dies ist *Andrzej Chwalba* zweifellos gelungen.

ZW

**Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki, Klaus Ziemer (Hg.)
unter Mitarbeit von Thomas Roth: Versöhnung und Politik.
Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er
Jahre und die Entspannungspolitik. Verlag J. H. W. Dietz.
Bonn 2009, 425 S.**

Der vorliegende voluminöse und gut edierte Sammelband spiegelt das Ergebnis dreier wissenschaftlicher Konferenzen wider, die im Jahre 2005 aus Anlass des 40. Jahrestags der kirchlichen polnisch-deutschen Versöhnungsinitiativen durchgeführt wurden. Im Mittelpunkt stehen zwei zentrale Ereignisse des Herbstes 1965: Die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom Oktober 1965 und der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom November 1965. Die beiden Dokumente haben sowohl auf politischer als auch gesellschaftlicher und kirchlicher Ebene in beiden Gesellschaften zu heftigen Irritationen, Polemiken und intensiven Diskursen geführt. In den hier dokumentierten Beiträgen rekonstruieren polnische und deutsche Autoren (Historiker, Politologen und Zeitzeugen) die dadurch hervorgerufenen kirchlichen, politischen sowie zivilgesellschaftlichen Verwerfungen in Polen und in den beiden deutschen Staaten in ihrer ganzen Komplexität. Die Beiträge behandeln den gesamten Zeitraum von den 1960er bis zu den 1980er Jahren.



Friedhelm Boll / Wiesław Wysocki / Klaus Ziemer (Hg.)
unter Mitarbeit von Thomas Roth

Versöhnung und Politik

Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der
1960er-Jahre und die Entspannungspolitik



Auf die Entwicklungsgeschichte und die Wirkung der Ostdenkschrift der EKD geht im einleitenden Beitrag *Martin Greschat* ein und arbeitet heraus, dass durch deren Veröffentlichung der Verständigungsprozess mit Polen in Gang kam. Gleichzeitig zeigt der Autor auf, dass die katholische Kirche in Deutschland zu einer ähnlichen Haltung und Erklärung nicht in der Lage war, was die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Katholiken lange belasten sollte. Die Denkschrift löste in der Bundesrepublik leidenschaftliche Diskussionen innerhalb und außerhalb der evangelischen Kirche

aus: diese reichten von freudiger Zustimmung bis zu hasserfüllter Ablehnung. Besonders umstritten war der in der Denkschrift entwickelte Ansatz, den Begriff und die Sache der Versöhnung in das politische Handeln einzufügen und nicht mehr haltbare Rechtspositionen aufzugeben. Der Autor verdeutlicht, dass die Ostdenkschrift der EKD in hohem Maße dafür sorgte, dass die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition eine breite gesellschaftliche Akzeptanz fand und somit in erheblichem Maße dazu beitrug, dass der Warschauer Vertrag am 7. Dezember 1970 unterzeichnet werden konnte.

Dem Hauptautor der polnischen Versöhnungsbotschaft, dem Breslauer Erzbischof *Bolesław Kominek*, der aufgrund seiner oberschlesischen Herkunft sehr gut über das Leid der deutschen Vertriebenen informiert war, ist das Porträt von *Robert Żurek* gewidmet. Deutlich wird dabei, dass sich *Kominek* mit seiner Initiative zwischen sämtliche Stühle gesetzt hatte: sowohl von polnischer als auch von deutscher Seite gab

es massive Kritik am Inhalt der Botschaft. Zumal einerseits das Thema der Vertreibung und polnischer Verantwortung zum ersten Mal in dem Brief der polnischen Bischöfe behandelt wurde, was bei der polnischen Staatsführung aber auch in der polnischen Gesellschaft zu erheblichen Irritationen führte. Andererseits war weder die deutsche Regierung noch der deutsche katholische Episkopat bereit, die weiterhin offen bleibende Grenzfrage noch die Frage nach der Neuordnung der Bistumsgrenzen öffentlich zu diskutieren.

In einem weiteren Aufsatz setzt sich *Żurek* mit der Rezeption des deutschen Antwortschreibens in Polen auseinander. Die Antwort der deutschen Bischöfe vom 5. Dezember 1965 wurde bekanntlich von allen polnischen Kommentatoren als „distanziert“ und „enttäuschend“ bewertet. Auch die polnischen Bischöfe waren von dieser zurückhaltenden Reaktion ihrer deutschen Amtsbrüder enttäuscht, was schließlich dazu führte, dass beide Vergebungsformeln von den polnischen Kirchenvertretern wieder zurückgenommen wurden. Dies geschah auch aufgrund der Reaktion der kommunistischen Führung Polens, die die polnischen Bischöfe wegen ihrer Botschaft massiv angriff und versuchte, die katholische Kirche Polens zu spalten. Der Briefwechsel brachte also zunächst durchaus keine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Kirchen, da es diametrale Differenzen beim Umgang mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gab. Die neue Ostpolitik wurde nicht von den deutschen katholischen Bischöfen und den deutschen Christdemokraten, wie sich das höchste polnische Kirchenkreise gewünscht hatten, angestoßen, sondern von der evangelischen Kirchenleitung und von der sozial-liberalen Koalition. Insofern – so *Żurek* – stellte der Briefwechsel mit der berühmten Losung „*Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung*“ nicht den Gründungsakt der deutsch-polnischen Verständigung dar, aber er war wohl einer der wichtigsten Impulse auf dem Weg dahin.

Dem Bensberger Kreis und seinem Polenmemorandum von 1968 ist der sehr ausführliche Aufsatz von *Friedhelm Boll* gewidmet. Der Autor rekonstruiert die Vorgeschichte, die Motive und die Zusammensetzung des Kreises, der sich selbst als ein Forum außerhalb der katholischen Kirchenhierarchie verstand und dessen Führungsfigur zweifellos *Walter Dirks* gewesen ist. Die nach dem Auschwitz-Prozess einsetzende intensive Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit bildete dabei die Voraussetzung für den klar ausgesprochenen Verzicht auf eine Grenzrevision. Dies führte zu massiven Konflikten mit den konservativen Kräften innerhalb der CDU und CSU sowie mit den Vertriebenenverbänden und brachte eine deutliche Annäherung an die neue Ostpolitik der SPD.

Die politischen und innerkirchlichen Rahmenbedingungen und Reaktionen auf den Briefwechsel in Polen werden in den Beiträgen von *Andrzej Grajewski* (Ostpolitik des Vatikans), *Jerzy Eisler* (Vergleich der Polenvisionen von *Stefan Wyszyński* und *Władysław Gomułka*), *Tadeusz Krawczak* (Reaktionen der PVAP und des Sicherheitsdienstes), *Jan Żaryn* (Reaktionen der „konzessionierten Katholiken“ in Polen) sowie *Piotr Madajczyk* (Polnische Rezeption der deutschen Reaktion auf den

Brief der Bischöfe) vorgestellt. Hierfür haben die genannten Autoren zum Teil bisher nicht gedruckte Primärquellen erschlossen, so dass sich so manch neuer Aspekt oder die eine oder andere Nuance bei der Gesamtbewertung der Thematik ergibt. Die Beiträge weisen aufgrund der identischen Grundthematik gewisse Redundanzen auf, nichtsdestotrotz handelt es sich um sehr lesenswerte Einzelstudien, zumal der deutschsprachige Leser mit neuen Quellen konfrontiert wird. Die Aufsätze gewähren somit einen hervorragenden Einblick in die Reaktionsmechanismen des offiziellen Polen. Als besonders lesenswert erweist sich der Aufsatz *Eislers*, in dem die so unterschiedlichen Konzeptionen *Gomulka*s und *Wyszyński*s in einer vergleichenden Studie vorgestellt werden und beschrieben wird, in welcher Atmosphäre die zum Teil extrem langen Gespräche zwischen den beiden Führungspersönlichkeiten verliefen. Auch *Jan Żaryn*s Artikel über die „konzessionierten Katholiken“ ist schon allein deshalb wichtig, weil sehr eindrucksvoll rekonstruiert wird, welche Konflikte es zwischen dem Primas Polens und den im Sejm vertretenen katholischen Gruppierungen gab. Deutlich herausgearbeitet wird auch, in welcher schwieriger Situation sich die Znak-Gruppe nach der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat befand, da sie sowohl die Erwartungen der Kirchenhierarchie als auch die der Staatsführung erfüllen sollte, ein Anspruch, der zwangsläufig für schwere Verstimmungen zwischen dem Primas und führenden Vertretern der Znak-Gruppe sorgen musste.

Mit dem gesellschaftlichen Kontext von Versöhnung und Entspannung beschäftigen sich weitere sieben Beiträge deutscher Autoren, in denen maßgebliche Gruppen, Verbände und Akteure in ihrem Verhältnis zu den sich zusehends deutlicher durchsetzenden Veränderungen im Verhältnis zu Polen charakterisiert werden.

So analysiert *Thomas Großbölting* die strukturellen Veränderungen in katholischen Milieus in den Jahren 1965 bis 1972 und verdeutlicht, dass diese durch die Denkschrift der EKD, den Briefwechsel der Bischöfe sowie das Bensberger Memorandum maßgeblich beschleunigt wurden. Dies führte zur Aufgabe und Ausdifferenzierung lange vertretener Positionen und – auch in den Vertriebenenverbänden – zur Pluralisierung von Haltungen gegenüber Polen.

Der Position der Vertriebenenverbände angesichts des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses geht *Matthias Stickler* nach. Die Zäsur erblickt der Autor in den 1960er Jahren, als die Erlebnisgeneration abgelöst wurde und die gesellschaftliche Akzeptanz für die unversöhnliche Haltung der Vertriebenenverbände abnahm. Das Beharren auf anachronistischen Rechtspositionen und die Ablehnung der durch die SPD initiierten Ostpolitik führten schließlich zu einem recht eindeutigen und lange währenden Schulterschluss mit der CDU.

Dieter Bingen behandelt die Perspektiven der Entspannungspolitik in den 1960er und 1970er Jahren aus deutscher und polnischer Sicht, wobei er verdeutlicht, dass die in den 1960er Jahren einsetzende intensive Debatte über die neue Polenpolitik sich sowohl aus einem neuen Realismus als auch aus einem moralischen Verantwortungsgefühl speiste und von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen getragen und propagiert wurde: Kirchen, Gewerkschaften und Intellektuelle. Der Autor weist auf eine wichtige, bis

heute wirksame Asymmetrie hin: Den deutschen gesellschaftlichen Initiativen aus dem NGO-Bereich standen systembedingt auf polnischer Seite keine vergleichbaren Organisationen gegenüber, sondern lediglich Einzelpersonen aus katholischen Gruppen wie *Znak* und *KIK* sowie der Wochenschrift *Tygodnik Powszechny*. Und es gibt noch einen weiteren, sehr relevanten Unterschied im Hinblick auf das Regierungshandeln beider Seiten: während die moralische Argumentation von polnischer Seite rein instrumentell behandelt wurde, besaßen moralische Argumente in der bundesdeutschen Polenpolitik durchaus ein politisches Eigengewicht.

Mit der Polenpolitik der deutschen Volksparteien zwischen 1965 und 1972 im Kontext der kirchlichen Versöhnungsinitiativen beschäftigt sich der Aufsatz von *Oliver Bange* und *Tim Geiger*. Die Autoren kommen zum Ergebnis, dass die Führung der CDU/CSU auf die kirchlichen Initiativen des Jahres 1965 und auf die neue Ostpolitik vorwiegend mit nationalen und staatsrechtlichen Bedenken reagierte. Im Unterschied dazu konnten die neuen Ostpolitiker in der SPD die kirchlichen Versöhnungsinitiativen als Basis für ihre bis zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrags führende Politik nutzen. Damit korrigierten sie das Bild von der anhaltend revanchistischen Bundesrepublik, was zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik zu einer Öffnung und zu einem Austausch auf den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen führte. Dies stellte dem Leitsatz vom Wandel durch Annäherung entsprechend eine der Grundvoraussetzungen für die spätere Transformation des Ostblocks dar.

Theo Mechtenberg berichtet in seinem Aufsatz über kirchliche Poleninitiativen in der DDR, wobei er zunächst verdeutlicht, dass der Begriff der Versöhnung von der DDR-Führung nicht als opportun angesehen wurde, weil man die Oder-Neiße-Grenze bereits 1950 im Görlitzer Vertrag anerkannt hatte und sich nicht als Nachfolgestaat des 3. Reiches verstand. In der gesellschaftlichen Realität spiegelte sich diese Position im Verhältnis zu Polen und den Polen aber kaum wider. Die kirchlichen Initiativen beschritten in dieser Situation deshalb einen Weg der „Versöhnung gegen Widerstände“. Der Autor beschäftigt sich intensiv mit den Aktivitäten von *Lothar Kreißig*, *Günther Särchen* und der „Aktion Sühnezeichen“ und verdeutlicht, dass es sich hierbei um eine authentische, in der DDR entstandene Initiative handelte, die sich weitgehend unabhängig vom westdeutsch-polnischen Dialog entwickelte.

Mit den Auswirkungen der Versöhnungsinitiativen auf die politischen Einstellungen in den deutschen Gesellschaften beschäftigt sich der Aufsatz von *Burkhard Olschowsky*. Er beschreibt die sich im Zeichen einer Normalisierung entwickelnden gesellschaftlichen Aktivitäten (Reisen, Partnerschaften) und die sehr unterschiedlichen Reaktionen im Verhältnis zur „Solidarność“. Grundsätzlich sei die gängige These, dass in der Bundesrepublik die Versöhnungsaktivitäten einzelner Gruppen und Personen den Aktivitäten des Staates zuvorkamen, während die DDR die individuellen Beziehungen zu Polen zu monopolisieren versuchte, zutreffend. Allerdings habe es – so *Olschowsky* mit einem Hinweis auf den Artikel von *Mechtenberg* – auch in der DDR vom Staat unabhängige Initiativen von Einzelpersonen und Gruppen gegeben.

Dem viel diskutierten Besuch *Willy Brandts* in Warschau im Dezember 1985 ist der Beitrag von *Bernd Rothers* gewidmet. Im Mittelpunkt der Erörterung steht der Umstand, dass es bei diesem Besuch nicht zu der geplanten Begegnung mit *Lech Wałęsa* kam.

Rothers erläutert die Zwangslage *Brandts*, der die polnische Regierung keinesfalls provozieren, andererseits die polnische Opposition nicht ignorieren durfte. Wahrscheinlich ließ sich *Brandt* bei seiner endgültigen Entscheidung zu sehr von seinen Erfahrungen aus dem Kalten Krieg leiten und unterschätzte die von der Opposition schon weit vorangetriebenen zivilgesellschaftlichen Entwicklungen in der VR Polen.

Peter Bender schreibt über die deutsch-polnischen Erfahrungen seit 1965 und lässt sich dann über die Nöte der Gegenwart aus. Dabei geht er davon aus, dass in den gegenseitigen Beziehungen vieles besser sei als früher, dass es aber weiterhin ein weit verbreitetes Nichtverstehen zwischen Polen und Deutschen gebe. Da die gravierenden Asymmetrien zwischen beiden Staaten nach Ansicht des Autors noch lange fortbestehen werden, schlägt er vor, das sich ausschließlich aus der Vergangenheit ergebende Negative einzuhegen, indem man sich den Satz „Versuchen wir zu vergessen!“ aus dem polnischen Bischofsbrief von 1965 zum Vorbild nimmt. Das „Vergessen“ will er im Sinne von „Nicht-Erinnern“ oder „nicht nachtragend sein“ verstanden wissen. Ein aus einer gewissen Frustration hervorgegangener Vorschlag, der zwar gut gemeint ist, aber nur wenig mit dem polnisch-deutschen Alltag zu tun hat, wenn man sich nur vor Augen führt, welche Aufregung die *Causa Steinbach* 2009/2010 nicht nur in Polen, sondern auch in Deutschland verursachte. Auch in Zukunft wird man die Gespenster der Geschichte in Abhängigkeit von der außenpolitischen Konjunktur zwischen beiden Ländern immer wieder mehr oder minder intensiv abrufen. Dafür werden die Hardliner und Aufrechner auf beiden Seiten sorgen, die ihren Status – ganz ähnlich wie die deutschen Vertriebenen – von einer Generation auf die andere zu vererben scheinen.

Der Band schließt mit persönlichen Beiträgen von *Gottfried Erb* (über die Arbeit des Bensberger Kreises), *Egon Spiegel* (über das Kooperationsmodell Allenstein – Vechta), *Winfried Lipscher* (über die aktuellen Herausforderungen kirchlicher Zusammenarbeit) sowie *Anna Wolff-Powęska* (über die Aktualität von Dialog und Versöhnung).

Nach intensiver Lektüre dieses gelungenen deutsch-polnischen Projekts stellt man erstaunt fest, wie viel sich seit den 1960er Jahren im deutsch-polnischen Verhältnis verändert und zum Besseren gewandelt hat. Gleichzeitig geben die letzten Beiträge dieses Bandes, in denen ein Blick in die (gemeinsame) Zukunft gewagt wird, sehr zu denken, denn wechselseitiges Verständnis und gegenseitige Verständigung scheinen bei allem interessegeleiteten Fortschritt nur an der Oberfläche vorhanden zu sein. Hier gibt es in der Tat noch viel Aufklärungs- und Empathiebedarf auf beiden Seiten.

Der Rezensent, der zwischen beiden Kulturen aufgewachsen ist und sich seit vielen Jahren mit den politischen Kulturen beider Nationen beschäftigt, weiß, wovon er spricht. Dem potentiellen Leser dieses Buches empfiehlt er, sich vor der eigentlichen Lektüre etwas Zeit zu nehmen und einen längeren, forschenden Blick auf die Umschlagfotografie zu werfen. Die angespannten Gesichter und Haltungen der beiden wichtigsten Protagonisten und der - nicht nur im schweren deutsch-polnischen Gelände - erfolgreichsten europäischen Aussöhnungspioniere des 20. Jahrhunderts sprechen Bände.

ZW

Paul Ciupke, Franz-Josef Jelich (Hg.): Weltanschauliche Erziehung in Ordensburgen des Nationalsozialismus. Zur Geschichte und Zukunft der Ordensburg Vogelsang. Klartext Verlag. Essen 2006, 190 S.

Diese mit zahlreichen Fotografien und Abbildungen versehene und gut dokumentierte Publikation geht zum großen Teil auf eine Tagung zurück, die im Oktober 2004 stattfand und von der Hans-Böckler-Stiftung und der Stiftung „Gegen Vergessen – für Demokratie“ gefördert wurde.

Der Band gliedert sich in drei übergreifende Kapitel und besteht außer dem ausführlichen und informativen Vorwort der Herausgeber aus Beiträgen von elf Autoren und einer Autorin.

Im ersten Kapitel geht es um Fragen der nationalsozialistischen Weltanschauung und Erziehung, wobei neben einem allgemeinen einführenden Teil (*Lutz Raphael*) auf die Gestaltung von Lagern und Ordensburgen im Nationalsozialismus (*Kiran Klaus Patel*), auf die Elite-Bildung und das Elite-Bewusstsein in der Adolf-Hitler-Schule (AHS), auf die besondere Rolle der NS-Ordensburg Sonthofen (*Gerhard Klein*) sowie auf die Körpererziehung als Mittel der Mentalitätsprägung an den AHS (*Harald Scholtz*) eingegangen wird.

In seinem Überblicksartikel hebt *Raphael* einleitend den Antiintellektualismus der NS-Ideologie hervor, ihre Bindung an vorgegebene autoritäre Meinungen sowie ihr Ressentiment gegenüber freischwebenden kritischen Intellektuellen. Ferner betont der Autor, dass die Sprache des Nationalsozialismus die Grenzen zwischen politischer und religiöser Sprache überstieg, zu Ritualen religiösen Stils neigte und diese für ihre eigenen politischen Zwecke instrumentalisierte. All diese Elemente gingen in die Bildungs- und Erziehungsinstitutionen der Nationalsozialisten ein.

Die sog. Ordensburgen Vogelsang, Sonthofen und Crossinsee dienten den vergeblichen, miteinander konkurrierenden Versuchen *Robert Leys* und *Alfred Rosenbergs*, Kaderschmieden für die NSDAP zu schaffen. Daneben gab es auch andere Orte und Formen der nationalsozialistischen Erziehung und Formierung, wie zum Beispiel die AHS oder die Napolas, die allerdings kein aufeinander abgestimmtes System darstellten. Allen nationalsozialistischen Bildungskonzepten gemeinsam waren die bevorzugten Erziehungsorte Lager und Kaserne. Militärischer Drill und Sport sollten Härte und Disziplin als zentrale männliche Tugenden fördern, rassistische Wahrnehmungsmuster wurden in die körperlichen Haltungen der Teilnehmer eingeschrieben. Feste und Feiern als Elemente der Vergemeinschaftung rückten das Individuum in den Hintergrund, wiesen ihm aber in der Gruppe einen festen und sicheren Platz zu. Hingegen blieb das intellektuelle Niveau der weltanschaulichen Schulungen niedrig angesetzt, zumal es vorrangig darum ging, bestehende Ressentiments zu bestätigen und mögliche Zweifler zu überzeugen. (S. 31)

In dem sich anschließenden konzisen Beitrag von *Kiran Klaus Patel* wird die überragende Rolle des Lagers – als explizit militärischer Form der Raumordnung – für die nationalsozialistische Erziehungsarbeit beschrieben und analysiert. Zur nationalsozialistischen Raumorganisation gehörte zunehmend die räumliche Isolation,

zuweilen in landschaftlich reizvollen Gegenden. Allfällige Normierungen und Standardisierungen sollten die Insassen zudem vereinheitlichen, sie mobil und transparent machen. Rückzug und Eigendynamik wurden unterbunden, Kontrolle und Disziplinierung erleichtert. Dem diene auch die Trennung von „innen“ und „außen“ durch Zäune und Wachhäuser, wobei angestrebt wurde, die Gruppe im Innenbereich zu einer Erlebnismgemeinschaft zu formen. Schließlich sollte der Blut- und Bodenideologie entsprechend ein Naturbezug als Teil der nationalsozialistischen Körper- und Identitätspolitik hergestellt werden. Damit näherte man sich sehr stark dem in der soziologischen Fachliteratur beschriebenen Idealtypus der „totalen Institution“ an. (S. 39)

Diesen Zielen war auch die Ordnung des Raums und die Ordnung der Zeit auf der Ordensburg Vogelsang untergeordnet. Allerdings stand der mit unerhörtem architektonischen Aufwand inszenierten Individualität der Ordensburgen die Serialität und Standardisierung Tausender von Lagern gegenüber. Ähnlich wie in den Lagern ging es auf Vogelsang aber auch um die Isolierung der Insassen. Wie in den Lagern waren Gewöhnung an das Militärische und Entindividualisierung (Massenschlafplätze, riesige Speiseräume, raumgreifende Aufmarschplätze) wichtige Versatzstücke der nationalsozialistischen Erziehung.

Der intellektuelle Anspruch an die Ordensjunker blieb dagegen gering, die körperliche Formung und Disziplinierung der Insassen erwies sich in der Praxis wichtiger als die Indoktrinierung. Zudem wurden praxisferne Inhalte vermittelt, die den von *Ley* versprochenen Berufskarrieren der Ordensjunker eher abträglich waren. Insofern – so das Resümee *Patels* – blieben die Ordensburgen immer nur Episode und Beleg für die Dysfunktionalität des Nationalsozialismus.

Mit Elite-Bildung und Elite-Bewusstsein an den AHS befasst sich der Aufsatz von *Gisela Miller-Kipp*, wobei zunächst nach den Auslesekriterien für die „Besten“ gefragt wird. Die Autorin zeigt auf, dass es sich bei den „Besten“ um eine politisch-rassistische „Auslese“ handeln sollte, die bereits durch ihre „Rassereinheit“ und ihren „Glauben an den Führer“ zur Elite berufen waren. Die AHS blieben als Tropfen auf dem heißen Stein quantitativ bedeutungslos, förderten Gemeinschaftssinn und Kameradschaft, verfügten aber weder schulisch noch ideologisch über anspruchsvolle Programme. Aus den Erinnerung einstiger Zöglinge lassen sich drei wiederkehrende Grundkonstanten ableiten: Kameradschaft, Raumeindruck und Elite-Bewusstsein. *Miller-Kipp* weist nach, dass der einerseits erdrückende und andererseits faszinierende Raumeindruck der Ordensburg Vogelsang das Elitebewusstsein der Zöglinge nachhaltig förderte und bewahrte, indem man einerseits als „kleiner Mensch“ eingeschüchtert wurde, aufgrund der Größe, Erhabenheit und Ewigkeit der Burganlage andererseits das Bewusstsein entwickeln konnte, einer Auslese anzugehören.

Gerhard Klein beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Genese und den Funktionen der zwischen 1935 und 1945 betriebenen NS-Ordensburg Sonthofen, die einigen AHS bis 1937 als Zentrale diente, deren Rolle nach dem Zweiten Weltkrieg im regionalen Umfeld der Anlage tabuisiert wurde und deren Geschichte noch immer nicht vollständig erforscht ist.

Die Gigantomanie der Nationalsozialisten kommt in Sonthofen schon alleine dadurch zum Ausdruck, dass die gewaltige Burganlage ein Torso geblieben ist, da lediglich ein Drittel der geplanten Burganlagen tatsächlich gebaut wurden. Gleichzeitig blieb der Beitrag der NS-Ordensburg für die Parteinachwuchsausbildung bescheiden. Die Ausbildung von Junkern im politischen Bereich fand nicht statt, vielmehr war die Anlage ein beliebter Treffpunkt von Parteigrößen und eine „Sportelite“ konnte hier als Stammmannschaft ihren Aktivitäten nachgehen. Als Zentrale einiger AHS war die Ordensburg von größerer Bedeutung und erreichte 1941 mit 1.450 Adolf-Hitler-Schülern ihren höchsten Stand. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Gelände von Franzosen und Amerikanern genutzt, danach von der Bundeswehr übernommen.

Bekanntlich maßen die nationalsozialistischen Bildner der Körpererziehung eine große Bedeutung bei. Dem gemäß untersucht *Harald Scholtz* in seinem Artikel, wie sich die Körpererziehung im NS-Regime auf die Mentalitätsprägung an den AHS auswirkte. Der Adolf-Hitler-Schüler sollte zäh, flink und hart sein, und so nahmen Mutproben, Boxen und Raufballspiel in den zunächst improvisierten Lehrplänen der AHS einen prominenten Platz ein. Bei einer Unterrichtswoche von 42 Stunden war etwa ein Drittel der Körpererziehung gewidmet. Der Autor kommt zum Ergebnis, dass die Körpererziehung an den AHS vor allem drei Funktionen erfüllte: Neben der Disziplinierung durch Körperbeherrschung waren dies die Stimulierung der Kampfbereitschaft sowie die Absicherung des Selbstwertgefühls als „Elite“. Besonderer Attraktivität erfreuten sich auch die aufwändigen Sonderausbildungen (Segelfliegen, Motorsport, Reiten). Die überdimensionierte Bedeutung der Körpererziehung entsprach so betrachtet den Erwartungen des Regimes: einsatzbereite, leistungsbewusste, allerdings weisungsabhängige Manager der Macht heranzuziehen. (S. 98)

Im kurzen zweiten Kapitel, das aus nur drei Beiträgen besteht, beschäftigen sich *Monika Herzog* und *Michael Schröders* mit der Baugeschichte, der Nutzung und der Bibliothek der (einstigen) Ordensburg Vogelsang. Herzog beschreibt und analysiert die einzelnen Teile der Burganlage, ihre Funktion sowie die Intention des bekannten Planverfassers und Architekten *Clemens Klotz*, die sich durchaus mit der *Speerschen* Anforderung an Monumentalität deckten. Bis heute existiere Vogelsang als sichtbares Teil eines unvollendeten Ganzen, als „steinerner Zeuge des Ewigkeitwillens“. Dabei kam es durchaus zur Vermischung entsprechender Baustile, denn neben dem populären Landhausstil sind ebenfalls Elemente des *Neuen Bauens* auszumachen. Allerdings gibt es auch Reminiszenzen an die antike Architektur und an den absolutistischen Barock.

Der Aufstieg zur Führungspersönlichkeit entspricht dem hierarchisch organisierten architektonischen Aufbau der Ordensburg: „*Zu Beginn jeder Ausbildungslaufbahn steht der unfertige Mensch am Fuß der Anlage und erarbeitet sich in den dortigen Sportstätten eine solide körperliche Grundlage. Sodann erklimmt er Stufe um Stufe bis er auf dem obersten Punkt im Haus des Wissens angekommen ist, als fertiger und neuer Mensch.*“ (S. 109)

Michael Schröders beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Nutzung der ehemaligen Ordensburg Vogelsang zwischen 1945 und 2005, also vom Kriegsende in der Nordeifel über die britische und belgische Besatzung bis hin zum Abzug der belgischen Stationierungskräfte Ende 2005. In seinem „Ausblick“ geht der Autor der Frage nach

einer zivilen Nutzung der weitgehend intakten Anlage nach und diskutiert das Projekt eines Lern- und Erlebniszentrums (Umwelt- und Naturbildung im Nationalpark Eifel sowie Bildungsstätte mit aufklärender Geschichtsdidaktik an einem nationalsozialistischen Täterort). In einem weiteren Aufsatz befasst sich *Schröders* mit der Bibliothek der ehemaligen NS-Ordensburg, deren Bestand, der sich wahrscheinlich auf 30-40 Tsd. Bände belief, für verloren gegangen galt. Heute weiß man, dass ein Großteil der Bibliothek nach dem Zweiten Weltkrieg in die Universitätsbibliothek Bonn überführt wurde. Umfang und Systematik der Bibliothek deuten darauf hin, dass sie nationalsozialistischen Repräsentationszwecken diene, zumal der Anteil an ideologieorientierten Titeln zum Judentum und zur Rassenlehre, mit dem der wissenschaftliche Anspruch der NS-Ideologie untermauert werden sollte, nicht unerheblich war. (S. 135)

Das dritte Kapitel ist der Zukunft der einstigen Ordensburg Vogelsang gewidmet. Vier Autoren fragen danach, ob es zukünftig historisch-politische Bildung am „Lernort“ Ordensburg Vogelsang geben kann oder geben sollte.

Volker Dahm hebt dabei auf die Strategie für eine tragfähige Gesamtentwicklung ab sowie auf die Notwendigkeit einer Anschubfinanzierung aus öffentlichen Mitteln. Im Vorfeld geplante Dauerausstellungen sollten dabei mit hochwertigen Bildungsangeboten gekoppelt werden. *Dahm* berichtet in diesem Kontext auch über die entsprechenden Konzepte der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang (SEV) und der EuRegionale-2008-Agentur, wobei der Diskussionsstand bis ins Jahr 2005 referiert wird.

Mit der Verortung der Ordensburg Vogelsang in der deutschen Erinnerungslandschaft befasst sich *Alfons Kenkmann*. Der Autor konstatiert, dass es sich bei der Burganlage um einen Täterort handelt und vergleicht ihn mit ähnlichen Gedenkorten wie dem Obersalzberg, der Wewelsburg und der Villa ten Hompel in Münster. Angesichts relativ spärlicher Etats des Landes NRW für eine an Gedenkorte gebundene Bildungsarbeit sowie der Tatsache, dass es bereits ca. zwanzig ähnliche Gedenkorte im Lande gibt, ist der Autor hinsichtlich der Etablierung eines Lernorts Vogelsang aber eher skeptisch.

Ähnliche Überlegungen stellt *Manfred Struck* an. Der Autor spricht sich für ein übergreifendes Nutzungskonzept aus, das auf drei Pfeilern ruhen sollte: Dokumentationen und Ausstellungen, Lernfelder für Jugendliche und Erwachsene sowie Vogelsang und Umfeld als Orte des Lernens. Er benennt folgende drei Lernfelder „Geschichte und Gesellschaft“, „Region und Europa“ sowie „Natur und Nachhaltigkeit“ und setzt voraus, dass Vogelsang aufgrund seiner Geschichte, seiner zentralen Lage im europäischen Grenzraum und als Nationalparkzentrum Alleinstellungsmerkmale gegenüber anderen vergleichbaren Orten besitze. Deshalb sollten die Gebäude einer historisch verantwortbaren und pädagogisch in die Zukunft weisenden Nutzung zugeführt werden. Eine Stiftung könne als Trägerinfrastruktur in Frage kommen, Bund und Land dürften bei der Finanzierung nicht aus der Verantwortung entlassen werden. (S. 165)

Mit Fragen der Musealisierung und Pädagogisierung der NS-Vergangenheit beschäftigt sich *Bernd Faulenbach*, wobei er zunächst feststellt, dass nach den Opfergedenkstätten die Täterseite zunehmend auf Interesse stoße und dementsprechend Täterorte vermehrt als Erinnerungsorte gestaltet würden. Im Hinblick auf Vogelsang kommt Faulenbach

zum Ergebnis, dass die Ordensburganlage keine Gedenkstätte sein könne, wohl aber ein Ort diskursiver Auseinandersetzung mit der neuesten Geschichte, ein Ort historisch-politischer Bildung.

Schließlich der Exkurs von *Rainer Stommer* zum Umgang mit nationalsozialistischer Architektur am Beispiel des gigantischen Ostseebades Prora, in dem der Autor die Genese dieses einzigartigen Vorzeigeobjekts der Nazis, des KdF-Seebads Rügen, rekonstruiert. Bekanntlich lehnte sich *Clemens Klotz* hierbei an die Vorstellungen von einer „Bandstadt“ an, wie sich auch in der avantgardistischen Sowjetarchitektur propagiert wurden. Dem Urlauber sollte in Prora dem gemäß kein Platz für individuelle Gestaltung gegeben werden, vielmehr war ein umfassendes Programm vorgesehen, das den gesamten Tagesablauf der Urlauber gestaltet und kontrolliert hätte. Gegenwärtig und spätestens und nach dem Abzug der Bundeswehr aus Prora im Jahre 1992 stellt sich das Problem einer sinnvollen und wirtschaftlichen Nutzung der Anlage. Diskutiert wurden im Lauf der vergangenen Jahre drei mögliche Alternativen: Abriss, Erhalt und Umnutzung als touristisches Großobjekt und Nutzung als einzigartiger Lernort zum Nationalsozialismus. Inzwischen ist es zu Teilverkäufen gekommen, verrotten Teile der Anlage ohne dass ein tragbares Gesamtkonzept entwickelt und die Öffentlichkeit in die Gespräche einbezogen worden wäre. Angesichts eines enormen Sanierungsbedarfs und leerer öffentlicher Kassen ist höchst zweifelhaft, ob Prora noch zu einem Lernort wird oder ob der „Gigant von Rügen“ noch einer wirtschaftlich tragbaren touristischen Nutzung zugeführt werden kann. Offenbar – so *Stommer* – wurden diesbezüglich in der Vergangenheit zu viele Chancen vertan.

Besonders die Beiträge des dritten Kapitels sowie der Exkurs über Prora verdeutlichen, welche enormen Schwierigkeiten damit verbunden sind, die gigantischen Großobjekte der NS-Architektur einem schlüssigen Gesamtkonzept zuzuführen. Dass die wissenschaftliche und publizistische Debatte über die Ordensburg Vogelsang noch lange nicht beendet ist, beweisen im übrigen die in den letzten beiden Jahren erschienenen und kontrovers diskutierten Veröffentlichungen des Publizisten *Franz Albert Heinen* sowie des Regionalhistorikers *Hans-Dieter Arntz*.

ZW

Hakki Keskin: Deutsch-türkische Perspektiven. Wochenschau Verlag. Schwalbach/Ts. 2009, 254 S.

Dieses Buch des bekannten deutsch-türkischen Politikers, Wissenschaftlers und Aktivisten *Hakki Keskin* gliedert sich in insgesamt zwölf gut lesbare, in einem flüssigen Stil verfasste Kapitel. Es wendet sich an interessierte Normalbürger und soll einen konstruktiven Beitrag zum Zusammenleben der Mehrheitsgesellschaft mit dem eingewanderten kulturellen Minderheiten liefern. Zahlreiche Ansätze gelungener Integration werden aufgezeigt, es wird aber auch nach den Ursachen für nicht gelungene Integration gefragt. Schließlich will der Autor neue Wege aufzeigen, um eine umfassende politische, rechtliche, soziale und wirtschaftliche Integration zu verwirklichen. (S. 16)

Fürwahr ein hoher Anspruch und ein komplexes Unterfangen, zumal die Frage der Integration in ganz Europa, besonders aber in Deutschland, wo es diesbezüglich immer noch viel Nachholbedarf gibt, in aller Munde ist und sich immer wieder mehr oder minder prominente und berufene Experten mehr oder minder qualifiziert oder aber auch einfach polemisch populistisch zu Worte melden. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die peinliche Entgleisung Thilo Sarrazins vom Oktober 2009.

Mit *Hakki Keskin* meldet sich allerdings ein echter Experte mit Bindestrich-Identität zu Wort, der trotz biographischer Betroffenheit durchaus in der Lage ist, nicht nur teilnehmend zu beobachten, sondern auch einen Perspektivwechsel von Mehrheitsgesellschaft zu Minderheit und umgekehrt vorzunehmen. Hier haben wir es mit jemanden zu tun, der durch sein Denken, Schreiben und Handeln das über Jahrzehnte in Deutschland gehegte Defizitmodell des *Weder noch* erfolgreich zu einem überzeugenden Modell des *Sowohl als auch* gekehrt hat. Denn *Keskin* ist sowohl Türke als auch Deutscher, hält diese doppelte Identität bewusst aus und bezieht aus ihr die für sein aktives, widerständiges Leben und Wirken notwendige Energie. Dabei bleibt er seinen Landsleuten, der großen Gruppe von deutsch-türkischen „Mitbürgern“ der ersten, zweiten, dritten und demnächst vierten Generation nicht nur verbunden, indem er sich sowohl wissenschaftlich-publizistisch als auch politisch für sie einsetzt, sondern er fordert von der deutschen Mehrheitsgesellschaft, der er selbstverständlich auch angehört, mehr Empathie und eine entschlossener und konsequentere Integrationspolitik, wobei die totale Anpassung, also die *Assimilation* abgelehnt wird.

Integration wird als wechselseitiger Prozess verstanden, der Forderung nach einer einseitigen Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheitsgesellschaft oder unter eine wie auch immer geartete deutsche *Leitkultur* wird eine klare Absage erteilt. Dementsprechend soll das seit 1989 in Deutschland erstmals eingeschränkte *ius sanguinis* zukünftig immer stärker durch das *ius soli* abgelöst werden. Insofern spricht sich *Keskin* auch eindeutig für das Modell des Verfassungspatriotismus aus, das ihm in einer Einwanderungsgesellschaft moderner und humaner erscheint als das antiquierte und Minderheiten diskriminierende Abstammungsprinzip. Und deshalb fordert er auch weitere Erleichterungen bei der Einbürgerung und das uneingeschränkte Recht auf den Doppelpass.

Dies entbindet die kulturelle Minderheit allerdings nicht von ihrer Pflicht, sich um Integration zu bemühen und die Angebote der staatlichen Förderung anzunehmen. Allerdings beklagt der Autor auch in diesem Zusammenhang die weiterhin bestehende massive Benachteiligung der Schüler/innen mit *Migrationshintergrund*, wobei er besonders bemängelt, dass die Bildungschancen in Deutschland noch immer an die soziale Herkunft gekoppelt sind. Interkulturelle Kompetenz und die Aufwertung der türkischen Sprache – die Beherrschung der Muttersprache als wichtige kulturelle und ökonomische Ressource – sind für ihn insofern ein weiter wichtiges, aber nicht eingelöstes Desiderat. Ebenso kritisch geht *Keskin* mit der *Chancenungleichheit* zwischen Deutschen und Nichtdeutschen auf dem Arbeitsmarkt um, wobei er auf die Versäumnisse der deutschen Beschäftigungspolitik verweist, besonders im Hinblick auf die fatale Situation der deutsch-türkischen Frauen. Intensiv widmet er sich dem Problem der verweigerten Anerkennung der Leistungen der Migranten und fordert im Hinblick auf die rechtliche Stellung der Deutsch-Türken die Einführung des kommunalen Wahlrechts. In weiteren Kapiteln geht der Autor auf die Türkeipolitik der Bundesrepublik ein, wendet sich im Zusammenhang mit dem immer wieder neu diskutierten EU-Beitritt der Türkei gegen die sog. *privilegierte Partnerschaft* und fordert die Anwendung der Kopenhagener Kriterien. Der EU-Beitritt der Türkei sei sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch uneingeschränkt zu begrüßen. Schließlich gibt *Keskin* im letzten Kapitel seines Buches zu bedenken, dass die Frage der globalen Migration und ihrer Ursachen in Zukunft nicht nur national, sondern auch global diskutiert und angegangen werden müsse, da soziale Gerechtigkeit weltweit propagiert und verwirklicht werden sollte.

Das Buch verbindet empirische Daten und wissenschaftliche Analyse mit persönlicher Betroffenheit. Zu Worte kommt hier nicht nur der Wissenschaftler *Keskin*, sondern auch der Politiker und Aktivist, der leidenschaftlich für die Verwirklichung seiner Ziele kämpft. Zahlreiche Thesen und Postulate des Autors sind gewiss kontrovers und werden seit Jahrzehnten je nach politischem und gesellschaftlichem Standort der Kontrahenten bejaht oder abgelehnt. Unabhängig von dieser leidenschaftlichen, zuweilen leider auch polemisch geführten Diskussion bleibt festzustellen, dass das vorliegende Buch einen wichtigen Beitrag zu einem Thema liefert, das uns alle angeht und zukünftig immer wieder auf der Tagesordnung stehen wird.

ZW

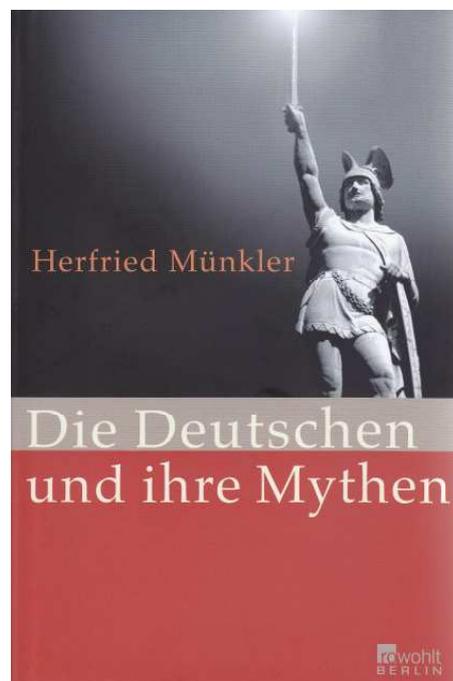
Herfried Münkler, Die Deutschen und ihre Mythen, Rowohlt Verlag, Berlin 2009, 606 S.

Herfried Münkler, ein renommierter und selbst von der Kanzlerin geschätzter Politikwissenschaftler und hat nun ein umfassendes und viel beachtetes Werk über die Mythen der Deutschen vorgelegt. Er zeigt darin, wie sehr Mythen einerseits einer langen geschichtlichen Entwicklung, Tradition und Überlieferung bedürfen, andererseits aber auch wie sie von unvorhergesehenen, Mythen zerstörenden Ereignissen hinweggefegt werden. So können Mythen heftigsten konjunkturellen Schwankungen unterliegen, und einschneidende Ereignisse wie das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg führen dazu, dass Mythen entweder völlig missbraucht und damit diskreditiert werden oder aber die „Armut an Mythen“ gleichsam eine heilende Wirkung wie in der Bundesrepublik Deutschland entfalten kann.

Münklers Werk ist eine Zeitreise durch die deutsche Mythengeschichte. In den Zeiten der deutschen Lande bis zum Ende des Heiligen Römischen Reichs bzw. der Einzelstaaten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts spielten Mythen als narrative Elemente der Überlieferung eine eher untergeordnete Rolle. Dies änderte sich gewaltig in der zweiten Hälfte des 19. und insbesondere in der ersten Hälfte des 20.

Jahrhunderts. Nationalstaatsdenken, patriotische Kaisertreue, Nationalsozialismus und politische Ideologien müssen sich Mythen bedienen, um sowohl die Mobilisierung als auch die Kohäsion der Massen zu ermöglichen. Dabei stellen Mythen zunächst wertfrei betrachtet einen symbolischen Orientierungsrahmen eines politischen Gemeinwesens dar. Sie dienen der bewussten Abgrenzung nach außen hin und weisen dabei stets eine narrativ-spekulative Komponente auf. Dies macht sie wiederum so anfällig, für politische Zwecke instrumentalisiert zu werden. In einer demokratisch-marktwirtschaftlich geprägten Gesellschaft im 21. Jahrhundert sind Mythen „Ansammlungen symbolischen Kapitals“ (S. 11), dessen Preis man zahlen muss, wenn Regime den „überbordenden Reichtum an politischen Mythen“ (S. 12) zweckentfremden. Dies sind zweifellos die Lehren aus dem 19. und 20. Jahrhundert.

Im ersten Teil, der sich mit den „Nationalmythen“ der Deutschen ausführlich beschäftigt, bezieht sich Münkler zunächst auf den Mythos der HRR Kaisers Friedrich I. Barbarossa und das Scheitern aller Bemühungen, den Geist des Hochmittelalters wiederzubeleben, verbunden mit der „Katastrophe des unter dem Namen Barbarossa geführten Russlandfeldzugs“ (S. 68) während des Zweiten Weltkriegs. Gerade Hitler und das Nazi-Regime fürchteten als „Mythenbildner“ den „mythischen Fluch“ (S. 104), indem sie das Nibelungenlied für die „gigantische Inszenierung mythischer Vorgaben und der aus ihnen gespeisten Phantasien“ (S. 107) vereinnahmten. Wahres Heldentum, Stärke, Ruhm, Ehre und Treue standen dabei Verrat, Feigheit, Schwäche und Charakterlosigkeit gegenüber. Bis 1945 ist darüber hinaus die „Selbstapostrophierung der Deutschen als faustisch“ (S. 137) als weiterer Mythos erkennbar. Doktor Faust ist der ewige Zweifler, aber auch Weltentdecker, er ist teuflisch und gottnah zugleich –



gleichsam das Janusgesicht der Deutschen. Vom Faust-Mythos ist auch nach 1945 noch einiges geblieben, allerdings viel stärker beschränkt auf Literatur und Kunst.

„Redlichkeit, Freiheitsliebe und Sittenreinheit, [...] Tapferkeit der Männer und Keuschheit der Frauen“ (S. 151), sind Sinnbild für das unverfälschte Germanentum. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich aus diesen germanischen Tugenden auch die Rassetheorien des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts entwickelten. Arminius/Hermann, der Cheruskerfürst, der in der Varusschlacht die Römer besiegte, eignete sich hervorragend zur Mythenbildung in „Ein Kampf gegen Rom“, dem zweiten Abschnitt von Münklers Buch. Martin Luther als großer Protagonist des ausgehenden Mittelalters wurde „zu dem Propheten, der sich in dem politisch zerklüfteten und sozial zerrissenen Deutschland an die Spitze einer Volksbewegung setzte“ (S. 187). Mit ihm erreichte der Mythos des Kampfes gegen den Anti-Christen in Rom seinen großen Höhepunkt, zugleich zeigte er aber auch die Standhaftigkeit kaiserlicher Obrigkeit gegenüber.

Der dritte Teil beschäftigt sich mit dem „Preußenmythos und preußischen Mythen“. Gerade am Beispiel des Lebens Friedrichs II. lässt sich die Herausbildung verschiedener politischer Mythen erklären: Disziplin versus Feingeistigkeit, soldatischer Gehorsam versus Liberalität, Opferrolle versus aktiver, absolutistischer Politikgestaltung. Untrennbar verbunden mit König Friedrich II. ist der Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht und dem Bestreben, diese Machtposition mit dem Zweiten Kaiserreich ab 1871 auszubauen. Mit dem „Tag von Potsdam“ (21. März 1933) bezog sich Adolf Hitler explizit auf das preußische Erbe und beschwor das „Bündnis, das Deutschland in den Untergang geführt hat“ (S. 275) und nahm dabei Bezug auf die militärische Vergangenheit Preußens.

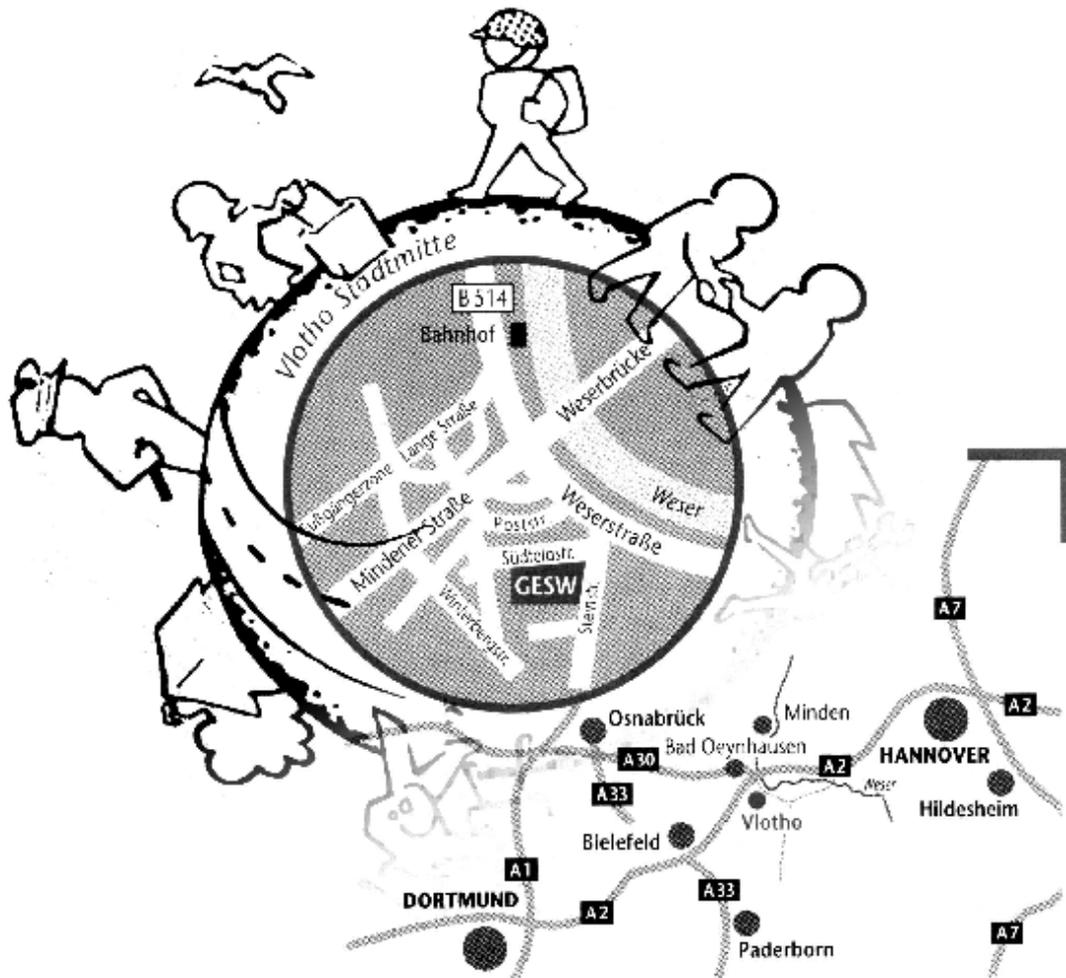
Über die politischen Mythen, die sich auf historisch wahre (oder unwahre) Ereignisse, Personen oder staatliche Gebilde beziehen, hinaus erlangen auch Orte eine Bedeutung, die ins Mythenhafte und Sakralisierte reichen. Im vierten Teil legt Münkler daher das Augenmerk auf „Burgen und Städte“. So speist sich die Erfahrbarkeit der Wartburg aus „dem Sängerkrieg, der Legende der heiligen Elisabeth, Luthers Burgaufenthalt und dem Burschenschaftstreffen von 1817“ (S. 323), während Weimar vom „Doppelmythos“ (S. 334) Goethe und Schiller und der Wiege der deutschen Klassik lebt. Nürnberg als bedeutende Kaiserstadt des ersten Kaiserreichs und Dresden als barockes Kleinod an der Elbe haben als Städte ebenso zur Entstehung von deutschen Mythen beigetragen. Beide gingen als architektonische Schätze im Flammenmeer der Bombardements unter und erwachten nach 1945 in zwei getrennten deutschen Staaten.

„Politische Mythen nach dem Zweiten Weltkrieg“ bilden den fünften und letzten Abschnitt von Münklers Zeitreise durch die deutsche Mythengeschichte. War die Bundesrepublik bewusst besonders arm an Gründungsmythen, sieht man von der Einführung der D-Mark und dem „Wirtschaftswunder“ der 1950er und 1960er Jahre sowie dem Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 ab, so versuchte die neu gegründete DDR, gesellschaftspolitisch brauchbare Mythen, wie die Bauernkriege des frühen 16. Jahrhunderts oder den antifaschistischen Widerstand, für sich zu vereinnahmen. Der „dünnen Staatssymbolik der Bonner Republik“ (S. 416) gegenüber steht ein dürrer „Personenkult [um Ulbricht und Honecker], dessen Wirkung durch das

dürftige Charisma der beiden freilich Grenzen gezogen waren“ (S. 416f.). Nach dem Fall der Mauer und der Herstellung der deutschen Einheit herrscht nun einerseits mythenpolitischer Pragmatismus, andererseits ist eine Vereinnahmung durch die Medien und deren Wortneuschöpfungen erkennbar: „Wir sind Papst“ und „Du bist Deutschland“ sind plakative Beispiele für die zeitgeistnahe, mediale Inszenierung, die jedoch schnell wieder verschwinden. Man muss Herfried Münkler trotz des nach der Wiedervereinigung beobachtbaren „Erosionsprozesses“ (S. 482) zustimmen, dass einer der wichtigsten Beiträge darin besteht, „den politische Mythen zur Stabilität von Staaten und Nationen leisten: dass sie Selbstvertrauen und Selbstsicherheit schaffen, die nicht auf spektakuläre Aktionen oder große Reden angewiesen sind, sondern den festen und zuverlässigen Untergrund für den Umgang mit alltäglichen wie außergewöhnlichen Herausforderungen bilden“ (S. 483). Trotz der totalen Diskreditierung vieler deutscher Mythen bis 1945 bleibt ein Rest an mythenbezogener Erinnerungskultur, der viele positive Seiten aufweist.

GSch

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale
Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro
Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de